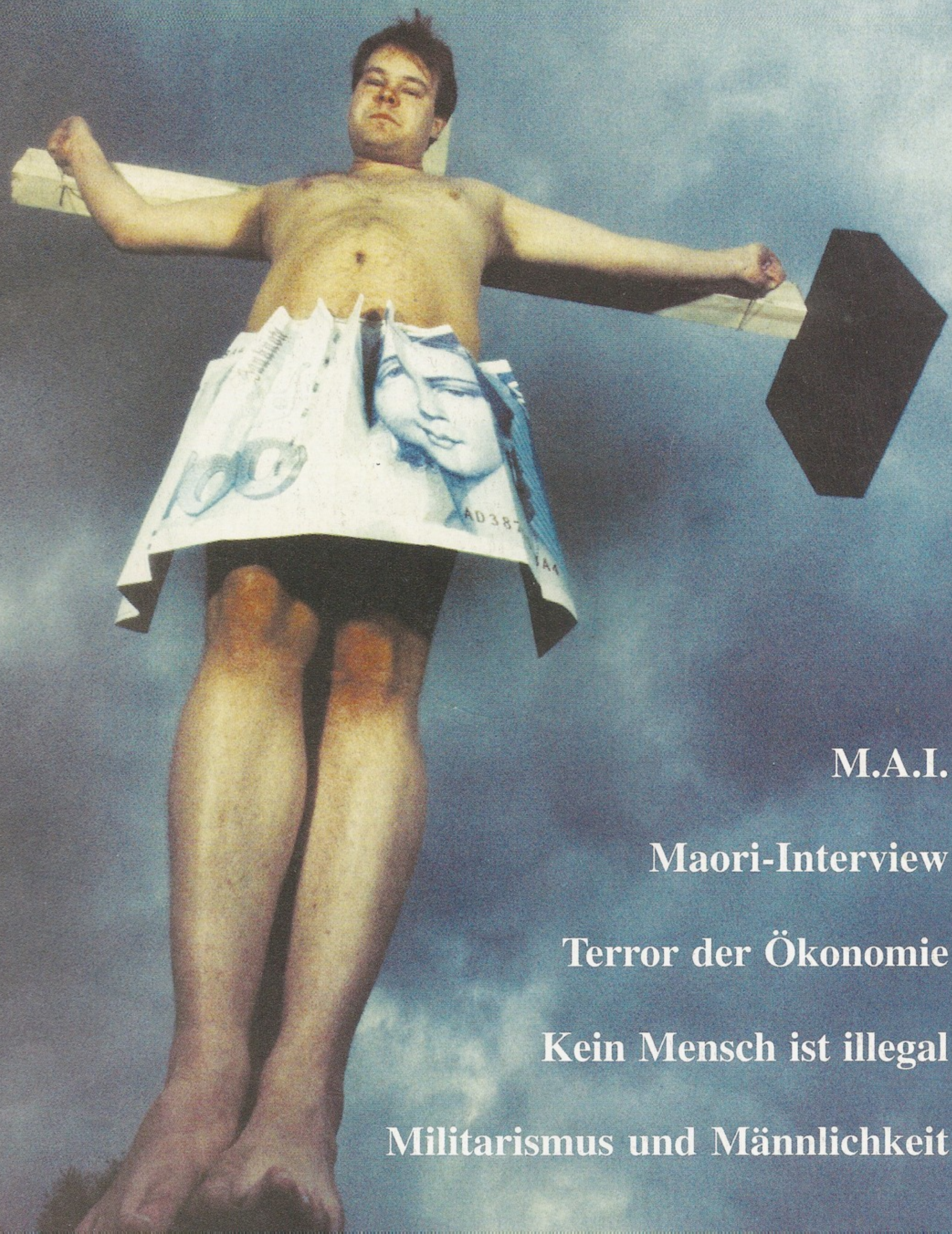
2/98 (Nr. 64) 19. Jg. 8,– DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



M.A.I.

Maori-Interview

Terror der Ökonomie

Kein Mensch ist illegal

Militarismus und Männlichkeit

Inhalt Nr. 2/98



Titelphoto: Herby Sachs/Version

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-65 (3/98): 2 .06.98



Foto: Boris Scharlowski

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden
PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: TrotzdemuSF@t-online.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

edaktionskollektiv: Nicole Frazier, Wolf-ang Haug, Jan Jakob Hoffmann, Andi es, Harald Romaker, Herby Sachs (V.i.S. P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt. amentlich gekennzeichnete Beiträge ehen unter der Verantwortlichkeit der erfasserInnen und geben nicht die Mei-ung des Herausgebers oder des presse-chtlich Verantwortlichen wieder.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Jörg Bergstedt, Hans-Ulrich Dillmann, Bernd Drücke, Christian Holzinger, Roland Kaufhold, Gerhard Kern, Donna Kiddie, Albrecht Kieser, Gerhard Klas, Julia Kümmel, Maria Mies, Reinhard Müller, Jürgen Mümken, Nga Awa, Peter Nowak, Uwe Rausch, Michael Schiffmann, Andreas Speck, Klaus Veith, Michael Wilk.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau

Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Stonehenge, Wien
Schweiz: Anares, Bern

"Kein Mensch ist illegal"

von Gerhard Klas

"Ihr sollt Wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich: Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?" (Elie Wiesel)

Mehrere dutzend kurdische Kinder, Frauen und Männer warten am Samstag Nachmittag, dem 21.März, im Gemeindesaal der evangelischen Christusgemeinde in Düren auf ihre Abreise, deren Ziel eine Kirche in Aachen ist. Die Häuser der Gemeinden sind zu ihrem letzten Refugium geworden, denn es sind die einzigen Orte in Deutschland, in denen sie noch Schutz vor Abschiebung finden können. Das wenige Hab und Gut, etwas Kleidung und einige persönliche Erinnerungsstücke, ist schon längst in einigen Tüten und Taschen verpackt und in einer Ecke des Saales aneinandergereiht. Einige trinken noch schnell einen letzten schwarzen Tee, bevor sie das Gepäck in die beiden vor dem Portal der 20.000 Seelen-Gemeinde wartenden Reisebusse packen. Währenddessen staffieren Unterstützer der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" und Flüchtlinge die Busse mit zahlreichen Transparenten und Plakaten für ein Bleiberecht aus.

Auf dem Parkplatz stehen Hatice und ihre Freundin Judith aus Deutschland. Hatice ist gerade volljährig geworden und ihre ältere Freundin kann nur bestätigen, daß sich das Lebensgefühl dadurch nicht verändert. Doch für Hatice ändert sich nicht einmal ihre rechtliche Situation: die drohende Abschiebung schwebt wie ein Damoklesschwert über ihrem Leben. Sie ist eine selbstbewußte, junge Frau, lebt schon seit acht Jahren in Deutschland und spricht fließend die Sprache, in der sie an ihrer Schule in Köln unterrichtet wurde. Im Sommer wollte sie eigentlich ihren Abschluß an der Pestalozzischule machen, doch der ist in weite Ferne gerückt: Hatice fürchtet sich vor ihrer Abschiebung, denn *«alles, was mein Leben ausmacht, ist hier in Deutschland: meine Freunde, meine Geschwister und die Ausbildungstelle zur Kinderpflegerin, die ich nach meinem Schulabschluß machen wollte».*

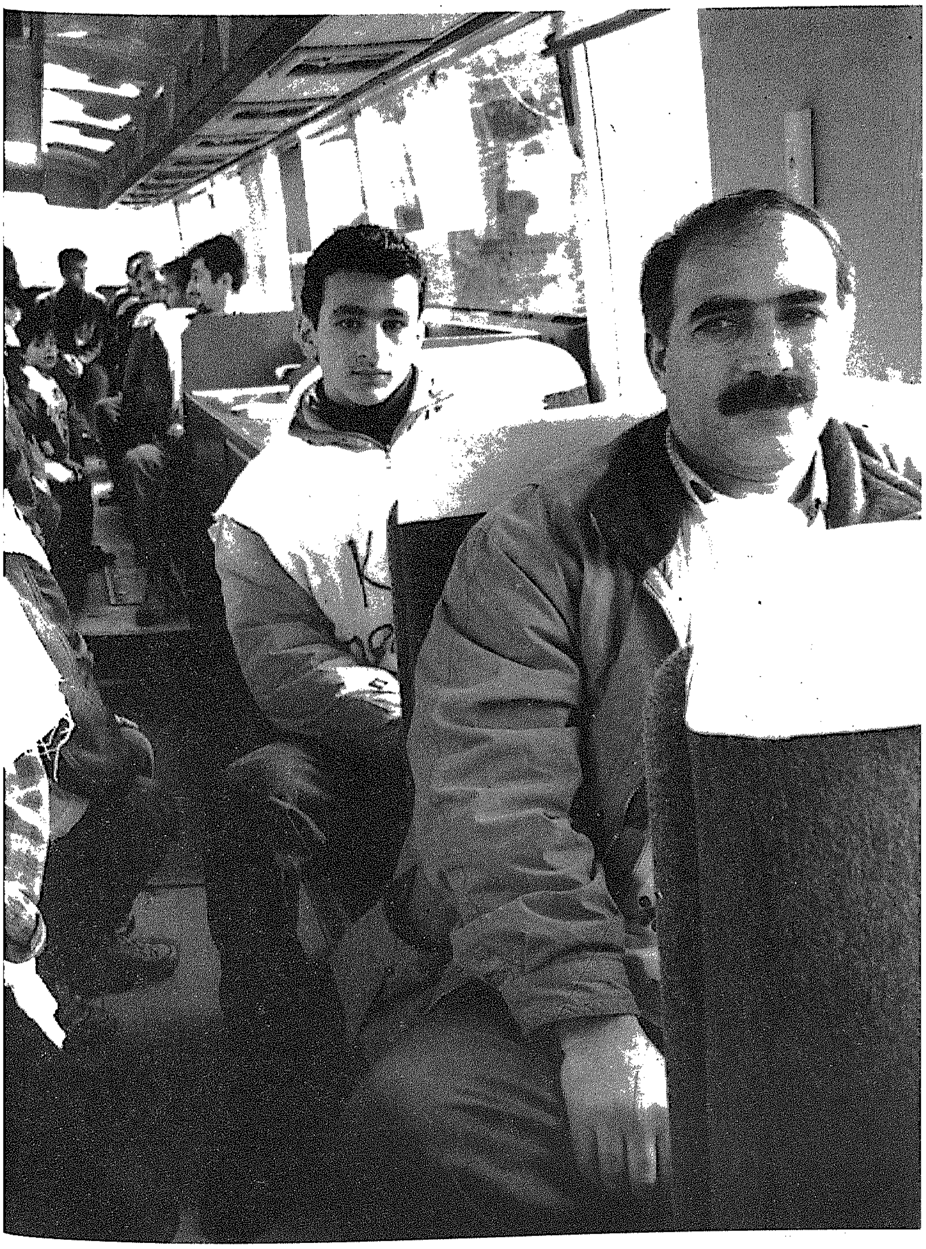


Die meisten der Flüchtlinge in der Dürener Christusgemeinde sind schon seit dem 21.Januar dabei und haben bereits etliche Umzüge von Gemeinde zu Gemeinde hinter sich. Damals bot die Antoniterkirche im Zentrum Kölns als erste Gemeinde 21 Kurden Zuflucht. Zuvor waren drei der Familien auf einem Plenum des Kölner Netzwerks der bundesweiten Kampagne "Kein Mensch ist illegal" aufgetaucht und forderten Unterstützung im Kampf um ihr Bleiberecht, denn ihre Asylanträge hatten die Ausländerbehörden abgelehnt und die rechtlichen Möglichkeiten für Aufenthaltsgenehmigungen waren ausgeschöpft. Die Kampagne setzte sich für die Flüchtlinge ein und erhielt eine befristete Zusage der Antonitergemeinde. Seitdem schlossen sich mehrere evangelische Gemeinden der Domstadt an und nahmen, die meisten im Zweiwochenrhythmus, kurdische Flüchtlinge in ihre Obhut. Innerhalb weniger Wochen wuchs die Gruppe der Kurden auf mehr als 100 Flüchtlinge an. Die rigide Abschiebepolitik der Innenmi-

nisterien gegenüber kurdischen Flüchtlingen trug dazu bei, daß die Aktion sogar in den weit entfernt liegenden Städten Hannover und Nürnberg die letzte Hoffnung illegalisierter Kurden weckte, die sich auf den Weg nach Köln machten. Obwohl die Zuflucht in den einzelnen Gemeinden im Gegensatz zum Kirchenasyl zeitlich begrenzt ist, hat sie eine enorm große Anziehungskraft. Denn auch wenn die Kölner Ausländerbehörde seit Januar mehrmals signalisierte, daß es für einzelne Familien eine Lösung geben könnte, betonten vor allem die Flüchtlinge selbst, daß es mit ihnen "keine Einzelfalllösung, sondern möglichst eine Lösung für alle" geben werde. Die Kampagne greift diese Forderung auf und hebt damit die politische Dimension deutlich hervor. Die Abschiebepraxis und die zwielichtige Türkeipolitik der Bundesregierung kommen erneut zur Sprache und lassen nur noch eine Konsequenz zu: ein genereller Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei.

Dies ist auch das Ziel von Hasan Calhan, der von Anfang an dabei ist. Auf der Fahrt im Reisebus erzählt er, während seine Freunde zu kurdischer Musik tanzen, warum er aus der Türkei geflohen ist und welche Hoffnungen er mit der Kampagne verbindet. Der Vater einer sechsköpfigen Familie wurde Ende der 80er Jahre wegen politischer Betätigung aus der Türkei ausgewiesen.

Fotos: Ute Moschner/Version



Als er nach fünf Jahren zurückkehrte, konnte er Frau und Kinder nicht mehr auffinden und hat sie seitdem nie mehr gesehen. Er vermutet, daß sie deportiert worden sind. Weil Hasan Calhan sich weiter politisch engagierte, mußte er später die Gefängnisse in Kurdistan von innen kennenlernen und wurde gefoltert. *«Nach meiner Entlassung haben sie mir angeboten, entweder als Spitzel zu arbeiten, oder mich als Dorfschützer bzw. beim Militär zu verdingen»*, schildert Hasan Calhan seine Situation in der Türkei. Egal wie seine Entscheidung ausgefallen wäre, er hätte seine politischen Freunde ans Messer liefern oder bekämpfen müssen. *«Von der Situation in Kurdistan können sich in Deutschland nur wenige ein Bild machen»*, erklärt Hasan Calhan. Die Pogromstimmung gegen Kurden würde systematisch angeheizt. Er berichtet von einem Bürgermeister der Stadt Urfa, der sich im Fernsehen damit brüstete, schon 400 Kurden getötet zu haben und sich anschließend darüber beklagte, dafür keine Medaille erhalten zu haben. *«Die Flucht»*, so Hasan Calhan, *«war meine letzte Rettung»*.

Nun lebt er seit drei Jahren in Deutschland. Nachdem Hasan Calhan kurze Zeit in Hannover und Neustadt an der Weinstraße in Flüchtlingsunterkünften untergebracht war, erfuhr er, daß sein Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt wurde. Seitdem lebt er in der Illegalität. Hasan Calhan weiß, daß nicht nur kurdische Flüchtlinge von der gnadenlosen Abschiebepolitik der BRD betroffen sind und würde sich freuen, wenn sie sich an der Kampagne beteiligten und er "das Brot auch mit Menschen aus anderen Ländern teilen" könnte. Vor seiner Kirchenzuflucht hatte Hasan Calhan Unterschlupf bei verschiedenen Freunden gefunden. Nun ist er froh darüber, nicht mehr alleine um sein Überleben kämpfen zu müssen, denn die Gruppe, die Unterstützer und die Kirchengemeinden "bieten mir ein Gefühl der Sicherheit". Sollte der Protest nicht zu dem angestrebten Abschiebestopp führen, will sich Hasan Calhan für einen unbefristeten Hungerstreik einsetzen. *»Lieber will ich in Deutschland als in der Türkei sterben, denn dort erwartet uns auch nur der Tod. Die Öffentlichkeit hier soll erfahren, daß wir mit dem Rücken zur Wand stehen»*.



Dieses Szenario ist nicht abwegig: zwar wollte der Innenminister Nordrhein-Westfalens, Franz-Josef Kniola (SPD), im März eine Delegationsreise nach Kurdistan unternehmen, erhielt jedoch kurzfristig eine Absage der türkischen Regierung. Eigentlich war diese Reise Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen der rot-grünen Landesregierung vor drei Jahren, um anschließend über einen Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge zu befinden. Nachdem sich die Landesregierung zuvor schon drei Jahre vor der Erkundung der Menschenrechtssituation in der Türkei gedrückt hat, scheint die Koalitionsvereinbarung nun erst recht in weite Ferne gerückt zu sein. Bisher haben die auch die Landesgrünen keine neue Intitiative gestartet, um die Vereinbarungen umzusetzen.

Mit einer spektakulären Aktion will die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" am 24.April deshalb erneut Druck für einen Abschiebestopp machen. Sie haben ein Schiff angemietet, um an diesem Tag mit Flüchtlingen, Presse und viel Prominenz einen Ausflug von Köln ins Düsseldorfer Innenministerium zu unternehmen, wo sie medienwirksam Unterschriftenlisten übergeben wollen. Auch die Superintendenten der an der Protestaktion beteiligten Gemeinden wollen sich Mitte Mai an einer Anhörung des Innenausschußes im Landtag zum Abschiebestopp in die Türkei beteiligen und sich dort für die Flüchtlinge einsetzen. Das Leitungsgremium der evangelischen Kirche im Rheinland, ihre direkten Vorgesetzten, drückt sich jedoch vor einer offiziellen Stellungnahme zu Gunsten der Kurden.

Bis dahin läuft der Alltag der Kurden im "Wanderkirchenasyl" wie gewohnt weiter. *«Die Frauen kochen, die Männer waschen ab»*, berichtet Hasan Calhan. Außerdem kommen mehrmals die Woche Schüler- und Seniorengruppen vorbei, denen die Flüchtlinge ihre Situation schildern. Schwierig gestaltet sich der Einkauf, denn die Kurden legen Wert darauf, ihn selbst zu organisieren. Dafür müssen sie die Schutzräume der Gemeinden verlassen, deren Vorstände ihnen jedoch Papiere ausstellen, die sie als Teilnehmer der Kirchenzuflucht ausweisen. Die Gemeindemitglieder bleiben unterdessen nicht untätig: in Düren haben sie nach intensiven Gesprächen mit den einzelnen Flüchtlingen individuelle Biographien zusammengestellt, die ihnen bei künftigen Behördengängen helfen könnten, ihre Lebenssitutation in der Türkei darzulegen. Andere haben Geld gesammelt oder versucht, die lokale Prominenz für die Aktion zu begeistern.

In Aachen sind es erstmals drei katholische Gemeinden, die die Proteste der Kurden unterstützen. Im Gegensatz zum Bistum Köln, dessen Kardinal Meißner jüngst in aller Öffentlichkeit keinen Hehl aus seiner Begeisterung für preußische Tugenden machte, vertritt der Aachener Bischof eine liberalere Linie und vermeidet es, seine Gemeinden wegen der Unterstützung von Flüchtlingen zu torpedieren. Bei der Ankunft der Reisebusse in Aachen erhalten Unterstützer und Flüchtlinge Flugblätter mit einem Bibelzitat, auf das sich die ansässigen Gemeinden berufen: "Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn

lieben wie dich selbst". Doch die Mitglieder der Aachener Kirchengemeinden warten nicht nur mit Bibelzitaten auf. Sie haben gut vorgeplant und auf der Rückseite des Flugblatts einen Kalender mit Veranstaltungs- und Umzugsterminen in die jeweils anderen Gemeinden abgedruckt.

Die erste Gemeinde in Aachen, die Pfarrei St.Laurentius, befindet sich in einem gutsituierten Vorort der Großstadt. Die Kirche ist auf einer kleinen Anhöhe, umgeben von Vorstadtvillen und Einfamilienhäusern. Der Pfarrer der Gemeinde, Wilhelm Jansen, berichtet, daß er schon eine telefonische Bombendrohung erhalten habe, die er aber nicht sonderlich ernst nehmen würde. Während Kurden und Unterstützer "Hoch die internationale Solidarität" skandieren, verläßt gerade eine Taufgesellschaft die Kirche. Im Gemeindehaus, das dem Stadtteil entsprechend komfortabel ausgestattet ist, warten Kaffee und Kuchen auf die Reisenden, die von allerhand Lokalprominenz erwartet werden. Auch Herbert Leuninger, Europasprecher der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, ist eigens angereist und hält eine Ansprache. *«Alle Informationen über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sind bekannt, es fehlt lediglich der politische Wille, die Konsequenzen daraus zu ziehen»*, kritisiert er die Politik der Bundes- und Landesregierungen.

«Soviel Solidarität für die öffentlich verfemte Gruppe der Illegalisierten gab es noch nie», erklärt die Kölner Gruppe der Kampagne "Kein Mensch ist illegal". *«Ob allerdings wirklich eine Bresche in die deutsche Abwehrfront gegen Flüchtlinge geschlagen wird, entscheidet das Ausmaß an Solidarität, das diese Aktion in den kommenden Wochen über den erreichten Stand hinaus erfährt»*, schätzen sie die Perspektive für einen Abschiebestopp in die Türkei ein. Vorläufig wird das "Wanderkirchenasyl" ausgeweitet, nach Aachen haben sich nun auch Gemeinden aus Herzogenrath und Mönchengladbach bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen.







Schlepper, Schleuser...

von Fluchthelfern und Wegelagerern

von Albrecht Kieser

Fluchthilfe ist eine Dienstleistung. Wie umgekehrt Fluchtverhinderung keine ist. Beides aber kostet. Beginnen wir mit der Fluchtverhinderung: Die deutsche Ostgrenze ist dicht für Flüchtlinge. Falls sich das bis zu ihnen noch nicht herumgesprochen hat, müssen sie büssen. Wer trotz grundgesetzlichen Verbots die deutsche Grenze überschreitet, von dem zieht der deutsche Bundesgrenzschutz ein Fluchtstrafgeld ein, einen Wegzoll sozusagen. In einem polnischen Flüchtlingslager erzählen einige Afghanen, die die deutschen Wachmannschaften kennengelernt haben:



Foto: R. Maro/Version

"Wir mußten viel, viel Geld zahlen. Zu viel. Es war fürchterlich, als die deutsche Polizei uns verhaftete. Zwei Tage und Nächte wurden wir in einen Raum geschlossen, wir alle. Sie nahmen einem von uns 300 Dollar ab und gaben ihm nur 60 Mark zurück." Ein zweiter ergänzt: "Mir stahlen sie 120 Mark und ihm," er zeigt auf einen dritten, "haben sie 200 Dollar weggenommen. Und sie haben uns sogar die goldenen Ohrringe gestohlen - das war Familienschmuck!"

Die afghanischen Flüchtlinge wurden vom Bundesgrenzschutz nach Polen zurückgeschickt. Der Bundesgrenzschutz bestätigte diese Darstellung der Flüchtlinge. Paragraph 153 Strafprozeßordnung erlaube der Exekutivbehörde ohne richterliche Anordnung und ohne Prozeß, Strafgelder für den illegalen Grenzübertritt einzubehalten. Einen exakt festgelegten Betrag gibt es dabei nicht. 300 bis 500 Mark seien es im Durchschnitt, und ein sogenannter "Selbstbehalt" von 50 Mark habe sich eingebürgert.

Mehrere Millionen Mark nimmt der Bundesgrenzschutz von illegalen Flüchtlingen auf diese Weise ein. Gemessen an der Milliarde Mark, die die

Bundesrepublik seit 1993 zur Aufrüstung ihrer Grenzen ausgegeben hat, mögen das die berühmten peanuts sein. Menschen, die in ihrer Heimat das letzte Hab und Gut verkauft und buchstäblich alle Mittel zusammengekratzt haben, um vor Mord, Terror, Hunger und Krieg zu fliehen, und denen das Land ihrer Hoffnung diese letzten Mittel abnimmt, sehen das anders. Ein Tschetschenischer Rechtsanwalt: "Ich werde niemals mehr versuchen, nach Deutschland zu kommen. Selbst wenn sie mich an der Hand nähmen und mich einladen würden. Denn sie haben mich auf demütigende Weise behandelt: Zuerst sagten sie, "ja, kommen Sie ruhig her!" und dann legten sie uns Handschellen an und nahmen uns unser Geld ab. Ich habe keinerlei Vertrauen mehr in eine gerechte Behandlung. Ich fühle mich zutiefst verletzt."

Daß die Geldstrafen Plünderei, ja Wegelagerei seien, nur mühsam kaschiert durch ein passend interpretiertes Gesetz, weist der Grass-bekannte Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Eduard Lintner, CSU, entrüstet zurück: "Ich halte sie für gerechtfertigt. Und ich würde mich auch gegen diese moralische Argumentation etwas wehren wollen. Wir sind ein außerordentlich dicht besiedeltes Land. Wir selber also haben mit bezug auf die deutschen Einheimischen eine Menge Probleme, von Wohnungsunterbringung bis zum Arbeitsplatz. Deshalb gehört alles, was also zur Verhinderung dieser illegalen Einreise beiträgt, natürlich auch etwa die Beteiligung derjenigen, die Kosten verursachen, an diesen Kosten, mit zu den berechtigten Maßnahmen. Es ist also ein Abschrekkungsmittel, das also mit eingesetzt wird. Es geht um den abschreckenden Effekt.

Bis auf 50 Mark darf einem Flüchtling alles Bargeld abgenommen werden. Dieser sogenannte Selbstbehalt reicht nach Ansicht der deutschen Innen- und Grenzbehörden aus, damit ein Flüchtling überlebt, nachdem er von Deutschland nach Polen oder in sein Herkunftsland, in jedem Fall aber ins Ungewisse zurückschickt wurde.

Kein Wunder, daß angesichts der immer höheren Barrieren an der deutschen Ostgrenze, seien sie nun elektronischer, strafrechtlichem Art oder aus Fleisch und Blut, der Markt für Fluchthelfer parallel dazu wächst. Denn die Gründe für die Flucht nach Deutschland, nach Frankreich, England oder in sonst ein westeuropäisches Land, sind die gleichen geblieben. Nicht nur die im Vergleich zu Polen besseren Lebensmöglichkeiten ziehen Flüchtlinge von Osteuropa aus weiter westlich. Auch die Tatsache, daß viele Flüchtlinge eher deutsch, englisch oder französisch als polnisch sprechen, oft sogar in einem der EU-Länder gearbeitet haben, motiviert sie, hier Zuflucht zu suchen.

An diesem Interesse setzen die Angebote von Fluchthelfern an. Und daran, daß Flüchtlinge von ihren Verfolgern in der Regel keine, im Sinne der deutschen Behörden, gepflegten Reisedokumente ausgestellt bekommen, mit denen sie legal ihr Zielland erreichen könnten. Ein Flüchtling ohne Visum, ohne Ausreise- und Einreisepapiere, braucht also jemanden, der ihm entweder falsche Papiere besorgt oder unbewachte Grenzübergänge zeigt, ihn vielleicht sogar hinüber führt.

Fluchthilfe also. In Deutschland keine unbekannte Vokabel, keine neue Dienstleistung. Zehntausende sind im Nazireich mit fremder Hilfe ins Ausland geflohen. Und auch vor dem Zusammenbruch der DDR sind Tausende nach Westen geschleust worden. Die damaligen deutsch-deutschen Fluchthelfer handelten durchaus nicht immer aus uneigennützigen Motiven, sondern waren - sozusagen - Geschäftsleute. Einer von ihnen, Albert Schütz, hat vor zehn Jahren in einem Rundfunk-Interview über seine Arbeit Auskunft gegeben; über seine Auftraggeber, zu denen die Berliner Westalliierten und der deutsche Geheimdienst gehörten; über das Anfertigen falscher Pässe; darüber, wie er Flüchtlinge im Kofferraum seines Autos über die Grenze brachte und über die Motive seiner Tätigkeit:

"Nein, es waren keine humanitären Gründe. Denn die Menschen, die kannt ich ja gar nicht, hab ich noch nie in meinem Leben gesehen gehabt, ich weiß auch nicht, aus welchen Gründen die die DDR oder die Ostzone da verlassen wollten. Die Gründe waren die, daß ich mich dazu verpflichtet habe, diese Leute zu holen. Und das war meine Aufgabe, ich wurde dafür bezahlt, und somit hatte es sich."

Die Arbeit und die Motive der DDR-Fluchthelfer scheinen mit dem Ende des anderen deutschen Staates schnell in Vergessenheit geraten zu sein. Außerdem kommen seitdem ja nur noch Flüchtlinge aus anderen Erdteilen. So wird Staatssekretär Eduard Lintner sicher nicht allein dastehen, wenn er die damaligen Fluchthelfer mit den heutigen nicht verglichen haben möchte:

"Also, das hat miteinander nichts zu tun. Die damalige Fluchthelfer-Szene, wenn Sie so wollen, war ja gerechtfertigt dadurch, daß sich's bei den DDR-Deutschen auch um deutsche Staatsangehörige in unserem Sinne gehandelt hat. Ich will nur sagen, die Fluchthelfer-Szene von damals war eine Mischung

von Idealisten - ich will nicht ausschließen, daß da auch Professionelle involviert waren. Aber das hat überhaupt nichts zu tun mit der heutigen Szenerie. Heute handelt es sich um kriminelle Organisationen, in der Regel geführt im Ausland.

Sie haben deutsche Helfershelfer, das ist richtig, aber die Köpfe sitzen im Ausland. Die Hauptmacher sind ebenfalls Ausländer, sitzen zum größten Teil im Ausland. Also, das hat mit der Fluchthelfer-Szene von damals nichts zu tun."



Foto: R. Maro/Version

Fluchthelfer, Schlepper, Schleuser. Nach Schätzungen des Bundesgrenzschutzes kommt auf jeden, der an der deutsch-polnischen Grenzen beim illegalen Grenzübertritt gefaßt wird, mindestens einer, der unerkannt durchkommt. Wahrscheinlich ein Fünftel von ihnen schafft es mit fremder Hilfe.

Die Bundesgrenzschutzoffiziere in Frankfurt an der Oder z.B. kennen auch die Preise. Für eine Handskizze mit Eintragungen von Grenze, Fluß, Wachstationen und Fußwegen werden fünfzig Mark verlangt. Für noch einmal fünzig Mark drauf geht ein Einheimischer bis an die polnische Seite des Grenzflusses mit und zeigt, wo man am günstigsten hinüberschwimmen kann. Das kostet immerhin weniger als die Hälfte dessen, was der Bundesgrenzschutz für den Rücktransport verlangt. Mehrere hundert Mark muß ein Flüchtling zahlen, wenn er auf der deutschen Seite mit dem Auto abgeholt wird. Und mehrere tausend kann es kosten, wenn der Transport vom Flucht- bis ins Zielland organisiert wird. Obwohl sich unter den Fluchthilfe-Organisationen etliche fragwürdige und kriminelle Elemente tummeln - der kriminalisierte Markt produziert sie naturgegeben - : ihre Dienste werden und müssen angenommen werden.

Flüchtlinge erleben die Tätigkeit von Fluchthelfern ohnehin ganz anders als ihre, sozusagen, natürlichen Gegner, die Grenzbeamten. Geht es den einen um die Abwehr gesetzlich nicht Zugelassener, so ist es für die anderen oft die Todesangst, die sie außer Landes treibt und sie auf Gedeih und Verderb die angebotene Hilfe annehmen läßt. Die Kosten spielen dabei eine zweitrangige Rolle. Der Mann, der im folgenden seine Fluchtgeschichte erzählt, ist mithilfe einer Schleuserorganisation aus dem Iran geflohen. Dort drohten ihm Verfolgung und Tod, weil er politisch gegen das Regime kämpfte. Nur mit Unterstützung von Freunden seiner Partei konnte er die geforderten 20.000 Mark für die Fluchthelfer bezahlen. Eine Edelschleusung, nach der Charakterisierung eines Grenzschutzoffiziers. Mehmet Babaak, ein grauhaariger schlanker Mann in den Fünfzigern, sitzt in seiner kleinen Wohnung und erzählt:

"Ich bin bis in eine Stadt nahe der Grenze zwischen Iran, Afghanistan und Pakistan gefahren. Dann sind diese Leute gekommen. Und ich habe diese spezielle belutschische Kleidung angezogen und bin dann mit dem Motorrad eines dieser Belutschis in ein Dorf im Iran gefahren. Er ist weggegangen und hat gesagt, er werde nach 2 Wochen wiederkommen. Ich habe eine Nacht im iranischen Teil des Dorfes übernachtet, dann kamen schon am nächsten Tag mittags um 12.00 Uhr zwei Belutschis mit zwei Motorräder und wir sind schnell rüber mit den Motorrädern nach Afghanistan. In diesem Moment war keine Kontrolle, denn diese Leute wissen, wann die iranische Kontrolle ist, und sie wissen auch, daß zu dieser Zeit keine afghanische Kontrolle in Sichtweite war.

Danach lebte ich in einem Dorf nahe der afghanisch-iranischen Grenze. Dieses Dorf stand unter Kontrolle der Mudjahedin. Ich habe dort 2 Wochen illegal gewohnt, in einem Dorfzimmer, kein Fenster, Löcher waren in der Wand der Wind pfiff hindurch. Für die Belutschis war mein Aufenthalt gut, denn die einfachen Leute bekommen Geld, wenn sie jemanden unterbringen, sie machen das nicht aus politischer Überzeugung.

Dann nach 2 Wochen kam meine Frau. Meine Frau und dann noch ein junger Mann. Sie sind mit Auto gekommen, nicht mit dem Motorrad, sie blieben noch eine Nacht im Dorf und dann am Morgen fuhren wir weiter. Zur Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan, die von einem grossen Fluss gebildet wird."

Schon bis hierher konnte die Flucht nur mit zahlreichen Mitwissern und Helfern gelingen. An sie mußte der Organisator der Flucht natürlich Schweigegelder zahlen und versprochenen Lohn. Doch die lange Flucht von Mehmet Babaak war noch längst nicht beendet.

"Und dann brauchten wir einem Tag mit dem Floß. Es hatte keine Stangen, kein Ruder und daß, obwohl dieser Fluss sehr stark Strömungen hatte. Zwei schwammen vorne und zwei hinten, nur wir blieben drauf, wir, dieser Chef, meine Frau, dieser Junge und ich. Auf andere Seite angekommen, sind die Belutschis gleich zurückgekehrt. Im pakistanischen Teil, dem anderen Teil des Flussufers, warteten zwei Belutschis aus Pakistan mit einem gutem japanischen Auto. Später dann haben wir in eine Dorf geschlafen. Bis Karachi,

wohin wir mußten, brauchten wir vier Tage, vier Tage mit dem Auto. Auf diesem Weg wußten alle Polizisten, wer kommt. Die Belutschis bezahlten sie. Wir sind auch verpflegt worden, haben gegessen, es war klar, in welchem Dorf wir schlafen würden. Die ganze Organisation klappte wunderbar. Dann wir waren in Karachi.

In Karachi waren Mehmet Babaak und seine Frau ungefähr 25 Tage. Sie wollten von dort nach Frankreich, denn das schien ihnen am ehesten möglich. Doch die französische Botschaft sagte, auf Visa müßten sie warten. In Karachi zu warten, war jedoch gefährlich für die beiden. Sie hatten als Kommunisten im Iran gearbeitet; und als Kommunisten waren sie auch in Pakistan nicht sicher.

"In Karachi hat uns dieser Chef Passports besorgt und etwas Geld. Und als ich den Paß aufschlug, habe ich gesehen, der Stempel ist drin, alles o.k. Der Paß war natürlich ein richtiger Paß, aber der Stempel war falsch. Aber gut. In diesen 25 Tage habe ich das Büro unserer Fluchthelfer kennengelernt. Noch ein junger Mann, 24, 25 Jahre, saß da, Krawatte um, sehr elegant. Viele iranische Flüchtlinge gingen ein und aus und wollten Hilfe.

Dann endlich hat unser Chef gesagt, die Situation im Flughafen ist o.k., ihr könnt fliegen. Da hab ich erst begriffen, daß dieser eine Mann, der in diesem Büro sitzt, gleichzeitig ein Offizieller im Flughafen war. Im Büro war in ziviler Kleidung, am Flughafen war er in Uniform. Wir mußten durch 2, 3 Kontrollen und ich habe gemerkt, die Offizielle wissen alle, was los ist, daß wir Iraner sind, in welcher Situation wir sind. Diese Bande hat auch die Leute am Flughafen bezahlt. Alles war o.k."

Mehmet Babaak erzählt das recht ruhig, nimmt hin und wieder einen Schluck Tee. Die Erlebnisse liegen einige Zeit zurück. Aber trotzdem: Wie ist er mit der Angst fertig geworden in diesen langen Wochen. Mit der Angst vor Entdeckung, vor Betrug, vor Verrat?

"Immer hast du Angst. Aber wenn du am Ende siehst, alles ist o.k., mußt du sagen: "Vielen Dank". Ohne Hilfe dieser Bande wäre ich vielleicht bis jetzt im Gefängnis oder tot. Manchmal sind Frauen alleine geflohen und du denkst jetzt, daß ist sehr gefährlich, zu gefährlich. Aber mit Hilfe dieser Bande sind auch junge Frauen alleine aus dem Iran geflohen. Ohne Hilfe dieser Leute, ich glaube 95% der Iraner könnten nicht weg."

Mithilfe vieler und ganz unterschiedlicher Menschen haben es Mehmet Babaak und seine damalige Ehefrau geschafft, Folter und Tod zu entfliehen. Kriminelle Schlepperbanden, das alles?

Auch an der polnischen Grenze leben nach Aussagen der Grenzbeamten auf der polnischen Seite ganze Dörfer von der Fluchthilfe. Mafiöse Schleuserkriminelle?

Claudia Roth, Fraktionssprecherin der Grünen im Europaparlament, berichtet von den Hintergründen für diese so krasse und einhellige Sprachregelung. Es habe 1993 ein Treffen von über 30 Innenministern in Budapest stattgefunden, im März 1993. Da sei etwas gelungen, das wirklich "maliziös" sei, "ideologisch brilliant". "Es ist nämlich gelungen, eine Umdefiniton vorzunehmen: Aus Fluchthilfeorganisationen, die so benannt worden sind, als es noch die Mauer gab oder den sogenannten Eisernen Vorhang, wurden in Budapest, in der Budapester Konferenz per Definition Schlepperbanden. Sie wurden per Definition zu schwerkriminellen Organisationen und Schwerkriminellen umbenannt."



Fotos: Herby Sachs/ Version

Erdogan Akhanli ist ein Flüchtling, der es trotzdem geschafft hat. Als ehemaliges Mitglied einer linken Organisation war er in der Türkei mehrere Jahre in Haft, wie auch seine Frau. Nach ihrer Freilassung lebten sie eine zeitlang in der Illegalität. Als die Verfolgungen immer schärfer wurden, entschieden sie sich, mit ihren beiden Kindern das Land zu verlassen.

"Für uns war das natürlich ziemlich schwer, wir mußten in einem anderen Land nochmal von Null anfangen. Alles. Keine Sprache. Nichts, gar nichts. Dann habe ich überlegt, wie wir falsche Pässe besorgen könnten. Zwei Wege gibt es raus aus der Türkei. Entweder mit dem Flugzeug mit einem richtigem falschen Paß. Oder mit Zug oder Auto, auf dem Landweg ohne Papiere. Aber dieser Weg ist ziemlich schwierig. Ich habe darüber viel gehört, von großen Schwierigkeiten. Mit Kinder wollte ich das nicht risikieren. Dann habe ich entschieden: Entweder fliehen wir mit dem Flugzeug oder bleiben in der Türkei.

Ich habe Kontakt aufgenommen zu einem Freund in Deutschland. Ihn habe ich gefragt, ob er uns helfen kann. Er hat gesagt: Ja, ich versuche es. Und er hat es geschafft, meinem Sohn und mir Pässe zu besorgen. Ich habe meinem Sohn erklärt, was er tun muß, falls ich am Flughafen festgenommen worden wäre. Er war ja erst sieben Jahre alt. Er hat das akzeptiert, aber er wurde ein wenig krank, er hat ein bißchen Fieber bekommen. Als wir im Flughafen waren, war er sehr gut, wunderbar, er hat es geschafft. Wir sind unproblematisch nach Köln geflogen und dann hab ich für meine Frau und für meine Tochter Pässe besorgt und mit Kurier geschickt. Auch sie ist ohne Probleme geflogen."

Erdogan Akhanli ist nach seiner Flucht in Deutschland als politisch Verfolgter anerkannt worden. Neun von hundert Asylbewerbern bekommen von den deutschen Behörden diesen Status zuerkannt. Eine verschwindende Minderheit derer, die den schweren Weg der Flucht gehen. Ohne Helfer hätte die Familie es nicht geschafft.

M.A.I.- die geplante Herrschaft der Konzerne

Vortrag, gehalten am 25.2.1998 in Passau (anläßlich der Studentendemonstration zum politischen Aschermittwoch der CSU)

von Maria Mies

I. Machtlose Parlamente

In der Nibelungenhalle dort drüben sitzen die Vertreter der CSU zusammen und beraten über Politik. Dabei sitzen sie einer gefährlichen Illusion auf, nämlich der, daß noch immer sie es sind, die die Politik Bayerns - oder Passaus - bestimmen. Seit geraumer Zeit wird nämlich die Politik - insbesondere die Wirtschaftspolitik - faktisch nicht mehr von den gewählten VolksvertreterInnen gemacht sondern in den Chefetagen der großen Transnationalen Konzerne und der Banken. Diese Abdankung der Politik vor der Wirtschaft hat der Wirtschaftsminister Rexrodt vor einiger Zeit in schönster Klarheit formuliert: Wirtschaftspolitik werde in der Wirtschaft gemacht, sagte er.

Frage: Warum tagen die denn da noch immer? Oder bekommen sie da etwa ihre Anweisungen von "der Wirtschaft"?

Was ich hier sage, ist nicht Polemik sondern Fakt. Keiner der Abgeordneten Bayerns oder Passaus sitzt mit am Verhandlungstisch der OECD in Paris, wo seit Mai 1995 über ein Multilaterales Ab-kommen für Investitionen verhandelt wird, das MAI, ein Abkommen, das von Renato Ruggiero - dem Chef der WTO "eine neue einheitliche Verfassung der Weltwirtschaft" genannt wurde. Dieses Abkommen geht weit über das hinaus, was alle regionalen und globalen Pakte zur Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft: GATT/WTO, EU, (Maastrichter- und Amsterdamer Vertrag) NAFTA, APEC, MERCOSUR bisher geschaffen haben.

II. MAI: Ein Dracula, der das Licht des Tages scheut.

Ich möchte wetten, daß nur wenige der Abgeordneten der CSU, die dort drüben tagen, genau wissen, was das MAI ist. Das gilt nicht nur für die Landtagsabgeordneten, sondern auch für die Bundestagsabgeordneten. Diese wußten z.B. bis vor einigen Wochen nichts über das MAI. Als Berliner StudentInnen im Januar Oskar Lafontaine bei einem Pressetreffen baten, Stellung zum MAI zu nehmen, antwortete er: *"Ja, sowas hat schon mal auf meinem Schreibtisch gelegen. Ich glaubte es sei eine Sekte"*. Schlimmer noch: Als der Wirtschaftsausschuß des Bundestages am 14. Januar das MAI mündlich erörtern sollte, hatten die Abgeordneten den Verhandlungstext noch nie zu Gesicht bekommen. Man hatte ihnen gerade eineinhalb Seiten Papier in die Hand gedrückt. Die SPD-Abgeordnete Dr. Skarpelis-Sperk machte dann einen Aufstand - sie hatte sich das Originaldokument aus dem Internet besorgt - und forderte eine offene Aussprache im Bundestag über das MAI.

Diese Geheimhaltungspolitik ist in allen OECD-Ländern befolgt worden. Sie wurde im Frühjahr 1997 von AktivistInnen aus der Umwelt-, Arbeiter-, Frauen- und Drittweltbewegung zunächst in Kanada durchbrochen. Sie hatten sich den Vertragstext besorgt, ihn analysiert und eine breite Anti-MAI-Kampagne begonnen.

In allen Ländern USA, Kanada, England, Holland, Deutschland, Österreich erfuhren die gewählten Volksvertreter erst vom Volk, was das MAI ist und welche Gefahren es beinhaltet. Und diese Volksvertreter sollen dann diesem Vertragswerk, das im April 1998 paraphiert werden soll, zustimmen.

Warum diese Geheimhaltung? Sie hat Methode.

"Es ist legitim, den normalen Bürger nicht zu informieren, unter welchen Bedingungen ein Konzern im Ausland investieren soll", sagte Dr. Zimmer vom Wirtschaftsministerium einer Delegation von Gewerkschaftern im letzten Juni, als diese den Originalvertragstext des MAI sehen wollten. Ähnlich argumentierte auch Staatssekretär Klaus Jürgen Hedrich vom Entwicklungsministerium während des Funkhausgesprächs des WDR am 26.2.98: Die Globalisierung sei ein Fakt, sie würde bleiben, man könne nichts dagegen tun. *"Die Welt wächst zusammen zum 'Globalen Dorf' "* sagte Herr Hedrich, *"dazu gibt es keine Alternative. Das bedeutet auch die Aufgabe bestimmter Souveränitätsrechte"*. Als ich ihn fragte, warum das Volk als Souverän nicht wenigstens darüber informiert würde, wenn die gewählte Regierung Souveränitätsrechte zugunsten global operierender Konzerne aufgäbe, antwortete er sinngemäß, die Bevölkerung könne doch nicht über jeden kleinen Verwaltungsakt informiert werden.

Ähnlich wurden ja auch schon die früheren Verträge zur Durchsetzung der neo-liberalen Freihandelspolitik weltweit und regional: GATT/WTO (1994), EU (Maastricht), NAFTA, APEC, MERCOSUR ohne öffentliche Debatte ver-abschiedet. Selbst heute wissen StudentInnen, Mitglieder der Parteien und "normale Bürger" nicht genau, was die Uruguay-Runde, was GATT und WTO bedeuten. Diese Ignoranz ist gewollt. Denn wenn die Leute verstünden, was da verhandelt wird, wenn die "freie Presse" sie richtig informieren würde, würden sie auf die Barrikaden gehen. Statt dessen werden sie eingelullt mit Lügen wie: Globalisierung müsse sein, Auslandsinvestitionen schafften Wachstum und Arbeitsplätze, unser Lebensstandard hinge von der vollen Freiheit für die Multis ab.

III. Was bringt das MAI?

1. Es bringt den Multis, den Banken, Geldspekulanten bisher nicht gekannte Macht, überall in der Welt, in allen Bereichen, alles unter der Sonne zur "Investition" zu erklären und dort ihre profitträchtigen Geschäfte zu machen, ohne von einer nationalen oder subnationalen Regierung (Land oder Ge-

meinde) kontrolliert, eingeschränkt oder reglementiert zu werden. Die Regierungsvertreter bei der OECD sind offensichtlich bereit, große Teile der nationalen Souveränität - nämlich die Gestaltung einer eigenen menschen- und naturfreundlichen Wirtschaftspolitik, den Multis und ihren Profitinteressen auszuhändigen.

2. Diese Selbstentmachtung erfolgt vor allem durch die Klauseln über die "nationale Behandlung" und die "Meistbegünstigten" Klausel . Konkret heißt das: keine Bundes- Länder-, Gemeinderegierung darf einheimische, lokale Firmen gegenüber ausländischen Investoren und Investitionen bevorzugen (etwa durch Steuervorteile, Subventionen und ähnliche Anreize). Wenn z.B. der bayrische Staat einheimische Kleinbetriebe, etwa im Restaurantbereich, durch solche Vergünstigungen fördern will, muß er dieselben Vergünstigungen auch einem US-Multi gewähren. Die Folge ist klar: Der US-Multi - etwa Mc Donalds - wird die bayrischen Kleinbetriebe wegkonkurrieren.

In Deutschland ist die Sache besonders brisant in Bezug auf Ostdeutschland. Ausländische Investoren würden nach dem MAI in den neuen Bundesländern dieselben Subventionen erhalten wie ostdeutsche Firmen.

3. Weiterhin geben die Regierungen, die das MAI unterzeichnen, das Recht auf, von den Konzernen bestimmte Leistungen zu fordern: etwa die, daß sie eine bestimmte Zahl von Arbeitsplätzen schaffen oder erhalten, daß sie lokale Arbeitskräfte einstellen, einheimische Rohmaterialien verarbeiten, lokale Dienstleistungen anheuern, Gesetze zum Schutz der Landnutzung respektieren, Profite in diesem Staat, Land und dieser Gemeinde reinvestieren müßten. Alle diese Leistungsanforderungen sind nach dem MAI verboten.

4. Das MAI macht es Staaten auch unmöglich, den Import und Export von Kapital oder Währungsspekulationen, oder Portfolio Investitionen zu reglementieren. Der Spekulation wird Tür und Tor geöffnet und plötzliche Finanzeinbrüche wie in Ost- und Südostasien sind vorherzusehen.

5. Staaten dürfen ausländische Investoren weder *"direkt noch indirekt enteignen"*, oder Maßnahmen ergreifen, die einen ähnlichen Effekt haben, ohne direkte Entschädigung. Unter MAI-Bedingungen wird aber bereits die Aussicht, daß einer Firma zukünftige Profite wegen eines bestimmten Gesetzes entgehen könnten, als "Enteignung" bezeichnet.

Beispiel: Die Ethyl-Corporation (USA) verklagt den kanadischen Staat auf Schadensersatz in Höhe von 251 Millionen US-Dollar, weil dieser letzten April ein Gesetz zum Verbot von MMT in Benzin erlassen hat. MMT ist eine toxische Substanz, die Ethyl-Corporation produziert. Sie vergiftet die Luft. Ethyl-Corporation verklagt Kanada nach den Regeln von NAFTA - dem Vorbild für das MAI - wegen "indirekter Enteignung", d.h. wegen entgangener zukünftiger Profite und der Schließung seiner Firma in Kanada. In ähnlicher Weise verklagt eine kalifornische Müllentsorgungsfirma den mexikanischen Staat, weil dieser nicht erlauben will, daß diese Firma Sondermüll in Mexiko abládt.

6. Letztere Fälle machen deutlich, was das neue Streitschlichtungsverfahren im MAI bewirken kann. Konzerne können nach dem MAI Staaten verklagen und haben dabei einen ähnlichen Status wie Staaten selbst. Sie können diese Klagen bei einem nationalen Gericht einreichen, sie können aber auch zu einer internationalen Streitschlichtungsstelle gehen, die nicht demokratisch legitimiert und kontrolliert ist, wo Vertreter der Industrie dominieren.

7. Schutz vor Unruhen: Die unterzeichnenden Staaten haben für ein günstiges Investitionsklima zu sorgen. Für soziale Unruhen, bürgerkriegsähnliche Zustände - Streiks usw., Studenten- und Bauerndemos, die Profite der Investoren schädigen können, müssen die Staaten Entschädigung zahlen.

8. Dauer: Ein Staat kann das MAI erst nach 5 Jahren kündigen. Für die ausländischen Investoren in diesem Land gelten aber die MAI-Bestimmungen noch weitere 15 Jahre - also dauert das MAI 20 Jahre.

9. Roll-back und Standstill

Besonders gefährlich ist das MAI wegen jener Klauseln, die verlangen, daß Unterzeichnerländer alle ihre Gesetze, Regeln, Maßnahmen bis zu einem bestimmten "Sunset" - Moment, MAI-konform machen. D.h. Umweltgesetze, Gesetze zum Schutz von Arbeitsrechten,



Minderheiten, Frauenförderung, die den Investoreninteressen entgegen stehen könnten, müssen abgeändert oder aufgehoben werden (Roll-back).

Die Standstill-Klausel verlangt überdies, daß keine neuen Gesetze und Regelungen erlassen werden, die dem MAI nicht entsprechen.

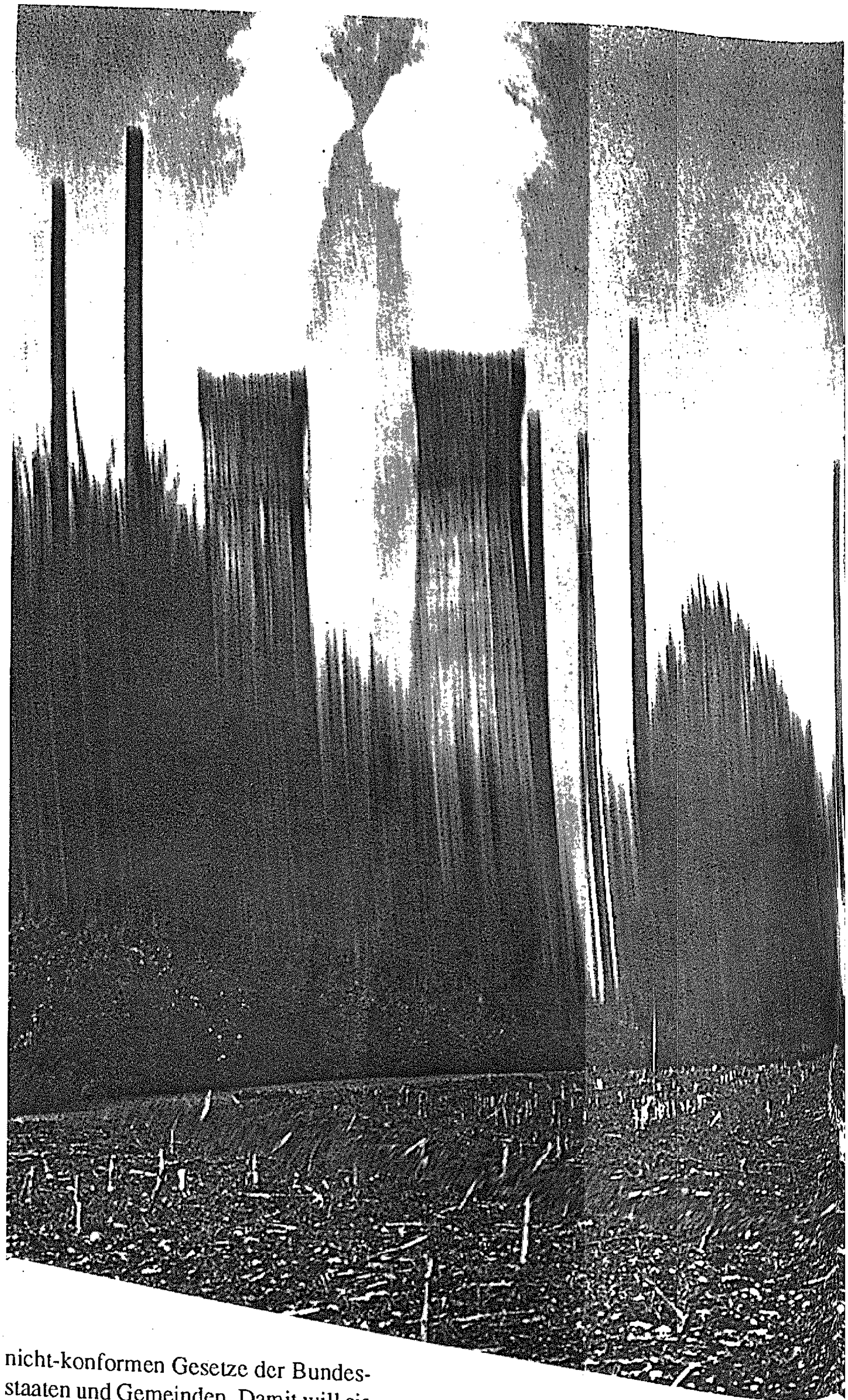
Beispiel: Frauenförderung. Die gesetzlichen Bestimmungen auf nationaler (deutscher) oder EU-Ebene zur Gleichstellung und Förderung von Frauen sind bereits jetzt so erbärmlich, vage und zahnlos, daß Frauen kaum eine Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Situation erwarten können. Das MAI wird diese Situation für die Zukunft einfrieren, weil z.B. Gleichstellungsforderungen mit Männerlöhnen ein massives Investitionshemmnis wären.

10. Das MAI eröffnet der "Dritten Welt" gnädig einen möglichen Zutritt aber zu den Bedingungen, die die OECD-Länder bis dahin festgelegt haben.

Viele Kommentatoren der internationalen Anti-MAI-Kampagne weisen darauf hin, daß das MAI in seiner Konsequenz die Grundlagen eines demokratisch verfaßten Gemeinwesens zerstört. Nicht mehr gewählte Volksvertreter bestimmen die Wirtschaftspolitik sondern riesige, global operierende, unkontrollierbare Konzerne, deren einziges Ziel Wachstum, ungehemmte Konkurrenz und Profitmaximierung sind. Deshalb sei das MAI nicht zu verbessern sondern nur abzu-schaffen.

Das MAI bedroht nämlich nicht nur Umwelt-, Arbeits- und Minderheitenrechte, sondern zielt durch seine konsequente Deregulierungspolitik darauf ab, nicht nur die Parlamente zu entmachten, sondern auch föderale und kommunale Strukturen der Selbstverwaltung und der Autonomie aufzuheben. In föderalen Staaten wie z.B. der Bundesrepublik, USA oder Kanada haben subnationale Gebiete das Recht, über einzelne Bereiche selbst zu befinden - etwa den Bildungs- und Sozialbereich. Auch im Umweltbereich gelten viele subnationale Gesetze und Regelungen. Diese stehen einem MAI-mäßigen Investitionsschutz im Wege.

Die Betreiber des MAI beabsichtigen nicht, Rücksicht auf Demokratie, Umwelt, soziale Belange und Menschenrechte zu nehmen. Um aber in den Parlamenten, die das MAI nach seiner Paraphierung bei der OECD ratifizieren müssen, nicht auf allzugroßen Widerstand zu stoßen, wenden sie die Taktik an, diese neuralgischen Punkte im Vertragsentwurf an drei verschiedenen Stellen zu erwähnen, die aber keinen gesetzlich bindenden Charakter haben: 1. in der Präambel, 2. in der Klausel, die das Absenken von Umwelt- und Sozialstandards zum Zwecke der Anlockung von Auslandsinvestitionen verbietet, 3. im Anhang, wo die Regierungen **Ausnahmen** für einzelne Bereiche anmelden können, die sie vor dem Zugriff der vollen Brutalität des MAI schützen wollen. Die Liste dieser **Ausnahmen** soll inzwischen über 1000 An-träge beinhalten. Die USA hatten im April 1997 bereits 24 Ausnahmen an-gemeldet. Diese Ausnahmen betreffen z.B. solch wichtige Bereiche wie die Energiepolitik, die Politik der öffent-lichen Erziehung, der sozialen Sicher-heit und Wohlfahrt, der Gesundheit und der Kinderfürsorge. Sie fordert eine Ausnahme für alle MAI-nicht-konformen Gesetze der Bundesstaaten und Gemeinden. Damit will sie ihre föderale Struktur vor dem MAI schützen.



Kanada und Frankreich verlangen vor allem, daß ihre Kulturindustrie vor dem Zu-griff des MAI geschützt wird.

Die deutschen Regierungsvertreter hingegen hatten nur 5 solcher Ausnahmen angemeldet. Sie betreffen hauptsächlich den Bereich der Binnenschifffahrt und des Eisenbahnverkehrs.

Die Liste der **Ausnahmen** zeigt die internen Widersprüche, die einem solch globalen Abkommen über Investitionen notwendigerweise innewohnen: Die stärksten "global players" z.B. die USA, wollen freien Zugang zu allen Investitionsbereichen und -territorien der Welt, aber sie wollen dennoch im eigenen Land einige Bereiche vor dem Zugriff ausländischer Investoren schützen.

Merkwürdigerweise versucht die deutsche Regierung nichts Ähnliches. Auf meine Anfrage beim Wirtschaftsminister Rexrodt, warum Deutschland - auch ein Bundesstaat wie die USA - nicht ähnliche **Ausnahmen** verlange, um z.B. die gesetzgeberische Selbstbestimmung der Länder und Gemeinden



zu schützen, und warum die deutsche Ausnahmeliste so kurz sei, bekam ich zur Antwort:

"1. Die deutsche Ausnahmeliste ist deshalb relativ kurz, weil wir seit jeher eine liberale Investitionspolitik verfolgen. Es liegt in unserem wirtschaftlichen Interesse für mehr Wachstum und Beschäftigung, daß sich möglichst viele ausländische Unternehmen bei uns ansiedeln.. "

"Zu 2. Die von den USA angemeldeten Ausnahmen für ihre Bundesstaaten und Gemeinden werden von uns und der Europäischen Union (EU) nicht akzeptiert. Für Deutschland ist ein derartiger Vorbehalt nicht erforderlich. Er wäre auch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zu rechtfertigen."

(Brief des Wirtschaftsministerium vom 26. Februar 1998, unterzeichnet: Hupperich).

Es lohnt sich ganz konkrete Anfragen zu den MAI-Klauseln an das federführende Ministerium und an die Abgeordneten zu richten. Dann erfährt frau/man wenigstens, was die deutsche Position beim MAI ist.

Nach dem Antwortbrief des Wirtschaftsministerium zu urteilen, sind nicht die Amerikaner die rabiatesten Vertreter einer totalen Investitionsliberalisierung, sondern die Deutschen.

IV. Widerstand - Was wollen wir? - NEIN zum MAI !

Die internationale Protestbewegung, die in Deutschland bisher von der Presse noch kaum beachtet wurde, warnt vor allem vor den Gefahren der weiteren Ab-senkung von Arbeits-, Umwelt- und Min-der-heitenrechten sowie der Aushöhlung nationaler und kommunaler Souveränität. Sie verlangen nicht nur den **Stop des MAI** sondern geradezu, daß es vom Kopf auf die Füße gestellt wird.

In den **USA** und **Kanada** erklären sich ganze Gemeinden, Städte und Bundesstaaten, (Provinzen) als "MAI-freie Zonen" (z.B. BC in Kanada, die Provinz Victoria BC). Sie fürchten mit Recht, daß das MAI den "größten Verlust der Kontrolle von Kommunen über ihre Geschicke in der Geschichte" bedeuten wird (Anzeige des International Forum on Globalization (IFG) in *International Herald Tribune*, 17. Febr. 1998). Die "MAI-freien Zonen, Provinzen, Gemeinden, Städte" argumentieren: Wir haben nicht in Paris am Verhandlungstisch gesessen. Unsere Bundesregierung hat kein Recht, irgendwelche Abkommen über unsere Köpfe hinweg zu beschließen. Die MAI-Klauseln gelten nicht für uns. Wir wollen selbst über unsere Wirtschaft, unsere Umwelt, unsere Sozial- und Minderheitenrechte bestimmen.

Das Institut für Politik in Innsbruck lädt zum 20. März zu einem Treffen aller österreichischen Anti-MAI-Initiativen ein, wo ebenfalls eine Diskussion über ein MAI-freies Österreich geführt werden wird.

Bei einer Tagung im renommierten Renner -Institut in Wien fand eine Debatte zwischen offiziellen Befürwortern des MAI, dem österreichischen Botschafter bei der OECD, Dr. Peter Jankowitsch, und einem Vertreter des Wirtschaftsministerium und einem MAI-Gegner statt. Genervt von den kritischen Fragen des Publikums zu den Folgen des MAI für die Dritte Welt und für Menschenrechte rief der OECD-Botschafter verärgert aus:

"Es geht bei diesem Abkommen um Investitionen und nicht um Menschenrechte!"

Genauer und schöner kann man es nicht sagen. Darauf verlangte das Publikum, daß das MAI auf die Füße gestellt, d.h. umgedreht werde: Natürlich müßte es eine Regelung für Auslandsinvestitionen geben. Das MAI aber sei eine Reglementierung der Regierungen und der Bevölkerung. Umgekehrt jedoch müßte die Bevölkerung und ihre freigewählten VertreterInnen die Konzerne kontrollieren. Nur so würde ein Schuh daraus.

In Deutschland haben kleine Initiativen wie unser Komitee **"Widerstand gegen das MAI"**, Gewerkschaftsgruppen und Studenten das MAI aus der Dunkelheit ans Tageslicht der öffentlichen Kritik gezogen. Ein Student aus Regensburg hat sogar den Originalverhandlungstext ins Deutsche übersetzt. An vielen Universitäten sind anti-MAI-Arbeitskreise entstanden, die das Thema diskutieren und an die Öffentlichkkeit bringen. Unser Komitee hat im Oktober 1997 ein Dossier erstellt, das erste Informationen über diese geplante globale Herrschaft der Konzerne gibt. Die beiden NROs WEED und German Watch haben Mitte Januar 1998 einen Medienworkshop zum MAI gemacht.

Das Wirtschaftsministerium hat am 14. Januar 1998 auf diese Veröffentlichung durch das Volk in der Weise reagiert, daß der Originaltext (in Englisch) beim Wirtschaftsministerium angefragt werden kann. Gleichzeitig verbreitet die große Presse, die bisher zum MAI gehorsam geschwiegen hat, Nachrichten, daß die Unterzeichnung

am 28. April 1998 in Paris nicht zustande kommen werde, daß die USA nicht mehr mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden seien und eventuell aussteigen würden.

Die OECD scheint eine ähnliche Taktik beim MAI zu verfolgen, wie sie vor-her schon bei GATT und den Verträgen von Maastricht und Amsterdam an-gewandt wurde:

Erstens: Geheimhaltung; zweitens: - wenn die Proteste zu stark werden - plötzliche Veröffentlichung; dritttens: Beschwichtigung durch die Presse, die Verträge würden verschoben, kämen sowieso nicht zustande; viertens: plötzlicher Vertragsabschluß.

Sollen wir solche Beschwichtigungen glauben? Ich meine nicht. Es geht beim MAI ja nicht **nur** um einen bestimmten Vertrag, sondern um die Kulmination aller bisherigen Deregulierungs-, Privatisierungs- und Globalisierungspolitik, die auch nach einem eventuellen Scheitern des MAI fortgesetzt werden wird und das Ziel hat, die Politik der Wirtschaft unterzuordnen.

Aus diesem Grunde organisieren wir am 25. April 1998 in Bonn einen internationalen Kongreß zum MAI und zur Globalisierung, auf dem wir über die Gefahren dieser Art von Politik informieren und die Menschen zum Widerstand aufrufen wollen.2

Keine Regierung hat das Recht, die souveräne Kontrolle der Gemeinwesen über ihre Umwelt und ihre Lebensbedingungen den Profitinteressen der Multis auszuliefern!

Am 25. April 1998 findet an der Universität Bonn ein Kongreß zum Thema statt. Der Kongreß soll eine Öffentlichkeit über das MAI herstellen und eine breite, kritische Diskussionen anstoßen. Er soll eine Plattform für Information, poltitische Bildung und Auseinandersetzung werden.

Tony Clarke aus Kanada, Maria Mies aus Deutschland, Martin Khor aus Malaysia, Ann Staffort und andere internationale ReferentInnen sind zu verschiedenen Schwerpunktthemen eingeladen.

Im folgenden drucken wir einen Vortrag der Kölner Soziologin Maria Mies zum Multilateralen Investitionsabkommen (MAI).

Noch ist das MAI nicht tot.

von Ann Stafford

Die Verhinderung des Abkommens wäre ein idealer Ansatzpunkt für eine Kampagne gegen "Frei"handel. Das "Multilaterale Abkommen über Investitionen" (MAI) strauchelt. *"Bevor wir den Kadaver gesehen haben, ist das MAI noch nicht tot"*, meint jedoch ein holländischer Aktivist. Die Proteste, die dazu beigetragen haben, daß das MAI nicht, wie ursprünglich geplant, Ende April in Paris unterzeichnet werden kann, müssen weitergehen. AktivistInnen, Nichtregierungsorganisationen, ParlamentarierInnen, Studierende und andere beteiligten sich an vielfältigen Aktionen. Vierzig AktivistInnen besetzten im Februar 1998 das Büro von Frans Engering, Verhandlungsleiter des MAI, in Den Haag. Das Europäische Parlament stimmte im März bei nur acht Gegenstimmen dem Bericht des Grünen Abgeordneten Wolfgang Kreissl-Dörfler zu und lehnte die Unterzeichnung des MAI in seiner jetzigen Form ab. Das MAI hätte eigentlich bereits im Mai 1997 verabschiedet werden sollen. Für die jetzige Verzögerung sorgte auch ein Streit zwischen den USA und Europa über die US-amerikanischen Helms-Burton und D'Amato-Gesetze, die Staaten mit Sanktionen belegen, deren Unternehmen geschäftliche Beziehungen mit Kuba oder Iran und Libyen unterhalten. In Frankreich wehrte sich die Kulturindustrie gegen das MAI, denn das Abkommen würde jegliche Möglichkeiten verhindern, die französischen Filme vor der Übermacht aus Hollywood zu retten. Frans Engering, der im April zurücktritt, erklärte im März öffentlich, daß es im April keine Unterzeichnung des MAI geben wird. Aber noch besteht kein Anlaß, die Sektkorken knallen lassen, denn das Abkommen soll trotzdem im Oktober 1998 zum Abschluß gebracht werden. Die Verhandlungsdelegierten haben ein Interesse daran, das MAI in irgendeiner Form zu beschließen, bevor die nächste Runde der Welthandelsorganisation (WTO) beginnt. Die OECD-Minister werden vermutlich im April eine Erklärung verabschieden, welche die wichtigsten Eckpunkte des MAI festhält und die noch strittigen Punkte und Ausnahmeregelungen außen vor läßt. Die reichen Industrieländer werden nichts unversucht lassen, ihren Wunsch nach gesicherten Investitionen und schrankenlosem Wirtschaftswachstum durchzusetzen. Bisher bestehen 1160 bilaterale, 16 regionale sowie sechs multilaterale Vereinbarungen für Investitionen, und es gilt, ein einheitliches Abkommen zu erstellen, das global gilt. Die meisten Multinationalen Konzerne haben ihren Sitz in einem der 29 reichsten Industrieländer, die in der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) vertreten sind. Der weitaus größte Teil des Welthandels wird zwischen den drei Blöcken Nordamerika, der EU und Japan/ Südostasien abgewickelt - ein Drittel des Handels sogar innerhalb der Multis. Als nächsten Coup plant die Europäische Kommission einen "Neuen Transatlantischen Markt" (NTM) zwischen der EU und den USA. Diese Freihandelszone sieht ähnliche Deregulierungsmaßnahmen vor wie das MAI, und später könnten auch weitere Staaten beitreten. Das MAI bedeutet eine Verschärfung eines bereits seit einiger Zeit laufenden Globalisierungsprozesses. Das ungleiche Nord-Süd-Verhältnis wird zementiert. Bisher wurden den Trikontstaaten durch Strukturanpassungsprogramme - neuerdings auch nach der Finanzkrise in Asien - brutale Sparmaßnahmen auf Kosten der ärmeren Bevölkerung (aber nicht auf Kosten der Eliten) und die rücksichtslose Öffnung der Märkte auferlegt. Mit dem MAI können sich Trikontstaaten überhaupt nicht mehr gegen die Plünderung und Ausbeutung durch Multis wehren. Die Deregulierung wird nun weltweit auf den Punkt gebracht, es handelt sich sozusagen um das i-Pünktchen auf der Deregulierung, d.h. dem "freien Spiel" der Marktkräfte: Die Konzerne können sich nun noch hemmungsloser "auf freier Wildbahn" bewegen. Dennoch ist es nicht so, daß Nationalstaaten durch diesen Prozeß geschwächt oder gar aufgelöst werden - sie erhalten bloß eine andere Funktion (vgl. zu diesem Thema die neuesten Bücher von Joachim Hirsch). Multis und Staat stehen nicht gegeneinander, denn die PolitikerInnen folgen den Interessen des Kapitals, getreu dem Motto "was gut ist für General Motors, ist gut für alle".

Kurzes

3. Anarchistisches Sommercamp

Vom 31. Juli bis 9. August 1998 findet in der Umgebung von Berlin das 3. anarchistische Sommercamp statt. Selbstorganisiert vom Kochen bis zu den Arbeitsgruppen, bietet es viel Raum zum Kennenlernen, Spielen und Diskutieren. Sport- und Spielplätze sowie eine Wildwasserbadestelle grenzen an das Gelände an.

Die finanzielle Beteiligung sollte je nach persönlicher Situation zwischen 90 und 140 Mark liegen. Anmeldeschluss für die maximal 300 TeilnehmerInnen ist der 15. Juli.

Anmeldungen mit Adresse, Anzahl der Personen und vielleicht schon Ideen zu AGs an: Jugendumweltladen, c/o Andreas, Jagowstr. 12, 10555 Berlin; Fax 030 - 405 33 639;, Tel 0177 272 49 03;, E-mail acamp@jpberlin.de

Anarchistisches Forum in der Schweiz

Im Januar '98 fand in Biel seit langem wieder einmal ein anarchistisches Treffen mit etwa 80 TeilnehmerInenn aus der gesamten Schweiz statt. Auffallend war die grosse Teilnahme junger, unorganisierter Leute aus der deutschsprachigen Schweiz, in der die anarchistische Bewegung bisher eher schwach war.

Diskutiert wurden in den zwei Tagen u.a. über eine zukünftige Koordination, die Anti-WTO-Kampagne, Medien, Anarchismus im Alltag, Feminismus und über die Geschichte des Anarchismus in der Schweiz. Konkret beschlossen wurden jährlich zwei Treffen, eine stärkere Koordination und ein zweimonatliches Bulletin, zu dem alle Gruppen und Projekte ihre Termine, Flugblätter, Kampagnenvorschläge, Plakate oder Diskussionspapiere beisteuern können. Darüber hinaus soll eine Broschüre anarchistische Gruppen in der Schweiz vorstellen. Weitere Infos: A-Info, PF 580, CH-8037 Zürich.

Geld oder Leben?

Eine Karawane von Frankfurt nach Genf zum Jahrestreffen der Welthandelsorganisation (WTO) ist im Mai eine von weltweit vielen Protestaktionen gegen neoliberale Wirtschaftspolitik. Aktuelle Anlässe gibt es genug: das Jahrestreffen, 50 Jahre GATT und die neueste Kreation, das *Multilaterale Agreement of Investment*, kurz MAI genannt. (Näheres dazu auch in diesem Heft) Treffpunkt aller Teilkarawanen oder Gruppen ist am Samstag dem 2. Mai in Bankfurt am Main, danach folgen Tagestouren über Darmstadt, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg bis nach Basel am 9. Mai. Die Strecke nach Genf liegt noch nicht fest. Tagsüber bewegt sich die Karawane aus Fahrrädern, Wagen, Trecker und Lkws im Radlertempo von Ort zu Ort. Abends bleibt Zeit und Raum zum Austausch untereinander und Leuten, die nicht mitfahren. Organisiert wird die Karawane von WIWA Wendland, c/o Abraxas, Marschtorstr. 56, 29451 Dannenberg.

FLI - forum für libertäre informationen

Das FLI bietet zweimal im Jahr, zwanglos und ohne ohne festem Programm mehrere Tage zum Diskutieren, Begenen, Kennenleren, Feiern und, und, und ... Diskutiert werden aktuelle Themen aus anachistischer Sicht in Form von Thesenpapieren, Vorträgen oder einfach frei.

Für 0,10 DM je Seite Kopierkosten plus 3.— DM Porto im voraus, erhaltet ihr die Thesenpapiere vorausgegangener Treffen: Widerstand (14 Seiten), Anarchie und Journalismus (5), Jugendkult und Altwerden (5), Maße, Nichtmaße (9), Regieren - eine späte Erfindung (5), Das Internet wird uns noch weiter verblöden (11), Kulturkritik (6), Sprachkritik (13), Antipädagogik (2), Intellektuelle Zocker - Nachrichten aus dem Niemandsland der Funktionslosen (5), Perspektiven des Anarchosyndikalismus (2), Freiheitbegriff in der libertären Pädagogik (4), Grundsätze der anarchistischen Bewegung (2), Psychokultkritik (5), Anarchie und Raum - Auswirkungen des Zentralismus (4),

Informationen/Spenden/Bestellungen bei FLI, c/o Meeuw, Postfach 3643, 26026 Oldenburg. Postbank Hamburg, BLZ 250 100 22, Konto 280 340 381 7



Flughafen Rhein-Main

von Michael Wilk

"Wenn man über Frankfurt fliegt, sieht man, daß da und dort noch Platz ist.(...) Wenn der politische Wille besteht, wird man das Gelände für die vierte Bahn finden." (J.Grendel, Lufthansa-Sprecher)

Seit der Chef der Lufthansa AG, Jürgen Weber, am Ende des letzten Jahres die Forderung nach dem Bau einer weiteren Start- und Landebahn am Flughafen Rhein-Main aussprach, sind die Diskussionen um die Bedeutung des Airports in vielerlei Hinsicht neu entbrannt. Die jeweils zu einem Drittel in Besitz von Bund, Land Hessen und Stadt Frankfurt befindliche Flughafenaktiengesellschaft (FAG) als Betreiberin des Flughafens trommelt für den Ausbau ebenso wie die schon erwähnte Lufthansa, deren Flottenhauptstandort Frankfurt ist.

Hauptargument der AusbaubefürworterInnen sind die Kapazitätsprobleme der vorhandenen Bahnsysteme, auf denen zur Zeit pro Stunde bis zu 74 Starts und Landungen abgewickelt werden können. Mit Hilfe aufwendiger Elektronik, die eine Staffelung der anfliegenden Maschinen in kürzeren Abständen ermöglicht, soll der sogenannte Koordinationseckwert bis zum Jahr 2000 auf 80 gesteigert werden. Nach Angaben der FAG können dann auf Rhein-Main mit Sicherheit 430.000 - eventuell sogar bis zu 460.000 - Flugbewegungen abgewickelt werden.

Mit 430.000 Starts und Landungen ließen sich bis zu 60 Millionen Passagiere durch die Terminals schleusen. Durch den Bau und die Inbetriebnahme des Terminal 2 sowie dazugehöriger weiterer "betonierter Logistik" soll die dazu nötige Infrastruktur "landseitig" bis zum Jahre 2000 zur Verfügung stehen.

Der Zusammenschluß aller in Deutschland ansässigen Fluggesellschaften BARIG (Board of Airline Representatives) fordert jedoch mit Verweis auf die steigende Nachfrage, die eine Steigerung von 74 auf 80 Flugbewegungen pro Stunde zur "reinen Kosmetik" werden lasse, eine erhebliche Ausweitung der Start- und Landekapazität. *«Für den nächsten Sommerflugplan gibt es in den Spitzenzeiten Wünsche für 104 Slots (Start und Landungen) pro Stunde, machbar sind aber nur 76.»* (FR 8.11.97) Spätestens im Jahre 2005 seien die Möglichkeiten am Flughafen endgültig ausgereizt, tönt es unisono von Betreiber- und Fluggesellschaftsseite. Wohlwissend, daß der Flughafen als ökologische Katastrophe eine sowieso industriell und infrastrukturell überbelastete Region wie das Rhein-Main-Gebiet in unzumutbarer Weise weiter malträtiert und ein Ausbau weit über die bestehenden Grenzen hinaus erneut wie in früheren Zeiten Widerstand hervorrufen könnte, argumentieren die Befürworter des Ausbaus mit ökonomischen Sachzwängen, vorzugsweise mit dem Faktor "Arbeitsplätze".

Angedroht werden Konsequenzen, die in der gegenwärtigen sozial-ökonomischen Situation keulenartig auf das Bewußtsein der betroffenen Menschen der Region wirken sollen: Wenn die Nachfrage nicht ausreichend befriedigt werden könne, sei Stagnation, schlimmstenfalls Rückgang die Folge.

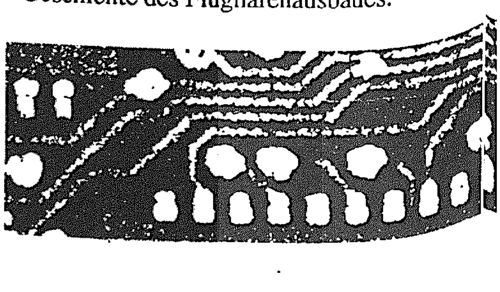
Gegenwärtig kann von Rückgang und Stillstand nicht die Rede sein, befindet sich der Flughafen Rhein-Main doch, trotz massiver Konkurenz, im stetigen Aufwind.

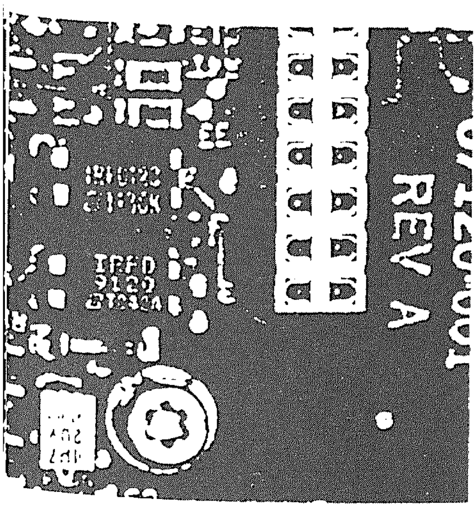
«In den drei Sparten Starts/Landungen, Passagiere und Fracht weist die Verkehrsstatistik des Rhein-Main-Flughafens für das zurückliegende Jahr erneut Wachstumsraten und neue Rekorde auf. 1997 gab es auf Deutschlands größtem Flughafen 392.121 Starts und Landungen. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Plus von 1,9 Prozent. Erstmals wurde bei den Passagieren die Marke von 40 Millionen übertroffen. Mit 40.271.919 wurden 3,9 Prozent mehr Fluggäste registriert als 1997. Die Luftfracht belief sich auf 1.4 Millionen Tonnen, was gegenüber dem Vergleichszeitraum eine Steigerung von 2,5 Prozent bedeutet.» (FR 16.1.98)

Nach einem internationalen Vergleich des Jahres 97 befindet sich der Flughafen weltweit auf Rang acht bezogen auf das Fluggastaufkommen - im Frachtbereich belegt er einen siebten Rang und ist damit in dieser Kategorie der größte Europas.

Die von den Flughafenbetreibern entfachte Diskussion entspringt nicht nur einem realen Bedürfnis der Flughafennutzer nach Kapazitätserweiterung. Sie kann als Versuch gewertet werden, frühzeitig und in einer momentan anscheinend günstigen Situation (Arbeitsmarktlage) Propaganda für den Ausbau zu machen und gleichzeitig das Widerstandspotential an den in die Diskussion geworfenen "Standorten" für eine neue Start-und Landebahn zu testen.

Die Angst der Flughafenbetreiber vor offenem und breitem Widerstand sowie vor evtl. langwierigen und kostspieligen Klageverfahren erwächst aus der inzwischen fast historisch zu nennenden Geschichte des Flughafenausbaues.

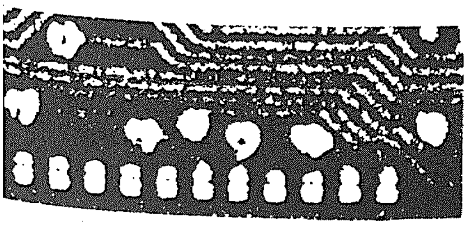




Geschichte des Flughafenausbaues

Seit den schweren Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn West sind siebzehn Jahre vergangen - die Räumung des Hüttendorfs 1981 als Zeitpunkt genommen. Die Chefs der Flughafenbetreiber und -nutzer haben auf die Faktoren Zeit und Vergessen gesetzt, bevor sie seit Ende 97 massiv an das "Tabuthema" "Flughafenausbau außerhalb seiner Zäune" herangingen. Trotz dieses langen Zeitraums sind die Menschen der Region bezüglich weiterer ökologischer Belastung hoch sensibilisiert. Dies hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß die FAG seit der Inbetriebnahme der Startbahn West 1984 nie aufgehört hat, die BürgerInnen des Flughafenumlandes mit weiteren Ausbaumaßnahmen zu konfrontieren. Zu nennen sind nicht nur der Terminal 2 im Norden mit all der dazugehörigen Infrastruktur, sondern auch der über Jahre betriebene Ausbau von Cargo-City (Frachtumschlag) im Süden, angrenzend an die US-Air-Base. Damit verbunden waren großräumige Baumfällaktionen, die den "Restpuffer" des verbliebenen Waldes in Richtung Mörfelden-Walldorf weiter ausgedünnt haben.

Im Norden angrenzend an die beiden Terminals erstreckt sich zur Zeit eine der größten Baustellen der BRD: der Bau des Schnellbahnbahnhofs (Köln-FfM) verschmilzt nahtlos mit der Modernisierung des Frankfurter Autobahnkreuzes.



Die Erweiterungen der letzten zehn bis fünfzehn Jahre wurden im wesentlichen umgesetzt, wie der Generalausbauplan (GAP) des Jahres 1985 beschreibt: «*Lag der Schwerpunkt der Generalausbaupläne 75/80 auf der Überwindung des Mangels einer limitierenden Kapazität des Start- und Landebahnsystems, nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der Startbahn 18 ist dies nun Vergangenheit, so liegt der Schwerpunkt des GAP 1985 auf dem Vorfeld und Terminalausbau.*» Notwendige *Anpassungen* an die Erfordernisse der Flughafenbetreiber wurden in der Regel in den folgenden Jahren bereitwillig von offizieller Seite nachgegeben.

Trotz der spürbaren Unruhe im Flughafenumland, die jeder weitere Einschnitt ins ökologische Gefüge immer noch verursachte, ist die ökonomische Potenz des Flughafens so groß - und die personellen Verflechtungen der Regierung mit Betreiberaufsichtsräten derartig eng verwoben -, daß bisher keine Hessische Landesregierung je daran gedacht hat, den Expansionsbestrebungen der Flughafenbetreiber spürbare Grenzen zu setzen. Im Gegenteil: Eher wurden Auseinandersetzungen provoziert oder in Kauf genommen, die mit der brutalen Räumung des Hüttendorfs auf der Trasse der 18 West im Jahre 1981 ihr größtes Ausmaß annahmen - und die dann mit der sinnlosen Erschießung zweier Polizisten auf einer Erinnerungsdemonstration aus diesem Anlass 1987 nicht nur dem Leben der Beamten ein Ende setzten, sondern ebenso den Aktivitäten der "Reste" einer ehemals breiten sozialen Bewegung gegen den Ausbau des Flughafens. Zuvor waren, ein halbes Jahr vor den Schüssen, auf den 1. "Libertären Tagen" in Frankfurt/M. die teilweise erstarrten und ritualisierten Formen abgehobener Macho-Militanz kritisiert und eine zunehmende soziale Isolierung unsererseits diagnostiziert worden. Was später von manchen als die Tat eines einzelnen "Durchgeknallten" bezeichnet wurde, wurde in der Folge auch als Ergebnis struktureller oder auch moralisch-philosophischen Mängel auf unserer Seite diskutiert. Die nach den Schüssen einsetzende Verfolgung und Kriminalisierung reduzierte die Aktivitäten der Rest-BI fast vollständig auf die Ebene der Prozessbeobachtung. Die "militanten" StartbahngegnerInnen, die über Jahre die Demonstrationskultur auch über das Rhein-Main-Gebiet hinaus geprägt hatten, sahen sich in Vereinzelnung und politische Defensive zurückgedrängt. Eine Bewegung, die vor allem in der Zeit des Hüttendorfs und der anschließenden Auseinandersetzung um die Startbahn-West zu einer in der BRD eher seltenen Mischung aus jenen "Lang- und Grauhaarigen" zusammengewachsen war, die es den staatlichen Organen schwer machte, in der üblichen Manier von "teile und herrsche" (sprich: kriminalisiere die "kleine radikale Minderheit" und umsorge den "bürgerlichen" Teil) zu verfahren, war nicht ohne eigenes Verschulden weitgehend am Ende.

Protestbewegungen

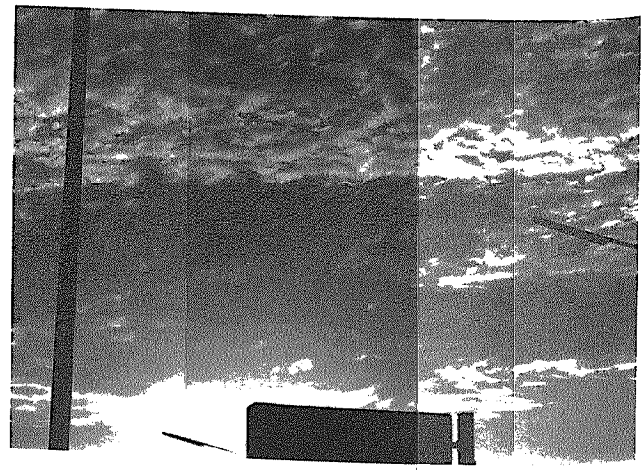
Schon in den siebziger Jahren waren vereinzelte BürgerInnen vor allem aus dem direkten Flughafen-Umland aktiv, um sich mit den Auswirkungen des Luftbetriebs auseinanderzusetzten: Lärm durch startende und landende Flugzeuge, schwindende, teilweise zerstörte Waldbestände, eine stetig wachsende Luftverschmutzung und nicht zuletzt der gestörte Schlaf durch Nachtflüge (jetzt ca.75 pro Nacht) trugen dazu bei, das Problembewußtsein auf lokal-regionaler Ebene zu schärfen und über die klassischen Grenzziehungen durch Partei, Gewerkschaft und Kirchen zu überwinden. 1979 stimmten die mittlerweile gegründeten Bürgerinitiaven des Umlandes noch einer Verlängerung der beiden Paralellbahnen mehr oder weniger zu, in der Hoffnung, der damals bereits diskutierte Bau einer dritten Bahn (18 West) ließe sich so vermeiden. Ein Trugschluß, wie der weitere Verlauf beweisen sollte. Der Bau des Hüttendorfs im Startbahnwald wurde als reaktiver Akt des Ungehorsams von den Bürgerinitiativen gegen die weitere Forcierung des Ausbaus gesetzt. Dies übte eine faszinierende Anziehungskraft auf viele Menschen aus, die sich als "radikal" definierten. Zu diesem Zeitpunkt schlossen sich auch

die (meist großstädtischen) Linken, die vorher in den BIs oft nur um ihren Wohlstand besorgten "Kleinbürger" aus Mörfelden-Walldorf am Werk gesehen hatten, der sich enorm verbreiternden Protestbewegung an.

Ohne an dieser Stelle die zahlreichen Konflikte und Schwierigkeiten im Innern der Bewegung schildern zu wollen, ist feststellbar, daß die Vielfalt des damaligen Widerstands, bezogen auf die Unterschiede der beteiligten Personen (Alter, soziale Herkunft, ursprüngliche politische Heimat), als auch die Vielfalt der Aktivitäten (Hüttendorf, Volksbegehren, Initiativen allerorten) anwuchs - nicht zuletzt deshalb, weil immer wieder von allen beteiligten Fraktionen Spaltungen vermieden werden konnte. Die Menge der Menschen und die kreative Wut dieser bunten Mischung brachte die regierenden Sozialdemokraten in Bedrängnis.

Holger Börner, SPD-Ministerpräsident, mußte zu den Hochzeiten des Startbahnkonflikts 1981 den Altvorderen Willi Brandt als Ratgeber einfliegen, um sich seines Beistands in einer Zeit zu sichern, als große Teile der Region gegen den Ausbau rebellierten und ca. 150.000 Menschen in Wiesbaden auf die Straße gingen, um ihre Interessen zu manifestieren. Eine Blockade des Airports über Stunden, die von Polizei und BGS-Einheiten freigeknüppelt werden mußte, und die sich etablierenden militant-friedlichen "Sonntagsspaziergänge", trieben den materiellen und politischen Preis der Flughafenerweiterung in die Höhe. Es ging nicht mehr nur um die Notwendigkeit einer neuen Startbahn; es ging darüber hinaus um "Staatsräson".

1984 wurde die Startbahn in Betrieb genommen - eine vieltausendköpfige Menge demonstrierte wie üblich im Tränengasnebel des Startbahnwaldes. Der Staat und die FAG hatten sich durchgesetzt. Zwar waren die Regierenden vorsichtiger geworden - auf einen dritten Block C des AKW's in Biblis wurde ebenso wie auf den Plan, eine Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen zu bauen, verzichtet - nichtsdestotrotz starteten die Flugzeuge nun über die Köpfe der Menschen der südlichen Anliegergemeinden. Mit der Inbetriebnahme der Startbahn West klinkten sich viele resigniert aus der Protestbewegung aus - manche, um sich



Alle Photos: Trotzdem-Verlags Archiv

verstärkt der Arbeit in grüner Partei zu widmen, die sich gerade anschickte, mit den Gegnern von eben an der ersten rot-grünen Koalition zu basteln - andere zogen sich ins Private zurück.

Militärisches Kalkül ...

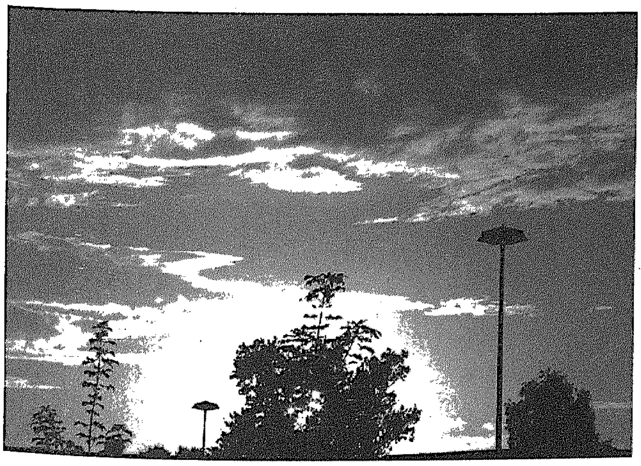
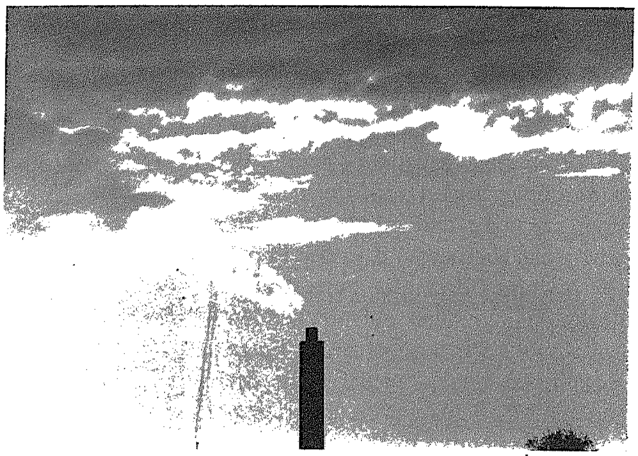
Ein Teil machte weiter, vornehmlich diejenigen, für die die Teilnahme am Protest an der Startbahn Bestandteil eines sozialen und politischen Bezugssystems geworden war, auf das sie nicht verzichten wollten. Es war vor allem dieser Teil der zerfallenen Protestbewegung, der sich jetzt, wie in den Jahren zuvor auch, mit dem Flughafen und seiner Bedeutung über ökologische Aspekte hinaus beschäftigte. So hatten sich schon relativ früh Arbeitsgruppen der Gesamt BI (AG-Frieden) dem militärischen Aspekt des Flughafens zugewandt. Die Bedeutung der US-Air-Base (Gateway to Europe) wurde nicht nur im Kontext des Startbahn-West-Baues sondern grundsätzlich problematisiert. Die Funktion des größten militärischen Frachtflughafens der US-Streitkräfte außerhalb der USA mit Drehscheibenfunktion im Spannungsfall wurde damals kritisch analysiert. Diese Rolle wird in der gegenwärtigen Situation am Beispiel Irak aktualisiert - stiegen doch die militärischen Flugbewegungen in der Aufmarschphase der Militärs deutlich an.

Die Auseinandersetzung mit dem militärischen Teil des Frankfurter Flughafens wurde bereits durch die 1982 durchgeführte Unterzeichnung des "Host Nation Support Wartime"-Abkommen notwendig. Die BRD erklärte sich in diesem Abkommen u.a. zum *«Aufbau und zum Unterhalt umfassender Unterstützungseinrichtungen»* bereit (FAZ; 23.2.82). Die militärischen Aspekte des Frankfurt Airport führten so zu einer Sensibilisierung und weitergehenden Aktivitäten in der Friedensbewegung am Beispiel des Pershing/ Nato-Doppelbeschlusses.

Der Tod von sechs Menschen 1983 anlässlich einer Flugschau auf dem militärischen Teil des Frankfurter Flughafens - ein Starfighter war in der Nähe des Waldstadions abgestürzt und hatte zum Tod der Frankfurter Familie Jürges geführt (während wir auf dem Airport demonstrierten) -, wie auch im Jahre 1985 der Tod Günter Sares bei einer antifaschistischen Demonstration in Frankfurt, brachte einer Verschärfung der Auseinandersetzung mit sich.

...und Militanzdebatte

Militante Aktionen im Rhein-Main Gebiet nahmen zu, während die theoretische Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn bestimmter Widerstandformen chronisch hinterherhinkte. Auch wenn die Schüsse an der Startbahn 1987 tatsächlich eine isolierte Einzelaktion mit fatalen Folgen war, so besteht doch ein innerer Zusammenhang mit der (nicht zu einem produktiven Ergebnis geführten) Militanzdebatte. Die Tatsache, daß die der Ereignisse bis zum heutigen Tage nur mangelhaft aufgearbeitet wurden, läßt es um so notwendiger erscheinen, daß heute - zehn Jahre später - nicht nur wieder gegen einen erneuten Flughafenausbau mobilisiert wird, sondern daß, sozusagen von Anfang an, besagte Fehler vermieden werden.

Vereinte Kräfte

Am 5. März 1998 haben sich unter dem Namen "Bündnis der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung—für ein Nachtflugverbot" vierzehn Initiativen zusammengeschlossen, um mit vereinten Kräften an der Koordination des Widerstands zu arbeiten. Zu diesem Treffen hatte die Mörfelden-Walldorfer BI geladen, die schon in den letzten Jahren ein wachsames Auge vor allem auf den Baubetrieb des Frachtbereichs-Süd (Cargo-City) geworfen hatte. Neben zahlreichen Einzelpersonen aus früheren "Startbahnzeiten" fanden sich auch neue Initiativen ein, die sich vor allem am Thema Fluglärm neu gegründet hatten. Das Spektrum erinnerte an "alte Zeiten" und reichte von BUND-Ortsgruppen über Stadtteilinitiativen bis zum außerparlamentarisch definierten libertären Flügel. Anwesend desweiteren zahlreiche Grüne, integere Einzelpersönlichkeiten sowie auch VertreterInnen des parlamentarischen Geschehens. Diese sind allerdings nicht offizieller Bestandteil des Bündnisses. Erstes Ergebnis dieser neuen Runde war die fast einhellige Ablehnung der Idee eines sogenannten "Runden Tisches", die von Ministerpräsident Eichel (SPD) in die Welt gesetzt worden war. Am "runden Tisch" sollen VertreterInnen der verschiedenden Interessensverbände und der Parteien "ausgleichende" Gespräche über mögliche ("sozial und ökologisch verträgliche") Ausbauvarianten führen. Bis auf zwei/drei Personen aus dem Umweltschutzspektrum der BI`s war zur ersten Gesprächsrunde niemand geladen. Schnell bestand Einigkeit im Spektrum der BI`s, daß an Tischen dieser Art nur faule Kompromisse ausgehandelt und grün/rötlicher Gewissensbisse entlastet werden können. So werden wohl diese Runden ohne Feigenblatt aus unserer Richtung stattfinden müssen.

Stattdessen werden die verschiedenen Gruppen mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen verstärkt an die Auseinandersetzung um die diversen Ausbauvarianten gehen. Abgelehnt werden prinzipiell alle-, so wird es wohl hoffentlich nichts werden mit der deutlich erkennbaren Strategie, verschiedene Möglichkeiten der Erweiterung auf einmal zu diskutieren und dann darauf zu setzen, daß die jeweils am schlimmsten Betroffenen nach dem St. Florian Prinzip darauf hoffen mögen, der liebe Nachbar werde der Dumme sein - nur man selbst nicht. Bis jetzt ließen sich die Betroffenen jedenfalls nicht auseinanderdividieren: Sowohl bei einer Veranstaltung der Frankfurter Rundschau ("Zukunft Rhein-Main") als auch bei einem Live-BürgerInnen-Gespräch des Hessischen Rundfunks ("Wachstum ohne Ende? Lärmquelle Flughafen"), das aus "Sicherheitsgründen" in der letzten Minute vom Airport in das Sendestudio verlegt worden war, blies den anwesenden Betreibern/BefürworterInnen der kalte Wind ins Gesicht. Hunderte von Anwesenden (zugegebenermaßen selektiertes Publikum) machten ungeteilt ihrem Unmut über die Ausbauplanungen Luft.

Die Wahl zwischen vier Übeln

Schwer zu sagen, welche der möglichen Varianten die übelste ist.

1. Eine neue Bahn im Süden, parallel zu den beiden Bahnen im Norden; diese hätte den gewünschten Effekt, endlich gleichzeitig auf allen Bahnen starten/landen zu können (Die beiden momentan betriebenen Nord-Bahnen liegen zu dicht aneinander.) Diese Variante würde nicht nur direkt an Walldorf grenzen, sondern würde z.B. auch die Siedlung Zeppelinheim extremst belasten: *«Zeppelinheim müßte geschleift werden»*, so FAG Chef Bender.

2. Eine neue Bahn westlich der Startbahn-West (hart am Rande von Raunheim), ebenfalls mit radikalem Waldeinschlag und Lärmbelastung für die nördlich und südlich gelegenen Gemeinden verbunden.

3. Eine neue Bahn im Norden, nördlich der Terminals und der A 3, die evtl. den Bau eines eigenen Terminals nach sich ziehen könnte und/oder umständlich mittels Brücken über die Autobahn an die bestehende Infrastruktur angebunden werden müßte. Diese Variante würde mind. 150 ha im Frankfurter Bannwald (erst seit 1995 als solcher geschützt) zerstören - und bekanntlich ist Frankfurt nicht mehr reichlich mit Waldfläche gesegnet.

4. Die Umwandlung des von der US-Army (nicht Air-Force) genutzten Militärflughafens Wiesbaden-Erbenheim in einen Zivilflughafen. Mit der Auslagerung von Kurz- und Mittelstreckenjets sowie Geschäftsfliegern nach Wiesbaden könnten die freiwerdenden Kapazitäten in Frankfurt für weitere internationale Flüge genutzt werden. Die Wiesbadener Bevölkerung, die jahrelang gegen den Militär-Lärm opponierte, bekäme die volle Wucht der Belastungen zu spüren. Ob die Amerikaner allerdings gewillt sind, ihre

Militärmaxime den Ausbauplänen unterorden, ist fraglich; die Entscheidung läge letztlich beim Pentagon.

Alle Ausbauvarianten werden, seit die Diskussion losgetreten wurde, in dichter Folge und von verschiedenster Seite als mehr und minder möglich gehandelt. Hierbei wird in der Regel die jeweils "den Ort betreffende Variation" von den entsprechenden LokalpolitikerInnen heftig in Frage gestellt, um dann - meist - eine der anderen Möglichkeiten zu präferieren. Die Fronten laufen hierbei quer durch Parteien (und Gewerkschaften), selbst Grünen-PolitikerInnen variieren lediglich das Thema, wenn sie den weiteren Ausbau des ICE-Netzes fordern und sich dabei darüber im klaren sein müssten, daß jede Kapazitätsverlagerung auf die Schiene Luft schafft für weitere Interkontinentalflüge.



Grundsätzlicher Widerstand

Grundsätzlicher Widerstand gegen alle Ausbaupläne war und ist, trotz (oder besser: eben wegen) der bisherigen Geschichte des Flughafens, nicht selbstverständlich. So konnten gegen die Erweiterungsmaßnahmen der letzten Jahre nur vergleichsweise wenige mobilisiert werden. Was zur Zeit die Gemüter erregt, sind zu erwartende weitere massive ökologische Einschnitte in eine sowieso schwer gebeutelte Region, sind die Perspektiven auf noch schlechteren Schlaf, noch schlechtere Luft, noch mehr Lärm und noch weniger Wald. Die Angst vor weiterer Verminderung ökologischer Recourcen trifft offensichtlich den Nerv der geplagten Bevölkerung. Die Umweltproblematik ist (und bleibt wohl) seit Jahrzehnten einer der Spitzenreiter auf der Sensibilitätsskala der Menschen dieser Region: "Als derzeit größtes Problem der Rhein-Main-Region werden von den Rhein-Main Bürgern (ohne Antwortvorgabe) mit Abstand am häufigsten Wohnungsnot(46%) und Umweltverschmutzung(44%) gesehen. (Image-Studie Rhein-Main, Umlandverband Frankfurt 1993) Es folgen Verkehrsprobleme(34%) und mit Abstand Kriminalität(17 %). Ein Problem, das in den alten Bundesländern an zweiter Stelle steht (42%) und in den neuen Bundesländern sogar an Nummer 1 (93%) ist der Arbeitsplatzmangel, ein Problem, das die Rhein-Main-Region kaum (?) kennt (10%) (ebenda). Trotz der in dieser Erhebung deutlich zu Tage tretenden Bedeutung des Faktors Ökologie kann es nicht ausreichend sein, sich ausschließlich mit den Umweltfolgen des Flughafens auseinanderzusetzen. Es kann als sicher angenommen werden, daß sich die Beurteilung der für wichtig empfundenen "Probleme" schon in den letzten Jahren angesichts ca. 6 Millionen Arbeitslosen (die inoffiziellen mitgerechnet) deutlich in Richtung der Arbeitsplatzproblematik verschoben hat.

Die Strategie der Betreiber, das Thema Arbeitsplätze als vorrangigstes Argument ins Feld der öffentlicher Auseinandersetzung zu führen, trägt dieser aktuellen Entwicklung Rechnung und zwingt uns zu verstärkter Auseinandersetzung mit dem "Faktor Arbeit".

"Faktor Arbeit"

In der Frankfurter Neuen Presse vom 11.12.97 antwortet FAG Chef Becker auf die Frage nach dem Ort der neuen Start-und Landebahn bezeichnenderweise: *«Ich führe die Diskussion anders, es macht keinen Sinn, die Region mit der Frage zu verunsichern wo wir die Startbahn bauen. Wir müssen uns vielmehr vor Augen halten, das der Frankfurter Flughafen der Motor für wirtschaftliche Prosperität im Rhein-Main-Gebiet ist. Zwischen 1980 und 1996 haben wir 22 000 neue Arbeitsplätze am Flughafen geschaffen. 163 000 Arbeitsplätze hier und im Umland hängen direkt vom Flughafen ab. Jetzt stelle ich die Frage an die Region: Welche Phantasie hat diese Region? Welche Branche oder welches Unternehmen ist in der Lage, in die Bresche zu springen und diesen Wohlstand zu regenerieren, wenn der Flughafen im Jahr 2005 eben nicht mehr in der Lage ist, seinen Ausbau nachfragegerecht zu regenerieren.»*

Aus diesem Statement und den eingangs genannten Zahlen wird klar, daß die Betreiber des Airports nicht aus einer Schwäche- sondern aus einer Position einmaliger Stärke heraus argumentieren, die sich eben aus der Tatsache ergibt, daß der Flughafen der mit Abstand größte Arbeitgeber der Region, ja ganz Hessens ist. Während andere Großbetriebe des Ballungsraums, z.B. Hoechst und Opel-Rüsselsheim, von grob jeweils ca. 50.000 Beschäftigten auf ca. je 30.000 rationalisiert haben, also geschrumpft sind, stieg am Rhein-Main-Flughafen von 1980 bis 1996 die Anzahl der Arbeitskräfte von 32.000 auf 54.000 an (Zahlen bezügl. Airport: FAG, laut FAZ 19.11.97). Selbst wenn unterstellt wird, daß die Zahlen übertrieben oder geschönt sein könnten - der Flughafen ist

ökonomisch zweifellos eine der *tragenden Säulen* des Rhein-Main-Gebiets. Eine Auseinandersetzung mit dem Flughafen muß folglich über seine Bedeutung als reine Transportdrehscheibe (zivil und militärisch) und über die damit verbundene ökologische Belastung hinausgehen.

"Jobmaschiene Flughafen?"

Daß knappe Arbeitsplätze als argumentative Brechstange zur Durchsetzung von Sozialabbau oder, wie in diesem Fall, zur ungehemmten Expansion industrieller bzw. infrastruktureller Interessen eingesetzt wird, ist nicht neu. Um so wichtiger ist es, die falsche und simplifizierende Argumentationskette *Expansion = Arbeitsplätze = Wohlstand* auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen - und sich weniger um die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei letztlich immer weniger gesellschaftlich notwendiger Arbeit Gedanken zu machen -, als vielmehr darüber nachzudenken, wie die Machtstrukturen geändert werden könnten, die Arbeit und Reichtum in dieser Gesellschaft verteilen. Dabei ist es erforderlich, über den direkten Bereich des Flughafens hinaus zu denken. So führt die Entstehung von Arbeitsplätzen am Flughafen selbst in ihrer Wirkung auf andere Produktionsstandorte zu durchaus unterschiedlichen Resultaten. Schon im direkten Flughafenumfeld sind die Ergebnisse mindestens ambivalent: So ist bis jetzt nicht eindeutig erfasst, wieviel Arbeitsplätze z.B. durch den Bau von Cargo-City an anderer Stelle wegrationalisiert werden konnten. Der Flughafen ist eben nicht schlicht "Jobmaschiene" (SPD-Fraktionsvorsitzender Armin Clauss), schafft nicht nur Arbeit, er vernichtet sie an anderer Stelle.

Der Airport im Weltwirtschaftsgeflecht

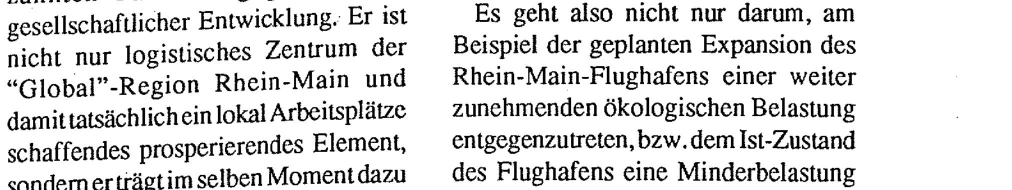
Der Airport ist nicht nur in seiner Funktion als größter "Luftbahnhof" und Umschlagplatz von Bedeutung, sondern er steht "indirekt" als Knoten- und Vernetzungspunkt international operierender Firmen und Banken an zentraler Stelle in der Entwicklung des Rhein-Main-Gebiets zu einem der Zentren internationaler und imperialer Arbeitsteilung. Nicht nur die Tendenz, Management, technologische Entwicklung und Forschung in den Metropolen zu belassen und einfachere Produktionssektoren in Billiglohnländer auszulagern, erfordert ein höheres Maß an internationaler Fracht- und Kommunikationsstruktur. Die Gesamtentwicklung einer auf "slim-" und "just-in-Time"-Produktion und Distribution basierenden Ökonomie (keine Lagerhaltung, sondern direkte und personalarme Produktion) erfordert eine auf möglichst geringe Reibungsverluste orientierte Vernetzung: "Die sogenannte *Personenbezogene Flughafennähe* ist Standortkriterium aller Unternehmen mit intensiven bzw. regelmäßigen internationalen Geschäftsverbindungen. Dazu zählen Niederlassungen internationaler Großfirmen, Vertriebszentralen ausländischer Produkte genauso wie exportorientierte Branchen. Außerdem sind Organisationen und Institute zu nennen, die in stetem Austausch mit europäischen/ internationalen Partnern stehen (Forschung und Produkt-/Verfahrensentwicklung)." (Untersuchung zur flughafenbezogenen Ansiedlungsnachfrage, UVB-Frankfurt, 1987)

Eine Maschienerie ...

Die Bedeutung des Rhein-Main Flughafens ist in jeder Beziehung zentral. Hier kumulieren beispielhaft die verschiedensten und doch ineinander verzahnten Faktoren gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklung. Er ist nicht nur logistisches Zentrum der "Global"-Region Rhein-Main und damit tatsächlich ein lokal Arbeitsplätze schaffendes prosperierendes Element, sondern er trägt im selben Moment dazu bei, eine Weltwirtschaftsordnung zu forcieren, die aus ihrer inneren Logik Arbeitsplätze wegrationalisiert und die in Ländern außerhalb des relativen Wohlstandsgürtels der nördlichen Hemisphäre zur Zerstörung der Subsistenzwirtschaft und damit dazu beiträgt, die dort lebenden Menschen zu BilligarbeiterInnen in den Produktions-und Tourismuszentren degradiert. Der *Motor der Region* vergiftet nicht nur in ökologischer Hinsicht mit seiner Philosophie des *höher - schneller - weiter* die Atmosphäre, sondern er treibt eine Maschinerie, in deren Getriebe Entgarantierung und verschärfte Ausbeutung von Menschen als Maxime gilt.

Auch wenn sich die Arbeits- und Produktionsbedingungen der Metropole aktuell ebenfalls zu ungunsten der Menschen verändern, so unterscheiden sie sich doch erheblich von denen, die außerhalb der "Festung Europa" ihr täglich Brot verdienen müssen. Das Privileg relativ besserer sozialer Absicherung und gehobener Konsummöglichkeit (dazu zählen dann auch die eingeflogenen Blumen aus Peru ebenso wie der Billig-Sex-Urlaub in Thailand) müssen geschützt werden vor denen, die es schaffen, Hunger und Elend zu entkommen, oder vor denen, die vor den Folter- und Totschlagsregimen flüchten müssen. So nimmt es kaum Wunder, wenn eine offene (oder zumindest stille) Übereinkunft darin besteht, *deutscher Wohlstand* stünde nur Deutschen zu, auch wenn dieser zum Teil Ergebnis internationaler Ausbeutung ist. Das Internierungslager für Flüchtlinge, die Anwendung der BRD-Ausländergesetze inclusive Deportationen in Folterstaaten sind Alltag am Frankfurter Flughafen, sind Normalität, die einer Auseinandersetzung bedarf, und zwar in einer Dringlichkeit, die der Aktualität der ökologischen Frage keinesfalls nachsteht.

Es geht also nicht nur darum, am Beispiel der geplanten Expansion des Rhein-Main-Flughafens einer weiter zunehmenden ökologischen Belastung entgegenzutreten, bzw. dem Ist-Zustand des Flughafens eine Minderbelastung abzuringen, sondern ebenso darum, die Normalität der *Maschinerie Airport* an dem Punkt in Frage zu stellen, an dem sie Ausbeutung, Sexismus und Rassismus transportiert und verdinglicht.



Nachhaltige Seilschaften

Umweltschutzfunktionäre auf dem Sprung an die Macht

von Jörg Bergstedt

Foto: Herby Sachs /Version



Bislang waren es nur Einzelpersonen aus den etablierten Umweltorganisationen, die sich plötzlich im Bundestag oder in hohen Parteiämtern wiederfanden: Die ehemalige BUND-Bundesvizevorsitzende Ulrike Mehl rutschte nach der letzten Bundestagswahl für die SPD in das Parlament, und auch Michael Müller, ist dort Umweltsprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Nebenbei sitzt er im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde. Wenn im September nun neu gewählt wird, ändert sich das Bild. Neben den genannten wird z.B. Reinhard Loske dabei sein. Der designierte neue Umweltsprecher der kommenden grünen Bundestagsfraktion (ab September 1998) ist Projektleiter der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" gewesen und arbeitet beim Wuppertal Institut. Sein Chef ist Ernst-Ulrich von Weizsäcker, SPD-Mann schon einmal Ministerkandidat seiner Partei (Landtagswahl 1995 in Hessen) und beim Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 1997 in Hamburg mit einem Spruch auf riesigen Wahlplakaten aufgefallen:

"Im Umweltschutz zählt Hamburg weltweit zur Spitzengruppe". Von Weizsäcker hat noch Besseres drauf: *"Im reichen Norden* (des Globus, Anm. Autor) *wurde die Umweltverschmutzung besiegt"*, schrieb er als Beitrag in ein Werbebuch der AEG. Und am 26. März trat er in Wetzlar (Hessen) auf als Festredner bei der Einweihung der dortigen Trockenstabilatanlage.

Trockenstabilat ist ein Vorprodukt der Müllverbrennung, nur der getrocknete und in Plastik verschweißte Müll wird dann in Hochöfen, Zementwerken oder Kraftwerken verbrannt - mit deutlich schlechteren Emissionswerten. Weizsäcker lobt das Verfahren als Beitrag zur "Effizienzrevolution", durch die Verbrennung würde die Energie der Produkte besser ausgenutzt. Wichtigster Unterstützer der Anlage war der grüne Staatssekretär im Hessischen Umweltministerium, Reiner Baake. Er und Weizsäcker boten eine rotgrüne Phalanz - pro Müllverbrennung.

Weizsäcker ist heißer Kandidat für das Bundesumweltministerium, zumal die Grünen darauf wahrscheinlich verzichten, denn Joschka Fischer hat höhere Ämter im Auge.

Loske, Weizsäcker, Müller & Co. haben nicht nur enge Kontakte zueinander, sondern auch ein gemeinsames Haupt- und daraus abgeleitete Nebenthemen: Die Nachhaltigkeit sowie Agenda 21, Ökologische Steuerreform usw. Daran arbeiten sie auf allen Ebenen und nutzen alle Strukturen, die sie beeinflussen können: SPD, Grüne und die etablierten Umweltverbände. Zur Hauptplattform wählten sie jetzt den DNR. Müller sitzt dort ohnehin schon im Präsidium. Uneingeschränkt unterstützt wird er vom BUND-Chef Hubert Weinzierl, dessen Verband ohnehin Hauptinitiator der Nachhaltigkeitsidee ist und in dessen Leitungsgremien SPDlerInnen und Grüne den Ton angeben.

Das Projekt hat einen Namen "Aufbruch 21" eingerichtet als offizieller Arbeitskreis beim Deutschen Naturschutzring. Offziell soll die ein neues Grundsatzprogramm für den DNR erarbeiten. Doch die Arbeitsstrategie sagt etwas anderes. Eine Beteiligung der Basis, für ein neues Grundsatzprogramm sicher notwendig, ist nicht angestrebt. Die Arbeitsgruppe besteht aus

handverlesenen Leuten, überwiegend aus dem rot-grünen Dunstkreis in Wissenschaft und Medien. Kritiker werden forsch abgebügelt, die Debatten sind nicht-öffentlich. Die Zeit drängt. Das Programm soll Anfang September vorgelegt werden. Ende Sepember ist die Bundestagswahl. Schon die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zeigt, daß sich die Initiatoren um den AK-Vorsitzenden Michael Müller wenig Gedanken über politische Inhalte machen: Von 18 Personen in der Gruppe sind 17 Männer, keinE BasisgruppenvertreterIn ist dabei, das Durchschnittsgehalt liegt sehr hoch. Der Anspruch von Müller, soziale Themen mit dem Umweltschutz verknüpfen zu wollen, scheitert so im Ansatz. Aber diese Ziele verdecken ja auch nur, was eigentlicher Anlaß ist: Eine verdeckt agierende, rot-grüne Seilschaft träumt von der Macht. Das Thema Nachhaltigkeit kommt ihr gerade recht, der Titel "Aufbruch 21" vermittelt bereits inhaltliche Leere und Worthülsen. Das findet sich auch in den schon vorgelegten Papieren. Die eigene Basis und die Öffentlichkeit ist konsequent ausgegrenzt. Der DNR wird zu einem rot-grünen Wahlkampfbüro. Zusätzlich zum "Aufbruch 21" wird die ökologische Steuerreform zum Wahlkampfthema gemacht. Finanzieren soll die Kampagne der Ökofonds der Grünen. Vielen im DNR ist das unbekannt, andere hängen im rot-grünen "Sumpf" mit drin und schweigen. In den ersten Papieren, die die Arbeitsgruppe vorgelegt hat, wird die Richtung deutlicher: "Europa muß sich überlegen, ob es zukünftig nur eine Mitläuferrolle in der Welt spielen will, oder ob es Vorreiter für ein neues solidarisches Weltmodell wird. ... Die EU muß ein eigenes Profil zeigen. Die Erneuerung der sozialen Demokratie durch die Ökologisierung von Wirtschaft und Technik ist der richtige Weg. ... Die Leitidee der 'Zukunftsfähigkeit' ist die wichtigste Antwort auf die erneute Entfesselung des Kapitalismus im globalen Zeitalter. Sie hat ihre Wurzeln einerseits in den Konzepten, die von Europäern für die Vereinten Nationen erarbeitet wurden (... Olof Palme ... Willy Brandt ... Gro Harlem Brundtland) und andererseits in den Wendekonzepten der Umweltbewegung."

Das klingt nach der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Die und die Agenda haben es dem DNR ohnehin angetan. Im einem von Michael Müller vorbereiteten "Thesen zur Situation der Umweltbewegung und zur Rolle des Deutschen Naturschutzrings" des DNR-Präsidiums am 1.9.1997 liest sich das so: "Die Umweltbewegung muß sich als gesellschaftliche Reformbewegung verstehen. Sie kämpft um die Mehrheitsfähigkeit des ökologischen Zukunftsmodells.... Die Umweltbewegung hat angesichts des großen Problemstaus in unserer Gesellschaft eine Verantwortung, die weit über die Umweltpolitik hinausgeht. ...

'Zukunftsfähiges Deutschland', 'AGENDA 21', 'Nationaler Umweltplan' - das sind Konzepte der Hoffnung auf mehr Lebensqualität in der Zukunft.. ... Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Antworten: Die mutige Vision für ein ehrgeiziges Projekt, wie es in Rio definiert wurde. Wir verstehen uns als Anwälte der Idee einer neuen planetarischen Ethik. Sie ist die Basis für Fortschritt, Demokratie und Wohlstand im 21. Jahrhundert. Dazu gibt es keine Alternative. Deshalb werden wir uns nicht nur in umweltpolitischen, sondern auch in gesellschaftspolitischen Fragen verstärkt einmischen."

Bei allen großen Worten und verdecktem Wahlkampf fällt kaum noch auf:

Inhalte fehlen ganz. Die *Agenda 21* wird zum "Konzept der Hoffnung", obwohl sie sich ganz unverblümt für den Ausbau der Atom- und Gentechnik ausspricht, für die Rechte der Privatunternehmen wirbt und die Beteiligung der BürgerInnen nur ganz unverbindlich und kurz anspricht. In Zukunft solle ein Nationaler Umweltplan kommen - also noch mehr Debatten und jahrelanges Warten darauf, daß endlich begonnen wird mit dem Aufbau einer umweltgerechten und gleichberechtigt-solidarischen Gesellschaft. Die Konzepte dazu sind schon bald so alt wie die Akteure, die jetzt mit den Themen auf Stimmenfang gehen. Die Umweltbewegung, zumindest der etablierte Teil, verkommt bei alledem immer mehr zu einem bloßen Anhängsel rot-grüner Machteliten. Wer Ende März auf den Gleisen um Ahaus saß, hat eher mitbekommen, was die gelb-schwarze Bundesregierung, die rot-grüne Landesregierung und der grüne Polizeipräsident von Münster gemeinsam haben: Helfer zu sein für die großen Konzerne, für die in unserem Land weiterhin Milliarden fließen und Beteiligungsrechte abgebaut werden.

Hinweis:

Der vorstehende Text stammt aus dem Projekt *"Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz"*. Mitte April ist das gleichnamige Buch mit den detaillierten Ergebnissen langer Untersuchungen über den Filz von Politik, Wirtschaft und Umweltorganisationen im IKO-Verlag in Frankfurt erschienen. Es ist für 39,80 DM beim Büchertisch der *Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen*, zu haben. Dort gibt es gegen 1,10 DM in Briefmarken auch ein Infoblatt zum Projekt, wo neben dem Buch und weiteren Schriften auch eine ReferentInnenliste zu finden ist. Zu den verschiedenen Fragestellungen des Filzes oder anderer kritischer Punkte in der Umweltbewegung (Hierarchien, Vereinsmeierei, Sexismus oder Rassismus in Umweltgruppen usw.) bieten sich verschiedene Personen als ReferentInnen oder für Seminare an.
Tel. 06401/90328-3, Fax -5

1. Internationaler Kongress
zur Sozialen Ökologie/Libertärem Kommunalismus in Lissabon, Ende August 1998

von Wolfgang Haug

Der Hauptzweck dieser ersten Internationalen Konferenz zum Libertären Kommunalismus ist die Intensivierung der Debatte um den Themenkreis der Sozialen Ökologie, wie sie von Muray Bookchin theoretisch ausgearbeitet wurde. Die Konferenz soll sich einerseits mit der Vertiefung der Theorie und andererseits mit praktischen Ansätzen zur Verwirklichung des Libertären Kommunalismus auseinandersetzen. Zu diesem Zweck werden Menschen aus den verschiedensten Ländern zusammenkommen, die sich alle bereits mit den Inhalten der Sozialen Ökologie beschäftigt haben und vorhaben bzw. bereits damit begonnen haben, die Thesen in eine Anfangspraxis auf kommunaler Ebene umzusetzen.



Die Konferenz wird von einem internationalen Komitee vorbereitet und von Dimitri Roussopoulos (Black Rose-Verlag, Montréal) koordiniert. Vor Ort organisiert das SOCIUS-Zentrum den Ablauf der Konferenz (SOCIUS = Economical and Organizations Sociology Investigation Center).

Die Konferenz versteht sich deshalb als Arbeitskonferenz, die gewährleisten soll, dass auf internationaler Ebene eine konkrete politische Arbeit und Vernetzung begonnen werden kann. Um diesem Ziel näher zu kommen, wurde von den Vorbereitungsgruppen in Burlington/Vermont, Lissabon und Frankfurt beschlossen, dass sich alle Teilnehmenden anmelden sollen undauch ein Vorwissen vorhanden sein muß. In diesem Sinne ist diese erste Konferenz kein öffentlicher Kongress, bei dem ZuhörererInnen willkommen sind, sondern er wendet sich nur an einen Kreis speziell Interessierter.

Wer sich auf dieser Grundlage für eine Teilnahme an diesem Kongress vom 26. bis 28. August entscheidet, wende sich zur Anmeldung jetzt direkt an die SF-Redaktion (Tel. 07033-44273, Fax -45264). Wir schicken Ihr/ihm dann ein entsprechendes Anmeldeformular zu. Anmeldungen sind bis Ende Juni möglich. Die Teilnahmekosten belaufen sich auf 30 US Dollar.

Die Konferenz findet im Zentrum Lissabons statt und wird in den Räumlichkeiten der Universität abgehalten. Für eine Simultanübersetzung ins Englische bzw. Französische wird gesorgt.

Möglich und willkommen sind auch Redebeiträge, die 10 Minuten nicht überschreiten sollten. Unser Anmeldeformular enthält eine Rubrik, in der ein Beitrag für einen bestimmten Themenbereich angekündigt werden kann. Ein Aufriss des Redebeitrags müsste bis zum 31.Mai, die fertigen Manuskripte, die höchstens 20 Schreibmaschinenseiten umfassen sollten, müssten bis 15. August eingereicht werden.

Adressat hierfür ist das Socius-Zentrum:

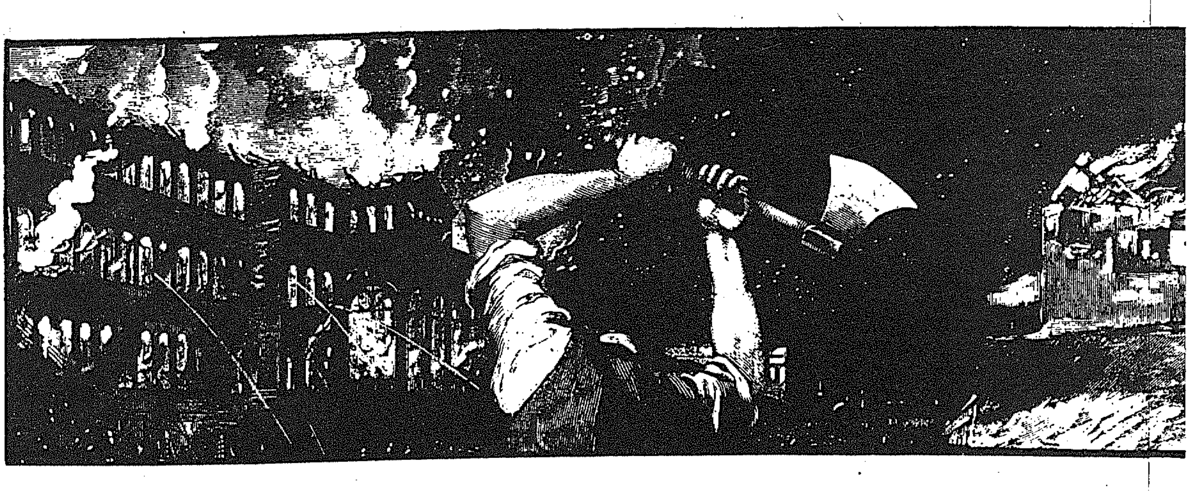
SOCIUS - gab.502
ao c/Prof. Carvalho Ferreira
Instituto Superior de Economia e Gestao
Rua Miguel Lúpi, 20
P-1200 Lisboa

Die bislang beschlossene (provisorische) *Tagesordnung* sieht folgende Tagesabläufe vor:

26. August

9 Uhr vormittags: Begrüßung und Einführungsrede von Janet Biehl auf der Grundlage ihres neuen Buches *The Politics of Social Ecology*. (Eine deutsche Übersetzung wird derzeit vom Trotzdem-Verlag vorbereitet und wird rechtzeitig vor Kongreßbeginn gedruckt vorliegen. Vorbestellungen werden noch vor dem 26.August ausgeliefert.) Anschließend findet ein "runder Tisch" zur Diskussion ihrer Thesen statt, der mit einer Plenumsdiskussion abschließt.

3 Uhr nachmittags:
Redebeiträge zum Thema 1: **Soziale Ökologie: politische Perspektiven**, anschließend Plenumsdiskussion.



27.August

9 Uhr, Aufteilung der KonferenzteilnehmerInnen in drei Arbeitsbereiche:

Redebeiträge zum Thema 2a:

Soziale Probleme und städtische soziale Bewegungen. Stichworte, die hier vorgestellt und bearbeitet werden können, wären:

Armut, Soziale Ausgrenzung, Jugendprobleme, Altwerden, Einwanderer, ethnische Minderheiten, Rassismus und Angst vor Fremden, Ökologie und städtisches Alltagsleben, (staatliche u.a.) Kontrollmechanismen, soziale Integration, kollektive Aktionen und Initiativen zur Veränderung des heutigen Stadtlebens.

Redebeiträge zum Thema 2b:

Kulturelles und gesellschaftliches Leben im 21.Jahrhundert: in lokaler und globaler Sicht.

Stichworte, die hier vorgestellt und bearbeitet werden können, wären:

Beziehungen zwischen Stadt und Land, neue Werte und Erziehung, neue Gemeinschaften (communities) in einer globaken Weltgesellschaft, Übernahme fremder Kulturelemente von Einzelnen und Gruppen.

Redebeiträge zum Thema 2c:

Die Ökonomie kleinerer und größerer Städte.

Stichworte, die hier vorgestellt und bearbeitet werden können, wären:

Arbeitslosigkeit, Markt, Selbstverwaltung, städtische Ökonomie, Landwirtschaft, Kooperativen und gegenseitige Hilfe-Einrichtungen, Steuern und öffentliche Finanzierung, Besitzverhältnisse (Boden etc.), Produktion, Konsum und städtisches Leben, Transport und Umweltprobleme.

3 Uhr nachmittags: Diskussionsgruppen zu den drei Themenbereichen

28. August

9 Uhr vormittags: Plenumsdiskussion mit der Vorstellung der erarbeiteten Ergebnisse aus den Themengruppen.

Anschließend Redebeiträge zum Themenbereich 3:

Konkrete Erfahrungsberichte zu Experimenten mit libertärem Kommunalismus bzw. gesellschaftlicher Einmischung auf der Grundlage Sozialer Ökologie.

3 Uhr nachmittags: Plenumsdiskussion zur Einschätzung der Gemeinsamkeiten und Unterschiedlichen Erfahrungen aus den bisherigen Experimenten und Ansätzen. Klärung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern.

Anschließend: Abschlußplenum mit den Berichten aus den Arbeitsgruppen und der Sammlung von Vorschlägen für die 2.Konferenz 1999 in Plainfield/Vermont.



Gesetze der Gier

Der Klassenkampf der Reichen und Mächtigen gegen den Rest der Welt

von Michael Schiffmann

Die Vereinigten Staaten von Amerika, um die es in David Barsamians Interviewbuch mit Noam Chomsky geht, das soeben beim Philo-Verlag erschienen ist, sind der Vorreiter einer gesellschaftlichen Entwicklung, die sich seit fünfzehn bis zwanzig Jahren in allen industrialisierten Staaten der Welt abspielt.

Bis in die siebziger Jahre hinein hieß Kapitalismus in diesen Ländern, daß die lohnabhängige Bevölkerung ungefähr proportional an den Ergebnissen des ständigen Produktivitätsfortschritts der Wirtschaft teilhatte. Die USA waren das erste Land der industrialisierten Welt, in dem es einen immer schärferen Bruch mit dieser Entwicklung gab: Das Durchschnittseinkommen männlicher Lohnabhängiger fiel in den Jahren von 1973 - 1992 um 11 Prozent, und dieser Prozeß hat sich seitdem in beschleunigtem Tempo fortgesetzt.

Auch in Europa finden wir seit Ende der siebziger Jahre ein teilweise sehr erhebliches Zurückbleiben der Löhne hinter dem Produktionszuwachs, und gleichzeitig einen enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

In der Bundesrepublik ist zwar das Volkseinkommen seit 1980 um ca. 35% gestiegen, aber die durchschnittlichen Reallöhne sind praktisch gleichgeblieben; wenn man die mittlerweile fast 5 Millionen Arbeitslosen in die Rechnung mit einbezieht, ergibt sich auch in Deutschland ein deutlich spürbarer Rückgang des Lebensstandards der abhängigen Erwerbsbevölkerung. Im gleichen Zeitraum stiegen die Nettogewinne aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um mehr als 80%.

Der Anteil der Steuern auf Gewinneinkommen am Gesamtsteueraufkommen ging zwischen 1980 und 1994 von 27% auf 17% zurück; diese Gewinne betrugen 1995 ca. 650 Milliarden DM nach Steuern, das heißt, über 40% des verfügbaren Nettoeinkommens in der Bundesrepublik.

In Entwicklungen wie diesen kommt, wie Noam Chomsky es im folgenden unter anderem am Beispiel der USA beschreibt, zweierlei zum Ausdruck:

Die Unternehmer nutzen weltweit die neuen technologischen Entwicklungen in der Telekommunikations- und Computerindustrie zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen; zugleich geben diese technischen Entwicklungen ihnen mächtige Waffen in die Hand, indem sie die Mobilität des Kapitals enorm erhöhen. Produktionsprozesse können bedeutend leichter als zuvor weltweit organisiert werden; die Lohnabhängigen jedes einzelnen Landes werden mehr und mehr zu austauschbaren Instrumenten in der weltweiten Jagd der Unternehmen nach Profit.

Die Politiker, Medien und meinungsmachenden Intellektuellen ziehen es in der Regel vor, Fakten wie diese unerwähnt zu lassen, wenn sie von den »fetten Jahren« reden, die nunmehr vorüber seien. Sie sprechen lieber von der als Sachzwang ausgegebenen »Notwendigkeit zu sparen«. Wer zugunsten wessen sparen soll, wird dabei weniger deutlich gesagt. In der veröffentlichten Meinung kristallisiert sich allerdings mehr und mehr die Auffassung heraus, daß die vom Besitz von Reichtum und Macht Ausgeschlossenen zugunsten der wirtschaftlichen Elite Verzicht leisten müssen, um überhaupt noch ein Anrecht zu haben, am System beteiligt zu werden. Die lautstarke Propagierung des Systems der ungesicherten Billigjobs etwa in den USA als Vorbild ist nur eines der bundesdeutschen Beispiele hierfür.

Im Namen der Freiheit des Marktes gehen die Gewinne und Aktienkurse währenddessen nach oben. Gleichzeitig werden immer größere Teile der Bevölkerung aus dem System der Marktwirtschaft herausgestoßen. Und die Systeme sozialer Sicherung, die in vielen Jahrzehnten harter Kämpfe in den fortgeschrittenen Ländern erkämpft worden sind, werden in einer generalstabsmäßigen Attacke, in der kaum noch einer Woche vergeht, ohne daß neue Einschnitte verkündet werden, just in dem Moment zertrümmert, in dem sie sich hätten bewähren sollen. Vorher lauthals als Erfolgsbeweise für die Überlegenheit der kapitalistischen Marktwirtschaft über jedes denkbare andere System hinausposaunte Ziele wie wachsender Wohlstand und Vollbeschäftigung für alle sind längst als unrealistisches, geradezu abstruses Ansinnen ad acta gelegt.

Wie kann es sein, daß Produktivität und technologischer Fortschritt immer weiter wachsen, dadurch aber nur immer weniger immer reicher werden, während für den immer größer werdenden Rest der Bevölkerung nur soziale Unsicherheit und wirtschaftliche Sorge um Gegenwart und Zukunft zunehmen? Wie ist es möglich, daß ein System, das eine derartige Entwicklung längst wieder - wie in seinen Anfängen - zur Regel gemacht hat, nicht öffentlich als völliges Desaster gebrandmarkt wird?

Das ist es, was der sogenannten *Globalisierung* zugrundeliegt; dabei ist es nicht unbedingt entscheidend, ob Unternehmen tatsächlich ins Ausland abwandern - allein die Drohung, dies zu tun, stellt ein sehr wirksames Erpressungsmittel dar und wird immer häufiger als solches eingesetzt. Auf diese Weise ist es den Unternehmen in Deutschland gelungen, den Löwenanteil der Steigerung des Volkseinkommens seit 1980

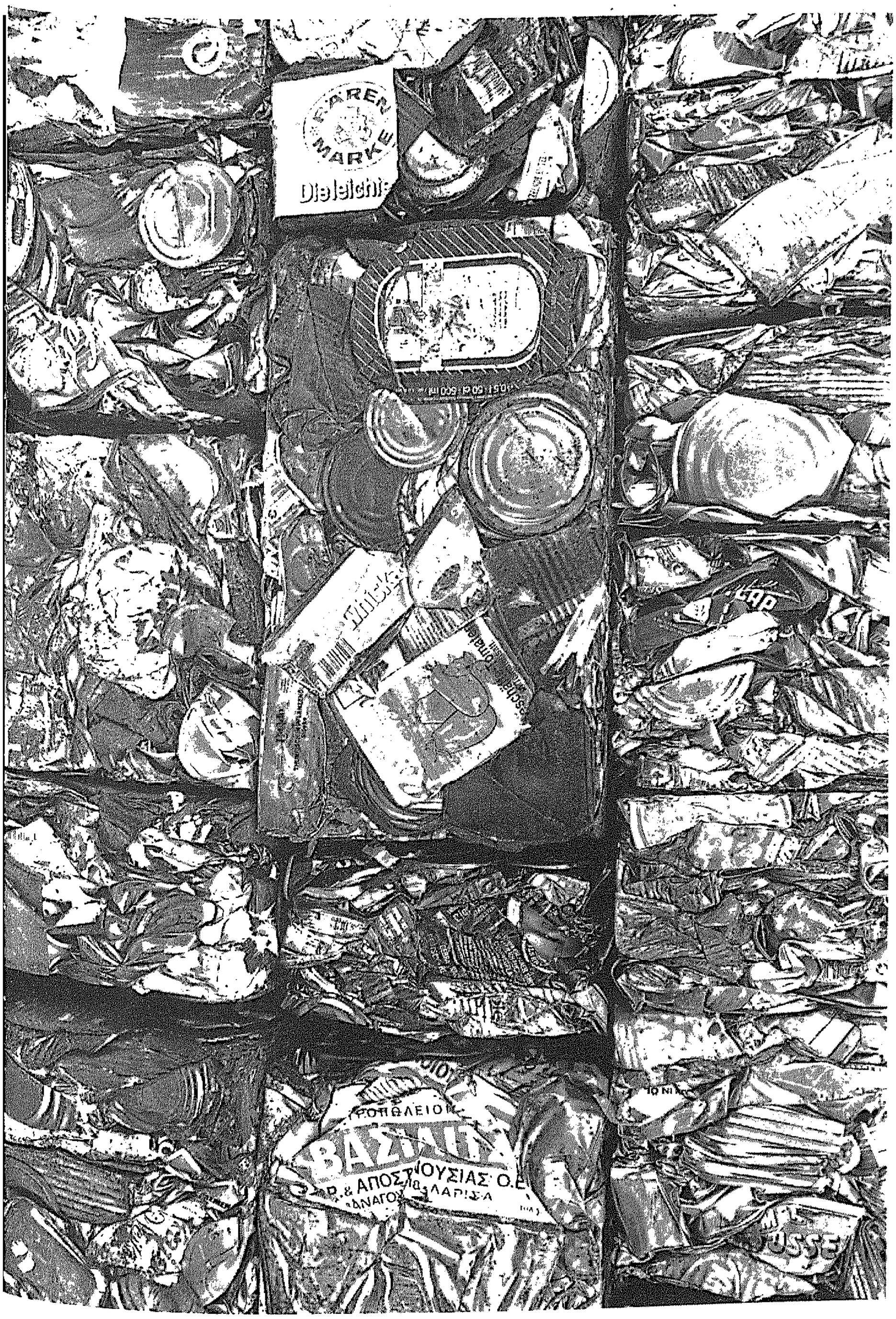


Foto: S. Adorf/Version

für sich zu behalten; die durchschnittlichen Bruttolöhne stiegen demzufolge in Deutschland zwischen 1980 und 1994 nicht um 35%, sondern nur um 11%.

Aber das ist noch nicht alles. Von den genannten 11% Bruttolohnsteigerung ist nichts in den Taschen der Arbeiter und Angestellten übriggeblieben. Sie sind in Form gestiegener Lohnsteuern und Sozialabgaben in die Hände des Staates übergegangen. Auf der anderen Seite besteht ein Großteil der kommunal-, landes- und bundespolitischen Maßnahmen derzeit darin, die staatlichen und sozialpolitischen Leistungen für die Bevölkerung immer weiter zusammenzukürzen.

Parallel zur Kapitaloffensive gegen die Lohnabhängigen und die unteren Schichten insgesamt sehen sich diese also immer schärferen Angriffen genau der Institution ausgesetzt, die angeblich ihrem Wohl und Schutz verpflichtet ist. Die offizielle Politik, die von den meisten Politikern von rechts bis sehr weit ins linksliberale Spektrum hinein verfochten wird, ist die Politik der »Standortsicherung«. In gewöhnliches Deutsch übersetzt, heißt das, daß praktisch nichts mehr getan werden darf, was den Interessen des Kapitals an der Sicherung von Maximalprofit widerspricht.

Eines der wirksamsten Mittel zur Rechtfertigung dieser Politik gegenüber der Öffentlichkeit ist die in den letzten Jahrzehnten tatsächlich enorm gewachsene Staatsverschuldung. Sie beträgt derzeit mehr als zwei Billionen Mark, mehr als 60% des Bruttosozialprodukts und ist angeblich der Beweis dafür, daß »wir über unsere Verhältnisse gelebt« haben und jetzt eben gezwungen sind, die Zeche dafür zu zahlen.

Ausgeblendet bleibt dabei, *wie* diese hohe Schuldenlast zustandekam, und darüber hinaus, wer an ihr verdient. Allein die oben erwähnte Senkung des Anteils der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen sorgt mittlerweile für mehr als 100 Milliarden DM Steuerausfälle; die enorm großen, rasch wachsenden und in einem immer kleineren Sektor der Bevölkerung konzentrierten Vermögen werden nur marginal besteuert und die mangels wirksamer Kapitalkontrollen leicht zu bewerkstelligende Steuerflucht in die auf der ganzen Welt aus dem Boden schießenden Steueroasen hat riesige Ausmaße erreicht.

All das ist Geld, das für Ausgaben für Schulen, Erziehung, Bildung, Umwelt, Alte, Kranke, Sozialhilfe, die Integration der ausländischen Bevölkerung und vieles andere mehr dringend gebraucht würde. Aber nicht einmal die jährliche Neuverschuldung kann im Rahmen der betriebenen Politik für solche nützlichen Zwecke verwendet werden. In den 25 Jahren bis 1994 betrug die gesamte Neuverschuldung aller staatlichen Ebenen 1.381 Milliarden DM. An Zinsen für die Staatsverschuldung wurden in diesem Zeitraum 1.217 Milliarden DM gezahlt.

Und wie Noam Chomsky im zentralen Kapitel dieses Interviewbandes bezogen auf die USA sarkastisch bemerkt, ist es *»recht wahrscheinlich, daß es sich bei den Leuten, die Staatsschuldverschreibungen besitzen, nicht gerade um Taxifahrer handelt.«* (S. 155)

Was ist mit den Taxifahrern? Was ist mit den arbeitenden Menschen in der Ersten, Zweiten und Dritten Welt, der großen Bevölkerungsmehrheit des Planeten, die die Kosten der globalisierten Jagd des Kapitalismus nach Profit und noch mehr Profit zu tragen hat, in der Dritten Welt schon seit

langem, zunehmend aber auch in den entwickelten Zentren des Systems? Inwieweit durchschauen sie diese Entwicklungen, und warum rebellieren sie nicht?

Es sind Fragen wie diese, mit denen sich das vorliegende Buch befaßt. Es basiert auf Interviews, die der Radiojournalist David Barsamian für seine wöchentliche Radiosendung des Alternativen Radios in Boulder, Colorado mit Chomsky geführt hat.

Noam Chomsky, seit seiner frühen Jugend Anarchist, hat in seinen unzähligen Veröffentlichungen, Vorträgen und Interviews seit 1964 zu politischen und sozialen Fragen immer wieder zwei zentrale Themen miteinander verwoben: die Struktur und die grausamen Konsequenzen eines die Welt beherrschenden, auf Herrschaft und Ausbeutung beruhenden Systems auf der einen und die ideologische Präsentation dieses Systems auf der anderen Seite.

In den sechziger, siebziger und achtziger Jahren hat Chomsky minutiös gezeigt, wie die Politik der USA und in ihrem Gefolge die der anderen westlichen Industrienationen in der Dritten Welt vor allem einem Ziel diente: der Zerstörung jeglicher hoffnungsvollen unabhängigen Entwicklung dieser Länder zum Nutzen der dort lebenden Menschen, ihrer Unterjochung unter die wirtschaftlichen und politischen Prioritäten der kapitalistischen Länder. Nun, wo dieses Ziel weitgehend erreicht worden ist und sich die Macht in den Ländern des Westens zunehmend in den Institutionen, die Chomsky als »private Tyranneien« bezeichnet, in den transnationalen Konzernen, konzentriert, richten diese ihren Angriff auch auf die Bevölkerung der entwickelten Länder selbst.

Der schottische Philosoph David Hume schrieb einmal, es sei »nichts überraschender« als »die Leichtigkeit, mit der es den Wenigen gelingt, die Vielen zu regieren« und als »die Unterwürfigkeit, mit der die Menschen ihre eigenen Gefühle und Leidenschaften denjenigen ihrer Herrscher unterordnen«. Das ist das zweite große Thema Chomskys. Die Bevölkerung in den westlichen Demokratien hat sich im Verlauf der Geschichte das Recht auf freie Meinungsäußerung und Wahl ihrer Repräsentanten erkämpft; wie kommt es dann aber, daß »ihre eigenen Gefühle und Leidenschaften« und Interessen in der Innen- wie Außenpolitik dieser Länder eine so geringe Rolle spielen?

Wir können davon ausgehen, daß die meisten Menschen mit einer Außenpolitik ihres Landes, deren integrale Bestandteile Hunger und Elend für hunderte Millionen Menschen sowie brutale Massaker sind, nicht einverstanden sind, ebenso, wie sie sich natürlich auch nicht wünschen, von ihrem eigenen Staat und den Reichen und Mächtigen ausgeplündert und entrechtet zu werden.

Um sie dazu zu bringen, all diese Dinge ohne größeren Widerstand zu akzeptieren, ist es notwendig, den Menschen ein bestimmtes Bild dieser Realität zu vermitteln, ein Bild, in dem störende Faktoren möglichst weitgehend ausgeblendet sind, und soweit das nicht möglich ist, als gerechtfertigt, notwendig, unvermeidlich erscheinen. Und was zur Zeit Humes, zur Zeit der Aristokratenherrschaft, die Kirche besorgte, ist heute Aufgabe von Kultur- und Medienindustrie sowie des Erziehungssystems.

Wieviele Leute würden bei einer beliebigen Umfrage die oben angeführten Zahlen über die Bundesrepublik kennen? Geschweige denn, eine klare Vorstellung davon haben, wie diese Daten miteinander zusammenhängen? Also über wenigstens einige Aspekte elementarer Gegebenheiten, die ihr Leben bestimmen, ein Wissen haben, das sie handlungsfähig machen könnte? Und das liegt nicht an der Dummheit der Menschen oder der Verantwortungslosigkeit des einzelnen Lehrers, Journalisten oder Kulturschaffenden. So, wie die »privaten Tyranneien«, von denen Chomsky spricht, die Wirtschaft generell beherrschen, beherrschen sie auch die Medien- und Kulturindustrie und setzen über ihren ständig wachsenden Einfluß auf den Staat die Para-

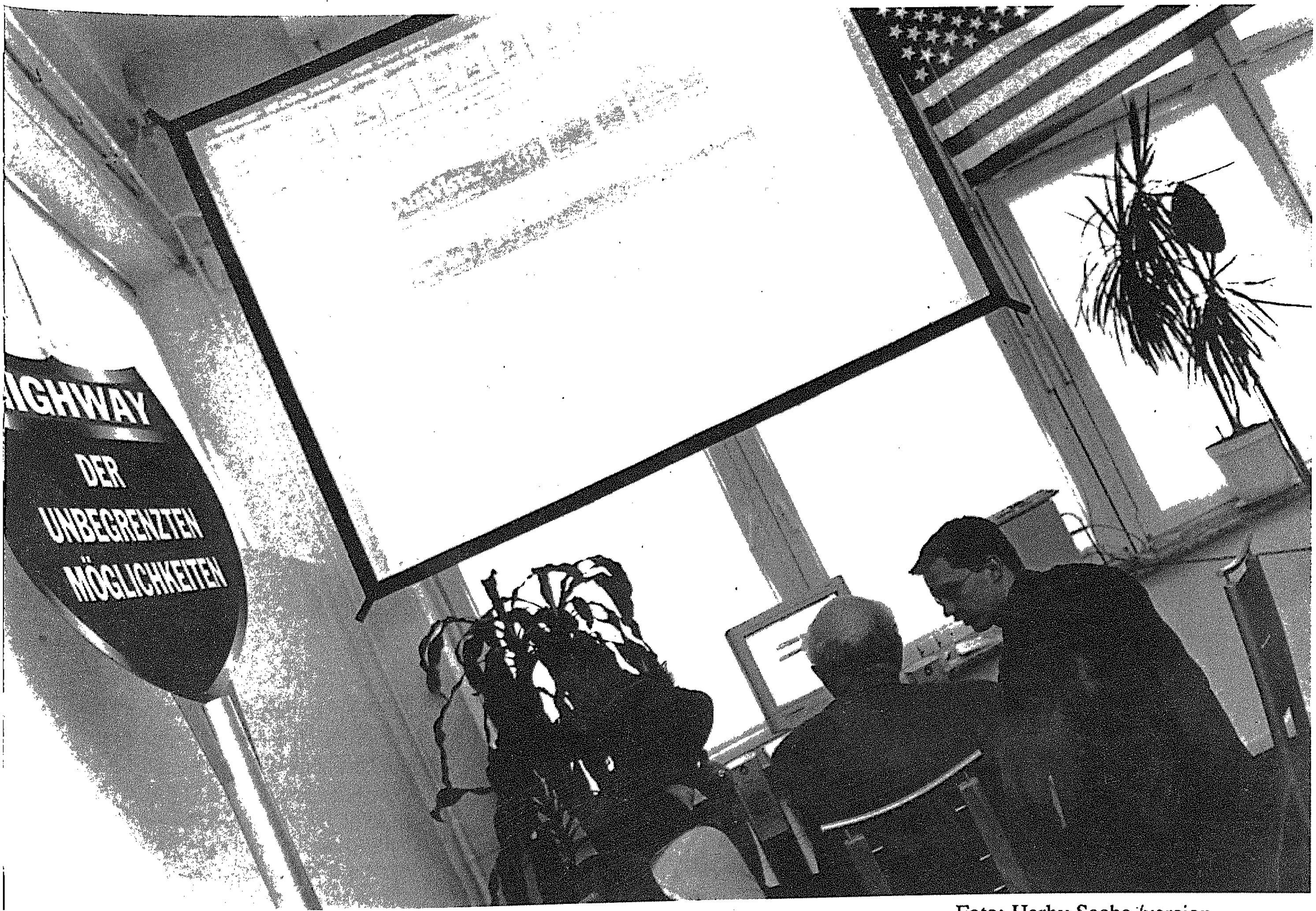


Foto: Herby Sachs /version

meter des Erziehungssystems. Das ureigenste Interesse dieser Tyranneien erfordert die Präsentation eines radikal verkrüppelten Bildes der gesellschaftlichen Realität, erfordert es, die Menschen in Bezug auf ihre eigene Lebensrealität unwissend, ahnungslos und unmündig zu halten.

Parallel dazu und in dem Maß, wie es nicht mehr nötig ist, gleich welche Zahlen zu kennen, um die Verschlechterung und die wachsende Unsicherheit der Lebensverhältnisse am eigenen Leib zu spüren, werden die Werte, auf denen das gesellschaftliche System selbst basiert, immer stärker propagiert: Bereichere dich, vergiß alles außer dir selbst, den Letzten beißen die Hunde, Eigennutz und Gier sind die einzig akzeptablen Emotionen, alle anderen menschlichen Gefühle und Instinkte, insbesondere Mitgefühl, Solidarität und das Streben nach freier Selbstverwirklichung außerhalb einer gegen andere gerichteten Konkurrenz sind romantische Gefühlsduselei. An der Spitze der Pyramide läßt es sich mit solchen Werten sicher recht angenehm leben; die unmündigen unteren Chargen dagegen sollen die Angst, die Frustration und den Haß, die der Konkurrenzkampf erzeugt, gegeneinander richten.

Es ist kein Zufall, daß Chomsky gegen diese Vision einer Gesellschaft die Werte der Aufklärung, die Werte eines Bertrand Russell und eines John Dewey, eines Adam Smith und eines Wilhelm von Humboldt setzt.

In der gegenwärtig sich herausbildenden ökologischen und ökonomischen Situation der Welt könnte es leicht für die Mehrheit der Menschen zu einer Überlebensfrage werden, ob die Gesetze der Gier triumphieren oder ob die Menschen sich daran machen, ein möglichst zutreffendes Bild der Realität zu gewinnen, die ihnen zugedachte Rolle unmündiger Rädchen im Getriebe abzuwerfen, den ganzen Reichtum »ihrer eigenen Gefühle und Leidenschaften« aus der Unterordnung unter »diejenigen der Herrschenden« zu befreien und für eine Gesellschaft zu arbeiten, die freier, gleicher und geschwisterlicher ist.

Im fünften Kapitel des Interviewbandes sagt Chomsky, er werde immer wieder gefragt, was angesichts der schlimmen Situation zu tun sei, und verweist am Schluß des Kapitels darauf, daß wir es eigentlich wissen. In dem Buch *The Almost World* des Schriftstellers Hans Koning, der mit Chomsky gegen den Vietnamkrieg die Bürgerrechtsorganisation RESIST gegründet hat, findet sich streiflichtartig folgendes kleine Bild:

»Ein schwarzer Bursche verkaufte auf der achten Straße Zeitungen der Bewegung. *"Aktion!"* rief er immer wieder. *"Wacht auf, Leute. Hört auf, Kinder zu sein. Seid Männer und Frauen!"*

Und Koning weiter: "Seien wir Männer und Frauen."«

Seien wir Männer und Frauen.

Noam Chomsky: Haben und Nichthaben. Aus dem amerikanischen Englisch von Michael Schiffmann. 224 S., Philo Verlag 1998, DM 34.-

Interview mit Nga Awa

von Julia Kümmel

"Wenn er eine Ladung Scheiße geredet hat, „Jingle Bells"

"Nga Awa" (Flüsse) wurden nach einem Auftritt im letzten Jahr in Frankfurt interviewt. Katarina Kawana ist Sängerin, Musikerin und DJane. Sie ist seit Jahren im "Student Radio Network" in Wellington aktiv, das Maori-Musiksendungen für das Radio produziert und junge MusikerInnen fördert. Parekotuku Moore schreibt Gedichte, Kurzgeschichten und Dub-Poetry. Sie ist Mitglied der "Indigenous Playback Theatre Company" aus Wellington und seit Jahren in der Frauenbewegung aktiv, v.a.in der Erarbeitung von Strategien gegen patriarchale Gewalt innerhalb der Maori-community. Sie arbeitet in Frauenhäusern und unterrichtet Selbstverteidigung für Frauen und Mädchen. "Nga Awa" erzählen die Geschichte, die sozialen und politischen Entwicklungen Aotearoas, mit traditionellen Liedern und rhythmischem Sprechgesang. In ihren performances setzen sie, neben der Stimme, Tanz und traditionelle Instrumente ein. Das Interview sollte als Beitrag des Frauenradios, im Rahmen des Sendeprogrammes des Dachverbandes Freier Radios gesendet werden. Der Dachverband hatte sich um eine Sendelizenz für nicht-kommerzielle Radios beworben, diese aber nicht bekommen. Wir dokumentieren die Teile des Gesprächs, die sich mit der Landrechtsbewegung sowie der Frauenbewegung in Aotearoa beschäftigen. Das Interview führte Julia Kümmel, übersetzt und bearbeitet wurde es von Matthias Hartig und Nicole Frazier.

K: Kia ora, mein Name ist Katarina Kawana. Ich komme vom Stammesland der Ngai Tuhoe, Ngati Kahungunu, Ngati Ruanui und Tuwharetoa. Dies sind die Stammeszugehörigkeiten meines Mannes und meines Vaters, und sie sind sehr wichtig für mich wegen der Verwandschaft und meinem Verhältnis zu unserem Land. Wir kommen von Aotearoa. Das ist der älteste Name unseres Landes und bedeutet "Das Land der langen weißen Wolke". Dem Rest der Welt ist unser Land als "Neuseeland" bekannt, okkupierend in den letzten 200 Jahren so genannt.

P: Nun, kia ora. Mein Name ist Parekotuku. Ich bin eine Maori von Aotearoa und meine Stammeszugehörigkeiten sind Ngati Raukawa, Ngati Koroki, Te Ane Huru und Ngai te rangi. Ich komme aus der Mitte der Nordinsel, etwas mehr zur rechten Küste hin gelegen.

Also kommt ihr beide aus recht unterschiedlichen Gegenden? Du kommst von der Südinsel und die Mitte der Nordinsel ist in der Nähe von Auckland oder...?

P: Nein Katarina kommt auch von der Nordinsel. Ich komme aus einem Gebiet namens Waikato, durch das die Hauptverkehrsstraße von Süd nach Nord verläuft.

K: Ich komme von der Nord-Ost-Küste der Nordinsel, die stark von Maori bevölkert ist und zu einem großen Teil aus Farmland besteht. Das Gebiet, das Land meines Stammes, ist hügelig, gebirgig und noch recht unberührt von TVs und Autos. Der größte Teil ist ein großer Nationalpark, wo Leute campen oder Touren machen. Aber, man muß dazu sagen, daß unser Nationalpark der Regierung gehört. Wo ich herkomme sind hauptsächlich Farmer und Gartenbau treibende Leute, die das Land bebauen.

Dort, in Aotearoa, gibt es eine Landrechtsbewegung.

P: Unsere Leute kämpfen nicht erst seit jüngster Zeit um Land, sondern seit 200 Jahren, seit der erste europäische Siedler kam. Ich bin nun dreißig Jahre alt und ich wurde in diesem Kampf hineingeboren. Meine Maori-Sprache ist mir wirklich wichtig, weil sie mich an meine Herkunft erinnert. Ich kann eine Menge Legenden und alte Geschichten erzählen, mit dieser Sprache umgehen, während ich dies auf Englisch nicht könnte. Es hat in Aotearoa keine

werden wir etwas singen wie jinglebells, jingle all the way“"

Wurzeln. Also reden wir vom Kampf um Land den unsere Leute immer noch führen. In jeder unserer Lebensphasen, ob als Kinder, als SchülerInnen, als Arbeitslose, oder in einem Training an einer Ausbildungsanstalt - sei es eine bikulturelle oder nur eine konventionelle Anstalt - unternehmen unsere Leute Schritte zur Urbarmachung und zum Aufbau einer eigenen ökonomischen Basis, für das Überleben unseres Landes und unserer Traditionen. Ich komme vom Stamm der Tainui aus dem Waikato-Gebiet. Wir sind der erste "iwi" (das ist das Maori-Wort für Stamm) der von der englischen Krone eine Siedlung erhielt. Das war vor 18 Monaten. Unser Land wurde uns 1840 weggenommen, kurz nachdem wir fälschlicherweise von der Kolonialregierung beschuldigt worden waren, zu den Waffen gegriffen zu haben um einem benachbarten Stamm beim Kampf gegen sie zu helfen. Das war alles Mist. Das war die Rechtfertigung um an uns heranzukommen und unsere ökonomische Basis zu entziehen. Uns wurden 1,5 Millionen Morgen weggenommen. Dieses Land, von dem ich abstamme, ist reiches, fruchtbares Land. Ich erwähnte bereits, daß hier die Hauptverkehrswege verlaufen. Und das war der Grund, warum sie uns das Land wegnahmen. Aber auch weil meine Leute eine Bewegung anführten, die zu dieser Zeit "Kotahitanga" genannt wurde, was ein Zusammenschluß der Stammesvölker, einer Unionsbewegung, war. Und das war damals eine Bedrohung für die Kolonialregierung, also nahmen sie unser Land weg. Vor den Kolonialsoldaten kamen Siedler nach Aotearoa. Viel früher schon trieben wir Handel mit weißen Händlern aus Australien, aus England via Australien, mit Franzosen und Walisern. Wir handelten mit Weizen und waren eine sehr gesunde, blühende Gemeinschaft, die hervorragende Ernten erzielte. Diese Enteignung und das Einschleppen der Windpocken - die das ganze Land heimsuchten und unsere Nation nahezu auslöschten und einen großen Teil der Maori-Bevölkerung - zerstörte sehr wirksam unsere Gesundheit, unsere Moral, und zog uns den Boden auf dem wir standen unter den Füßen weg. Es ist, als ob Dir jemand den Geist herausnimmt. Wir waren landlos in unserem eigenen Land. Seitdem haben unsere Leute Delegationen an die Queen, die vorherige Queen, usw.ausgesandt. Lange, riesig lange Reisen quer über den Globus nach England, sechs Jahre dauernd. Manche unserer Männer starben auf der Reise und manche holten sich Seuchen und kamen damit zurück. Und sie hielten die Auseinandersetzung aufrecht und die Vision, unsere Leute über das ganze Land vereint zu halten. Die Basis unserer Argumentation war, daß das Land uns entrissen worden war und daß wir aus diesem Grund eine beraubte Nation sind, daß wir die Rückgabe unseres Landes fordern und eine finanzielle Entschädigung für den Verlust. Auch forderten wir eine Entschuldigung von der Queen. Und wir haben etwas zurückerhalten, etwa 40 % unseres Landes. Wir erhielten eine kleine Entschädigung, was zu Auseinandersetzungen unter den Maori führte, da zu dieser Zeit, unsere konservative Regierung, die Nationale Partei, eine 18-monatige Tour durch das ganze Land absolvierte, um die Maori-Nationen zu verleiten, eine gänzlich finanzielle Entschädigung für den Landverlust anzunehmen. Als Gegenleistung dafür sollte die Möglichkeit einer Rückgabe von Maori-Land ausgeschlossen werden. In Aotearoa gibt es das Waitangi-Tribunal. Es ist eine Art von halb-autonomer Körperschaft, wo Maori-Leute ihre Landansprüche geltend machen können und etwas finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Klage führen zu können. Manche Nationen halten es für ein hilfreiches Werkzeug, andere halten es nur für eine weitere Möglichkeit der Regierung alles unter den Teppich zu kehren. Auf diese Weise erzielt die Regierung einen Erfolg. Es gibt ein Tribunal wo Maori-Leute ihre Landforderungen erörtern und zu Gehör bringen können, und dann gibt diese Kommission der Regierung Empfehlungen. Letztlich fällt dann die Regierung die Entscheidung, ob die Ansprüche gerechtfertigt sind und ob diese Leute es verdienen, zurückzuerhalten was sie fordern. Das Anliegen aller Maori-Nationen, die ihre Landforderungen geltend gemacht haben ist, daß sie Land zurückwollen und finanziellen Ausgleich für den ökonomischen, emotionalen und geistigen Verlust.

So ist also der Kampf um Land der Hauptkampf? Versuchen Leute auch in die Institutionen zu gelangen, um zu versuchen Einfluß auf die Regierung auszuüben? Auch als Teil der Regierung selbst? Oder ist es ein Kampf um einen autonomen Status in Verbindung mit eurer eigenen Vorstellung von Gesellschaft?

P: Ich denke, unsere Strategie ist, jede bestehende Möglichkeit zu nutzen, um unsere Streitfragen, unsere Forderungen und unseren Status wahrgenommen und anerkannt zu bekommen.

Als das parlamentarische System in Aotearoa geschaffen wurde, gab die Labour-Regierung vier Sitze an die Maori um die Maori-Nationen zu repräsentieren. Ich meine, wie effektiv kann man sein mit vier Leuten in einer Regierung aus 98. Wir sprachen bereits über die "Kotahitanga"-Bewegung im 19.Jahrhundert. In unserer Geschichte haben wir stets versucht, uns autonom und eigenständig zu etablieren, mit einem Status der ebenso hoch bewertet wird, wie der der Kolonialregierung. Bis heute gibt es politische Bewegungen von Maori die um Landrechtsfragen kämpfen, die ihre Autonomie erkämpfen und erhalten und es gibt Maori-Organisationen die die Möglichkeit wahrnehmen in der Regierung mitzuarbeiten, um Boden zu bekommen und um einbezogen zu sein bei Fragen unserer eigenen Entwicklung. Es ist also eine Kombination von beidem. In Ministerien findest du Maori-Abteilungen und -Sekretariate und Maori-Grundsatzerklärungen gelten als Richtschnur für die Ministerien.

Eine Frage an euch als Frauen. Gibt es auch eine Maori-Frauenbewegung? Was sind ihre Anliegen und was tut sie? Ist es in der Maori-community auch ein Problem eine Frau zu sein? In der europäischen Welt gibt es feste Rollenverteilungen und Frauen kämpfen, um dies zu ändern. Wie ist das in der Maori-community? Und wie stellt sich der Kampf um Selbstbestimmung innerhalb dieser community und in einem kolonisierten Land dar? Oder überhaupt der Kampf der Frauen gegen Kolonialismus?

K: Ich bin mit meiner Mutter aufgewachsen. Sie ist aktives Mitglied der "Maori-Women's-Welfare-League". Meine Mutter ist in ihren 70ern und seit über 50 Jahren Mitglied. Anfänglich bestand der Kampf der "Maori-Women's-Welfare-League" in der Sorge um das Wohlergehen der Maori-Leute, in der Gesundheitsfürsorge, in der Erziehung, im heimischen Handwerk, in der Weitergabe von Heilmitteln. Eigentlich ähnlich den Aufgaben von englischen Frauen, die nach Aotearoa kamen und versuchten den Maori-Frauen Unterwürfigkeit beizubringen: "Du bist die Dienerin, die

jingle jingle jingle

da

da da da

Köchin, du hast zuhause zu bleiben" usw. Aber unsere Maori-Frauen beanspruchten diese Aufgaben als ihre Angelegenheit. Es ging um Maori-Dinge, Maori-Künste, zur Verbesserung der Situation der eigenen Gemeinschaft, wie der Maori-Frauen, mit der Blickrichtung darauf, eine nationale Stimme für das ganze Land und die gesamte Maori-Bewegung zu werden. Ich habe keine genauen Daten und Fakten, aber in jeder noch so kleinen Maori-Gemeinde gibt es eine "Maori-Women's-Welfare-League". In den größeren Städten ist die Mitgliederzahl gewaltig. Sie führen eine jährliche Konferenz durch, die bis zu 10.000 Maori-Frauen anzieht. Sie wurden zunehmend politisch bewegt und motiviert. Anfänglich kümmerten sie sich mehr nur um ihre eigenen Gemeinschaften, ihre eigene Gesundheit und ihr eigenes Wohlergehen. Dann kamen sie an einen Punkt, wo sie nach Alternativen und einem nationalen Sprachrohr suchten. Maori-Frauen haben die schlechtesten Statistiken von ganz Neuseeland bei Krebs, Kehlkopfkrebs, Herzanfällen und es gab ein Gesetz, das es Maori-Frauen verbot in der Öffentlichkeit die Brust zu geben. Das war in den 40er Jahren. Die Maori-Frauen mußten Milch kaufen und die war nicht sehr gut. Asthma verbreitete sich und all die anderen kleinen Seuchen, die unsere Leute eigentlich nicht kannten. Und die Themen die sie diskutiert haben werden, waren: "Wie überwinden wir das, was werden wir tun?" Seit den 40er Jahren sind Maori-Frauen erfolgreich dabei eine alternative Medizin und Kliniken für Maori-Frauen einrichten zu helfen. Maori-Frauen sind sehr schüchtern, fürchten sich vor Berührungen und reden ungern über ihre Intimsphäre. Wenn sie in ein konventionelles Krankenhaus kommen, werden sie ohne Respekt und Rücksicht auf Ihre Persönlichkeit behandelt. Sie waren sehr erfolgreich mit der Aussendung von Maori-Teams, die unseren Frauen beibrachten: Kauft diesmal keine Antibiotika, wie wäre es wenn wir eine alte traditionelle Medizin probieren und in den Wald gehen, Kräuter sammeln, zum alten Weg zurückkehren? Manche unserer Frauen probieren die moderne Medizin und die traditionelle zusammen. Ich bin traurig sagen zu müssen, daß Maori-Frauen auch als Versuchskaninchen benutzt wurden, daß an ihnen als ersten Medikamente getestet wurden, die neu herauskamen. Wir fanden zwanzig Jahre später heraus, daß eine betroffene Frau an der Einnahme einer bestimmten Medizin starb. Diese Frauen haben Sachen in ihrem Leib, von denen sie nichts wissen und das ist wirklich traurig. Eine andere landesweite Diskussion drehte sich um die fette Beförderung verschiedener Mediziner zur "Medical Association", die an Maori-Frauen eine neue Arznei testeten. Was geschieht ist wirklich gefährlich, es gibt eine Menge was wir nicht wissen. Maori-Frauen sind zu ängstlich etwas zu sagen. Möglicherweise geht es um den privatesten Teil ihres Körpers und da gibt es die genannte kulturelle Eigenart. Die "Maori-Women's-Welfare-League" haben eine Wandlung durchgemacht. Sie sind nun sehr politisch und weil sie so viele Mitglieder haben, zählt ihre Stimme, wenn wir uns mit Frauen von allen anderen communities zu einem Thema versammeln, z.B. ob wir eine Krebs-Kampagne starten. O.K., dann gibt es alle diese Stimmen, von etwa 10.000 Maori-Frauen, und dann verbinden und vereinigen wir uns mit den anderen Schwestern, unseren Nicht-Maori Frauengruppen.

P: Sie sind die Organisation, die als das anerkannte Sprachrohr der Maori-Frauen gilt. Zu manchen Zeiten unserer Geschichte waren sie wirklich zuverlässig und sehr effektiv und verliehen der Lage der Maori-Frauen eine Stimme, die auf Regierungsebene gehört wurde. Manchmal gerieten sie auch in die Kritik möglicherweise nicht konsequent genug zu sein. Aber ich sage das mit dem äußersten Respekt, weil ich die meisten dieser Frauen als meine Tanten betrachte. Wo es politische Gruppen gibt, sind Maori-Frauen daran beteiligt und oft sind wir die Führerinnen dort.

Was die feministische Bewegung anbelangt, waren unsere Entwicklungen denen in den USA sehr ähnlich. Wir waren sehr beeindruckt von dem, was in den frühen 70ern aus den USA kam.

Weiße Frauen waren an der Gründung der feministischen Bewegung in Aotearoa beteiligt, die sich um Fragen von Gewalt, männlicher Gewalt gegen Frauen und Fragen von Sexualität drehte. Und wir, als Maori-Frauen, beteiligten uns an der feministischen Bewegung in den Bereichen Erziehung und Gesundheit. Wir schloßen uns der Bewegung in den 70ern, vielleicht 5-10 Jahre später an. Das soll nicht heißen, daß wir nicht in unseren eigenen communities an unseren eigenen Themen, die uns als Nation anbetreffen, gearbeitet hätten. Für mich als Maori-Frau heißt Feminismus, Feministin sein, mich von innen heraus von meiner Familie zu befreien und mich selbst nicht getrennt von meinen Nichten und Neffen zu befreien. Für mich ist der wichtigste Kampf der um die Befreiung meiner Leute, der Maori-Leute, von Unterdrückung. Als Teil dessen ist es für mich wichtig, Fragen der Befreiung aus feministischen Diskussionen in die Familie zu tragen. Und - wie ich glaube - nicht zu meinem persönlichen Schaden. Ich halte es für einen Teil meines eigenen persönlichen Kampfes, das Bewußtsein zu erweitern, über z.B. den Konservatismus in meiner eigenen community und sicher auch über die Homophobie, ja. In unserer Nation hatten wir als Maori-Männer und -Frauen traditionell sich gegenseitig sehr ergänzende Rollen. In meinen Studien der Geschichte, unter meinen eigenen Leuten bin ich gelehrt worden, daß es Sexismus in unserer community, traditionell, nicht gab. Daß das Überleben auf einer Tag-für-Tag-Basis, auf einer Stunde-zu-Stunde-Basis sich um die ebenbürtige Rolle von Männern und Frauen drehte. Und daß in manchen Traditionen, manchen Bräuchen, in manchen täglichen Überlebens-Aktivitäten, eins nicht auf das andere verzichten konnte. Ich bin auch mit dem Wissen aufgewachsen, daß es einige sehr alte Denkweisen gibt, die unsere Rolle als derjenigen, die die Verantwortung für das Tragen zukünftiger Generationen haben, als fundamentalen Grund betrachten, uns als Maori-Frauen den äußersten Respekt zu zollen und uns zu erhöhen. Daß wir gerade wegen dieser Rolle und dieser speziellen Funktion, dieser Gabe, die wir haben, immer respektiert werden müßten. Daß Mißbrauch und Ehebruch in unserer community nicht akzeptiert wären, daß es strenge Strafen gebe. Daß wir nicht als eine community diskutieren könnten, ohne die Gegenwart und gleichwertige Beteiligung von Frauen und Männern. Dies sind ein paar Beispiele dafür, daß unsere community nicht funktionieren könnte, ohne die Sichtbarkeit, die Anwesenheit und den Einsatz von Männern und Frauen. Daß eins nicht ohne das andere könnte, daß die Grundlage unseres Überlebens unser Lebensgefühl ins Gleichgewicht bringe und zwar in Bezug auf die Rolle von Männern und Frauen.

K: Ich weiß, daß es heute, in der Generation in der ich lebe, eine Menge vertuschte Geschichten gibt. Und das liegt daran, wie wir kolonisiert wurden: daß der Mann zuerst kommt, die Frauen danach. Es gibt eine Menge workshops und eine ganze Bewegung vom kolonisierten zu einem de-kolonisierten Geist. Es ist kein leichter Prozeß, weil es so viele Spaltungen in dem Versuch sich da durchzuarbeiten gibt. Es wird viele Jahre, auch kommende Generationen brauchen. Was ich zu sagen versuche ist, Maori-Frauen haben viel zu sagen gehabt und sie waren sehr im Vordergrund. Wenn sie sprachen, hörten alle respektvoll zu. Das bedeutete nicht, daß die Männer nicht zur gleichen Zeit aufstehen und sprechen oder sie mit einem Lied unterstützen konnten - für gewöhnlich wurden alle Angelegenheiten, die mit der ganzen community erörtert wurden, mit einem Lied kommentiert, mit einem "waiata". Wenn ein Mann aufsteht und spricht und die Frauen wollen unterstützen, was er sagt, werden alle Frauen aufstehen und für ihn singen. Und wenn es eine gute Rede war, für den ganzen Stamm, dann singen wir ihm ein gutes Lied. Wenn er eine Ladung Scheiße geredet hat, werden sie etwas singen, wie "Jingle Bells, jingle bells,jingle all the way". Ich versuche nur, Dir ein Beispiel dafür zu

mana mana

geben, wie das "mana" durchgesetzt wird, denn wenn jemand spricht, spricht er oder sie nicht nur für sich, sondern für alle Maori und seinen oder ihren Stamm. Wenn es einen Vorfall gegeben hat, wie z.B. vielleicht einen Fall von

dada ep ep jingle all the

da

all way«

da da da

jingle

Inzest, werden die Frauen sicherstellen, daß darüber gesprochen wird: (in Singsang) "Das ist, was wir besprochen haben wollen, dadadada." Und wenn die Sache wirklich gut gegangen ist, werden die Frauen aufstehen und die RednerInnen mit einem starken Lied unterstützen. Es wird ein Lied sein, das von alten Zeiten berichtet und das wäre eine Ehre. Auch wenn der Sprecher die Gemeinschaft, die community bei dieser Gelegenheit nicht zufriedenstellen konnte, werden sie aufstehen und ihm ein Lied singen. Aber es würde sein "mana" verringern.

Wie würdest du "mana" beschreiben?

P: Selbstachtung, Würde.

K: Ja, seine Würde, seine Macht und Stärke. Und viele Frauen würden aufstehen, sich hinstellen und sagen: "So möchte ich es besprochen haben." Unsere Leute waren sehr gut darin, Themen direkt zu besprechen. Sie wollen nicht noch zehn Jahre später die gleiche Sache diskutieren. Sie erinnern sich aber immer an einen Vorfall.

Wir machen auch klar, woher wir kommen - wenn ich z.B. in P.s Stammesland gehe, muß ich sagen, woher ich komme, was der Name meines Berges ist, meines Flußes, wie meine Leute heißen, wer meine Eltern sind, von wem ich abstamme. Dann werde ich darüber sprechen, warum ich hier bin, ob ich zu ihrer community gehe, um etwas über Gesundheit zu lernen, einen Gesundheitsaspekt, den wir vielleicht nicht kennen, in unserer eigenen community, wo ich herkomme. Ich werde aufstehen und sagen: "Ich bin hier aus diesem Grund. Ich möchte etwas über dieses neue Kraut, diese neue Praktik lernen. Ich möchte in der Lage sein, nach Hause zu gehen und dies mit meinen Leuten zu teilen. Unsere Leute sind also sehr gut darin, Probleme zu benennen und mit ihnen umzugehen, indem man aufsteht und spricht, spricht, spricht, entscheidet und nach Hause geht. Wenn in einer community etwas nicht gut gelöst wurde, erinnert man sich immer daran und dokumentiert es manchmal durch Lieder: (in Singsang) "Ich erinnere mich an den Tag als ich zu deinem Stamm ging, ihr habt mich nicht sehr gut behandelt, dadadada, ich kam mit dieser Sache, um meinen Leuten zu helfen." Unsere Leute haben auch ein System, in dem wir ein "koha", ein Geschenk, anbieten; sei es eine reichliche Speise: "Ich werde euch fünf traditionelle Vögel bringen, die fünf Jahre gehegt worden sind und sie sind die süßeste, als Schatz gehandelte Speise, die wir jemals Königen und Königinnen geben könnten." Oder vielleicht habe ich ein bißchen Geld, das kollektiv vom Stamm kommt oder was auch immer der tatsächlichen Situation des Stammes zu dieser Zeit entspricht. Manchmal war es etwas peinlich, etwas zu Großes zu geben, manchmal war es peinlich, etwas zu Geringes zu geben, "und das ist alles was wir haben". Aber unsere Leute erinnern sich, weil wir immer in gegenseitigem Austausch stehen. Wenn ein Stamm ein Problem vorgetragen hat, wird überlegt, wie ihnen zu helfen ist, durch Geschichten, Lehren, die weitergegeben werden oder auf andere Art. Dabei behandelt man einander mit dem gleichen Respekt. Es ist also holistisch, es kommt immer wieder zurück. Wenn nicht dieses, dann in den nächsten Jahren. So denken wir immer voraus, an die nächsten sieben Generationen.

P: Ich glaube einer der Gründe, warum Maori-Frauen Führerinnen sind ist, daß unsere communities in einer Art Kreislauf verbunden sind. Wir haben ja über gleichgestellte Rollen gesprochen, traditionell, und einander ergänzende Rollen, also männliche und weibliche. Mit dem Eindringen der englischen viktorianischen Geisteshaltungen, Praktiken, der Spiritualität, mit der Religion, kam dieses ganze Denken über die Rolle der Frauen als Dienender. Also, als die Engländer nach Aotearoa kamen, brachten sie die Lehren der Bibel mit und darin ist die untergeordnete Rolle von Frauen enthalten. Das hatte enormen Einfluß auf unsere communities und drehte das Denken nach einer gewissen Zeit herum. Und mit dem instrumentellen Einrichten von Schulen für Einheimische, von Schulen, in denen Missionare Maori-communities englische Kultur, englische Lehren beibrachten, gab es eine weitere Voraussetzung für den kompletten Zusammenbruch der traditionellen Lebensweise, traditioneller Werte, und der Auffassung von "männlich" und "weiblich". Und dann wieder waren unsere Männer im Ersten und Zweiten Weltkrieg verleitet und - ganz sicher während des Ersten Weltkrieges - gezwungen, in die Reihen der Engländer einzutreten und mit englischen Soldaten gegen die Feinde zu kämpfen. Und soviel weiß ich, von meinen eigenen persönlichen Studien und meiner Lektüre, daß das großen Einfluß auf das Überleben der Männer, die in den Krieg zogen und die Rückkehr zu ihren communities hatte. Es beeinflußte die Behandlung von Frauen ungeheuer und veränderte wiederum sehr wirkungsvoll das Werte- und Glaubenssystem. Und es ist meine persönliche Meinung, daß die Generationen, die von den Männern, die in den Krieg gingen abstammen, noch immer ein ziemlich dummes Zeug mit sich herumtragen und daß sie noch immer um persönliches Überleben von diesen Erfahrungen kämpfen - davon, als Kinder in gewalttätige Haushalte geboren zu sein, in die Geschichte einer community, die landlos ist, in ihrem eigenen Land. Und der Einfluß des Alkohols heute und, du weißt schon, der modernen Gesellschaft und der Rolle von Männern und der von Frauen - dieser ganze Mist lähmt immer noch sehr wirkungsvoll das Denken unserer Männer. Wir Frauen dagegen waren durch unsere eigenen persönlichen Entwicklungen in der Lage, aufzustehen und die Notwendigkeit zu erkennen, daß jemand unsere Sache aufnehmen und unsere Nationen wirklich aufrichten mußte. Und ich glaube das ist der Grund, warum Frauen in unseren politischen Kämpfen Führerinnen sind. Und es kommen mehr und mehr Männer dazu, aber sie sind immer - meiner Erfahrung nach - etwas geringer an Zahl, ein wenig hinter uns zurück.

Unsere Leute sind also sehr gut darin, Probleme zu **benennen** und mit ihnen **umzugehen**, indem man **aufsteht** und **spricht, spricht, spricht, spricht, spricht, spricht**

Militarismus und Männlichkeit

von Andreas Speck

«Die Frage des menschlichen Überlebens verlangt von uns, im Angesicht eines globalen Rüstungswettlaufs und weit verbreiteter Zerstörung der Umwelt, das Spiel der sozialen Kräfte, in dem soziales Geschlecht eine wesentliche Rolle spielt, zu verstehen.»

Robert W. Connell

«Ob er nun in Kroatien, Bosnien, Serbien, in Indochina oder Uzbekistan kämpft, ob Befreiungskämpfer oder Imperialist, der Krieger vergewaltigt Frauen. Er fühlt es in seinem Kopf, in seinem Gewehr und in seinem Sexualorgan: die Zivilisation ermutigt ihn, genau das zu tun. ... Es geht weniger um die Wiederherstellung des Kriegers, denn um die Selbstvergewisserung der eigenen Macht, und die Befriedigung des Gefühls, zu den wahren Männern zu gehören.»

Lepa Mladjenovic



Foto: Herby Sachs/Version

Feministische Analysen zeigen deutlich das Bild des Mannes als *Krieger*, des Soldaten als Vergewaltigers. Es gilt mittlerweile im Antimilitarismus als Allgemeingut, daß Krieg und Vergewaltigung, Militär und Prostitution untrennbar zusammengehören. Damit hört die Analyse bei männlichen Antimilitaristen häufig auch schon auf, und es scheint ein leichtes, sich von einem solchen *Bild des Mannes*, wie es z.B. von Klaus Theweleit als Bild des faschistischen Mannes beschrieben ist, zu distanzieren und sich somit weiterer Beschäftigung mit Männlichkeit zu entledigen. Die Rolle des sozialen Geschlechtes (gender) innerhalb des Militarismus wird dagegen kaum thematisiert, obwohl doch diese Gewalt fast ausschließlich von Männern ausgeht.

Auch wenn es vielleicht zu weit führt, Krieg lediglich als eine besondere Form der Gewalt von Männern gegen andere Männer zu betrachten, die Teil einer *Triade der männlichen Gewalt* (Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen andere Männer, Gewalt gegen sich selbst) ist, mit der Mann seine Männlichkeit schafft und sich ihr immer wieder aufs neue versichert, so kann Krieg bzw. Militarismus doch auch nicht von anderen Formen der Männergewalt so einfach getrennt werden, wie z.B. die Zunahme von Gewalt gegen Frauen in Regionen, in denen militärische Auseinandersetzungen stattfinden, zeigt. Stasa Zajovic weist darauf hin, daß Kriegsveteranen die *Nr. 1-Vergewaltiger in Serbien*

(wurden), sowohl im öffentlichen Raum als auch zu Hause.

Mir geht es in diesem Beitrag im wesentlichen darum, Männlichkeit und Militarismus ebenso als Zwillinge kenntlich zu machen, wie Ekkehart Krippendorf es für Staatlichkeit und Krieg getan hat. Genauso wie ein Antimilitarismus ohne Staatskritik also letztlich ins Leere läuft (oder bei einem bürgerlichen Pazifismusverständnis landet), kann also auch ein Antimilitarismus, der nicht radikal mit Männlichkeit bricht, letztendlich nur scheitern.

Nation, Männlichkeit und Militär

Das Bild des Mannes ist nicht unveränderlich, noch nicht einmal einheitlich. In der Regel gibt es mehrere *Männlichkeiten*, die untereinander in einem hierarchischen Verhältnis stehen und um Hegemonie streiten. Das, was heute unter *Männlichkeit* verstanden

wird, ist allerdings historisch recht jung, und in seiner Entstehungsgeschichte eng verknüpft mit dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft. Mosse stellt fest: *«Was wir heute unter Maskulinität verstehen, übte einen großen Einfluß auf die Bestimmung dessen aus, was zum normativen Muster von korrekten Verhaltensweisen und* Moral *wurde, das heißt der allgemein anerkannten Weise, sich innerhalb des gesellschaftlichen Umfelds der vergangenen Jahrhunderte zu bewegen und zu handeln.»*

Connell definiert Männlichkeit(en) als *«eine Anordnung von Praxis, die sich um die Position von Männern innerhalb der Struktur von Geschlechterverhältnissen aufbaut.»*

Männlichkeit(en) können auch nicht ohne Weiblichkeit(en) gedacht werden, die verstärkt als das Gegenstück zu Männlichkeit, auf jeden Fall aber als dieser untergeordnet konstruiert werden. Häufig wird daher das Patriarchat als die älteste Herrschaftsform des Menschen über den Menschen angesehen.

Bis etwa zur ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden interessanterweise gerade in biologischer Hinsicht Mann und Frau im wesentlichen als ähnlich angesehen, wobei *Mann* die Norm und *Frau* die Abweichung von der Norm darstellte. Erst mit dem Entstehen einer weiblichen *Sonderanthropologie* entstand die Vorstellung von der prinzipiellen Unterschiedlichkeit der Geschlechter, es kam zu einem *«Diskurs über die geschlechtliche Natur der Frau ..., der dann zur Rechtfertigungsgrundlage wird für den sich mit der Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft vollziehenden rigorosen Ausschluß der Frauen aus dem öffentlichen Be-reich und ihrem vollständigen Einschluß in die häusliche Sphäre.»*

Das dabei entstehende bürgerliche Bild des Mannes ist nicht nur patriarchal gegen Frauen gerichtet – durch eine gegen Ende des 18. Jahrhunderts entstehende *«politische Männerbewegung sollte der Einfluß der Frauen auf Staat und Gesellschaft eingeschränkt werden – sondern ebenfalls gegen die Männlichkeiten des Adels sowie der Bauern und Proletarier.*

Die moderne Staatsstruktur im europäisch-amerikanischen Raum ist ein Produkt militärischer Auseinandersetzung, nahezu alle heutigen Nationalstaaten sind durch Krieg entstanden



und beruhen auf einer ausgeprägten Institutionalisierung männlicher Macht. Dies hatte wiederum Rückwirkungen auf das Bild des Mannes, denn die zentrale Stellung der Kriegsführungen in diesen Entwicklungen bewirkte, daß Armeen ein entscheidender Teil in der Entwicklung von Staatsapparaten wurden und militärische Leistung wurde ein unumgänglicher Gesichtspunkt in der Konstruktion von Männlichkeit.»

Noch etwas jünger als die Nationalstaaten ist die allgemeine Wehrpflicht, die ein Produkt der französischen Revolution und damit der bürgerlichen Gesellschaft ist, allerdings alles andere als ein *legitimes Kind der Demokratie*. Die Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland steht in engem Zusammenhang mit den antinapoleanischen *nationalen Befreiungskriegen*, und gerade daran wird die enge Verschränkung mit dem bürgerlichen *männlichen Stereotyp* (Mosse) deutlich.

Am Beispiel der *Befreiungskriege* läßt sich zeigen, wie hier eine *patriotisch-wehrhafte* Männlichkeit entstand, die *wehrhaft* und *teutsch* mit *männlich* gleichsetzte und als *Antityp* (Mosse) von als *nicht-teutsch*, *welsch* und *feige* eher dem weiblichen zugeordneten Stereotypen abgrenzte. Eben dieser *Männlichkeitsrausch* spielte eine wesentliche



Foto: Herby Sachs/Version

Bedeutung bei der Konstruktion der nationalen Ideologie des *Teutschtums* und bei der Mobilisierung nationaler Kriegsbereitschaft. Gerade die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht war nur möglich durch eine Militarisierung der Vorstellungen von Männlichkeit. Diese *Militarisierung der (bürgerlichen) Männlichkeit* wurde gerade in Deutschland (Preußen) durch die Verknüpfung der bürgerlichen Rechte (Wahlrecht, etc.) mit der *Pflicht zur Wehr* geleistet, wobei allerdings militärische Notwendigkeiten im Vordergrund standen und trotz Wehrpflicht die bürgerlichen Freiheiten auf sich warten ließen.

Beklagt wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Militärs und bürgerlichen NationalistInnen gleichermaßen, daß unter dem Bürgertum das *Streben nach Geld und Gewinn* die Oberhand gewonnen habe über den staatsbürgerlichen *Opfer*sinn. Dem Militärreformer Gneisenau ging es dann auch darum, den kriegerischen Geist in der männlichen Bevölkerung wieder «*zu wecken, zu verbreiten und zu erhalten*». Kriegerische oder *soldatische* Tugenden waren zunächst in den zeitgenössischen Diskursen um Männlichkeit nicht vorherrschend, auch wenn selbstverständlich der Mann «*der Herr, der Schutzgott, der Richter, der Erhalter und Führer seines Weibes und seiner Kinder*» zu sein hatte. Bürgerliche Männer standen dem Militär eher kritisch gegenüber, und bezweifelten durchaus, «*daß man allein in diesem Stande wahre Ehre erlangen, männliche Kraft und männlichen Muth zeigen könne.*» Darin spiegelte sich wieder, daß für das Bürgertum in der Regel das Militär nicht zur eigenen Erfahrungswelt gehörte. Dies war dem niederen Adel vorbehalten, der den Offizierskorps stellte und teilweise sogar die einfachen Mannschaften.

Erst die Reorganisation des Armeesystems sollte dazu führen – und hatte zur Vorraussetzung – daß es «*zur Schande gereichen (mußte), wer nicht gedient hat, es sei denn, daß ihn körperliche Gebrechen daran hindern.*» Somit führte die allgemeine Wehrpflicht dazu, daß «*der männliche Geschlechtscharakter im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend soldatische Elemente inkorporierte. Militärische Werte und Ordnungsvorstellungen ... wurden auf diese Weise mehr und mehr zum Allgemeingut der männlichen Nation.*»

Was so entstand, war «*ein neuer patriotisch-militärischer Männlichkeits-entwurf, der um solche Schlüsselbegriffe wie Ehre, Freiheitssinn, Frömmigkeit, Kraft, Kameradschaft, Mannszucht, Mut, Ruhm, Treue, vor allem aber Patriotismus und Wehrhaftigkeit kreiste. Dieser vorrangig von patriotisch gesinnten Bildungsbürgern und reformierten Militärs diskursiv entwickelte Entwurf verband alte Werte preußischer Soldatenehre, adeliger Offizierstugend und christlich-bürgerlicher Ethik mit neuen Vorstellungen von männlich-staatsbürgerlicher Partizipation. Mit dem Ziel einer breiten Kriegsmobilisierung wurde er generations- und schichtenspezifisch ausgestaltet.*» Damit einher ging ebenfalls eine *Biologisierung* der Geschlechtscharaktere, durch die ein quasi *naturgegebener* Gegensatz von *Mann* und *Frau* konstruiert wurde.

Später entstanden mit der Industrialisierung und dem Wachstum eines bürokratischen Staatsapparates stärker kalkulierende, rationale und kontrollierte Formen der Männlichkeit. Die Institutionalisierung von Massenarmeen und das Aufkommen der Militärwissenschaft spezialisierten die



Foto: Herby Sachs/Version

Gewalt und versahen sie mit einer "Rationalität", die im Ersten Weltkrieg und revolutionären Umstürzen endete.

Das faschistische Ideal der Männlichkeit entstand als Folge unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, war aber nicht etwa etwas vollkommen neues, sondern schloß andere Bilder der Männlichkeit, wie z.B. der der deutschen Jugendbewegung, mit ein. Gerade in den Schriften Ernst Jüngers wird der prägende Einfluß der Kameradschaft der Kriegszeit für das faschistische Paradigma von Gesellschaft und Staat deutlich. Jünger zeichnet den Krieger als *Stahlgestalt*, in der technische Elemente und kriegerische Eigenschaften verbunden werden und die Persönlichkeit des Mannes prägen. *«Dieser Typus der Kriegers wird im Verlauf der Materialschlacht im "Trommelfeuer" immer reiner herausgebildet und letztlich als vollkommen gefühlloser und regungsloser Krieger präsentiert.»*

Die faschistische Männlichkeit grenzte sich von bürgerlicher Rationalität ab und verbannte die Republik in die Sphäre des *Weiblichen*. Die so definierte Maskulinität des Faschismus definierte sich daher auch nicht über im Alltagsleben nutzbare Tugenden, sondern über Kampf und Opferbereitschaft, als Stahlgestalt, *«die allein im Krieg und durch Gewalt seine ihm entsprechenden Existenzbedingungen findet.»* Die bürgerliche Gesellschaft wurde daher als das männliche Individuum zerfasernde "Massen und Fluten" (Theweleit) dargestellt, die den "Körperpanzer" des faschistischen Mannes auflösen und eine Bedrohung der männlichen Ordnung beinhalteten, der gegenüber sich nur die männliche Gemeinschaft als höchste "kulturelle Instanz" behaupten könnte.

Dennoch bleibt zu betonen, daß die faschistische Männlichkeit lediglich eine Überhöhung der normativen Männlichkeit darstellte und dieser einen aggressiveren und kompromißloseren Anstrich gab. Sie trieb diese auf Dominanz beruhende Variante der Männlichkeit lediglich auf die Spitze der Irrationalität. Mosse macht deutlich, daß *«der Faschismus und insbesondere der Nationalsozialismus zeigten; welch erschreckende Möglichkeiten der modernen Maskulinität innewohnten, wenn der kriegerische Aspekt die Oberhand gewann.»*

Neuer Militarismus, neue Männlichkeit?

Nach dem 2. Weltkrieg war die *militarisierte Männlichkeit* des Faschismus in Deutschland diskreditiert. Durch die Niederlage des Faschismus wurde die Institutionalisierung einer hegemonialen Männlichkeit, die gekennzeichnet war durch Irrationalität und persönliche Gewalt, unterbrochen. Sie war aber für den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit auch nicht mehr funktional. Ähnliches gilt auch für die USA, wo nach dem Krieg eine Männlichkeit hegemonial wurde, die die Rolle des Mannes über Familie und Konsum definierte (der sogenannte organizational man). Andere Formen der Männlichkeit, die den Mann weder in Familie, noch in anonyme Büroberufe einordnen wollten und *Freiheit und Abenteuer* predigten, dienten teilweise als "Protestmännlichkeiten" oder wurden "homosexualisiert" und somit abgewertet.

Auch in der Bundesrepublik wurden Männlichkeiten betont, die sich betont lässig zunächst vom Militärischen abgrenzten. Diese konnten aber besonders in der proletarischen Jugendszene durchaus rauh und aggressionsbereit sein, eine "Inszenierung physischer Kraft und dominanter Körperlichkeit" darstellen. Nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1957 zeigte sich, daß diese Männlichkeiten keinesfalls antimilitaristisch waren, sondern durchaus kompatibel mit der Ableistung der Wehrpflicht.

Auf den ersten Blick erscheint das widersprüchlich, zumal die Ablehnung

der Remilitarisierung und der Wehrpflicht groß war. Die Zahl der Westdeutschen, die für sich das Soldatwerden ablehnten, stieg von Juni 1949 bis November 1950 von 60 auf 73%. Drei Viertel der Bevölkerung sprachen sich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus, und 40% wollten vom Recht auf KDV Gebrauch machen. Auch Ende 1952 lehnten noch über 70% für sich das Soldatwerden ab. Dennoch verlief die Einführung der Wehr-pflicht zum 1.4.1957 problemlos, und nennenswerte Kriegsdienstverweige-rungszahlen gab es zunächst nicht.

Bei dieser Entwicklung sollte der Faktor Männlichkeit nicht unterschätzt werden. Die Angst vor dem Verlust der eigenen Männlichkeit kann trotz Ablehnung militärischer Umgangsformen und des Militärischen an sich "Wehrdienstbereitschaft" erzeugen. Das gilt vor allem für Formen proletarischer Männlichkeit mit ihrer starken Betonung physischer Leistung und körperlicher Kraft, die sich leicht militärisch nutzbar machen lassen. Gerade durch die Waffenausbildung im Militär wird *«die im zivilen Leben fremde, nur symbolisch vorhandene Waffe ... für den heranwachsenden Mann ... greifbar. Die Waffe ist Begleiter in der Entwicklung vom Kind zum Manne. (...) Waffen werden zu Attributen der Macht in Konflikten mit anderen Personen. ...»* Das "Konstrukt der Männlichkeit", daß durch den Militärdienst geschaffen werden soll, konzentriert sich auf die Organisation aggressiver Impulse und aggressiven Verhaltens und gipfelt schließlich im Ideal des Kriegers.

Kriegsdienstverweigerung stellt zunächst einmal dieses Ideal des Kriegers in Frage: *«Kriegsdienstverweigerer und Wehrdienstwillige streiten sich u.U. unter dem Deckmantel töten, nein – töten zur Verteidigung, ja, gar nicht nur um militärische Gewalt, sondern – ohne daß sie es wissen – um Männlichkeitsideale.»* Während es Forschungen zu diesem Aspekt für den Zeitraum von der Einführung der Wehrpflicht bis zu den 80er Jahren meines Wissens nicht gibt, so läßt sich zumindest auf empirische Arbeiten aus den 80er Jahren zurückgreifen. Demnach ist eine treibende Kraft für die Ableistung des Wehrdienstes – trotz im ganzen ziviler Orientierung – daß dort im zivilen Leben unterdrückte Wünsche scheinbar verwirklicht werden können, *«wobei der Wunsch nach Ausprägung einer männlichen Identität eine herausragende Bedeutung hat»*, so Hanne-Margret Birckenbach. *«Würde man die Abscheu der Wehrdienstwilligen gegenüber dem Zivildienst als mangelnde soziale Orientierung klassifizieren, so widerspräche dies ihrem Selbstbild. Auch die Wehrdienstbefürworter wollen sozial gut sein und Verantwortung übernehmen und anerkannt werden. Aber sie wollen diese Anerkennung nicht über traditionell weiblich-helfende Tätigkeiten erhalten, sondern als Mann (Hervorhebung von mir, AS)».* Kriegsdienstverweigerung wird daher als "unmännlich" angesehen und mit Weiblichkeit verbunden, das Militär verspricht dagegen die Unterstützung seiner Lebenslust und -kraft gegen die Angst vor den Gefahren des Alleinseins, des Todes und des Zusammenbruchs des sozialen Bezugsrahmen. Zum durch das Militär vermittelten bzw. unterstützten Männlichkeitsideal gehört dabei, *«sich seiner mannhaften Wehr- und Gewaltfähigkeit in der Phantasie, im Spiel und im Wehrdienst zu vergewissern.»*

Kriegsdienstverweigerung bedeutet somit eine Infragestellung eines auf "Gewalt-, Kampf- und Wehrfähigkeit" basierenden Männlichkeitsbeweises. Genau daran schließt auch die im Antimilitarismus vorherrschende Kritik militarisierter Männlichkeit an, die sich am *Krieger*, an *Rambo* als Prototyp des Bildes des Mannes orientiert. Auch wenn dies sicherlich eine Form militarisierter Männlichkeit darstellt, so stellte Cynthia Enloe bereits 1988 fest: *«Während die Auswertung der "Ramboisierung" eine politisch wichtige Aufgabe für Femnistinnen ist, bedeutet die Beschäftigung nur damit eine Beschränkung auf nur eine Form der militarisierten Männlichkeit, die des niederen kämpfenden Soldaten; obwohl in Wirklichkeit die heutigen militärischen Systeme mindestens drei oder vier andere Konstruktionen von Männlichkeit benötigen, um sich selbst zu erhalten. Diese anderen Formen mögen nicht so zugänglich sein für Kassenschlager, doch sie müssen ebenfalls beobachtet – und aus feministischer Perspektive kritisiert – werden.»*

Das traditionelle Bild der militarisierten Männlichkeit ist für das Militär selbst nicht mehr funktional. Das klassische militärische Männerbild mit seiner Konzentration auf Kämpfen und Töten spielt in hochtechnisierten und arbeitsteiligen Armeen nicht mehr die Hauptrolle. Die Kämpferideologie ist *«für die militärische und militärisch-strategische Planung im Frieden und im Kriege unter den Bedingungen von heute und morgen kaum noch eine realitätsgerechte Orientierung»*.

Die Entwicklung der Militärtechnologie nach dem Zweiten Weltkrieg und parallele Entwicklungen in der Industrie führten ebenfalls zu Wandlungen der Männlichkeit. Vor allem das *technisch-organisatorische* Expertentum tritt dabei in der Vordergrund. *«Das enorme Wachstum von Schul- und Universitätssystemen während des 20. Jahrhunderts, die vervielfachte Anzahl professioneller Berufe mit An-sprüchen auf spezialisiertes Exper-tentum, die steigende Bedeutung von Technologie und das Wachstum der Informationsindustrien sind Aspekte eines groß angelegten Wandels der Kultur und des Produktionssystems, der eine weitere Aufsplitterung der hegemonialen Männlichkeit des 19. Jahr-*



Foto: Jürgen Lichtenberger

hunderts mit sich brachte». Eher auf Dominanz beruhende Formen der Männlichkeit – und dazu gehört auch das klassische Bild des Kriegers, aber auch der Marlboro Man – gerieten in Konflikt mit "Männlichkeit, die sich um Expertentum und technisches Wissen gruppiert."

Für die USA stellt Connel die These auf, daß "das emotionale Muster von Reagans Politik ... ein Revival der ersten dieser Deklinationen von Männlichkeit in Gang (setzte) und ... die zweite (verwarf)", dominierende Männlichkeiten erhielten gegebüber dem Expertentum verstärkt die Oberhand. Die Politik Reagans war dabei auch gekennzeichnet durch eine aggressivere Außenpolitik vor allem in militärischer Hinsicht.

Für Deutschland läßt sich vielleicht die Hypothese aufstellen, daß spätestens nach dem Zusammenbruch der DDR ebenfalls ein Revival von auf Dominanz beruhenden Formen der Männlichkeit stattgefunden hat. Dazu paßt das Anwachsen des Rassismus und vor allem rassistischer – aber auch schwulenfeindlicher – Gewalt in den letzten Jahren. Die zunehmende Einsatzorientierung der Bundeswehr im Rahmen von "out-of-area" führt im Einklang damit dazu, daß die traditionelle Kämpferideologie wieder verstärkt benötigt wird, allerdings in abgewandelter Form und auch nicht als alleinige Männlichkeit. Während Hanne-Margret Birckenbach 1986 noch zu Recht einwenden konnte, daß die Bundeswehr nicht über eine eigene Kampftradition verfüge und die Gefahr eines Kriegseinsatzes gering sei – daß daher die "Zerstörung der zivilen Identität" in der Bundeswehr nicht so total sei wie z.B. bei den US-Soldaten in Vietnam, so ist fraglich, in wieweit dies für die neuen Elitetruppen der Bundeswehr, die Krisenreaktionskräfte bzw. das Kommando Spezialkräfte (KSK), noch gilt.

Gleichzeitig kann diese Form der Männlichkeit eben nicht mehr gesamtgesellschaftliche Gültigkeit behaupten. Die Werbung der Bundeswehr zielt daher verstärkt darauf, Formen der Männ-lichkeit, die auf Expertentum oder auf Technokratentum beruhen, eben-falls anzusprechen, was auch der Struktur des Personalbedarfs eher entspricht. Werbespots, die nach dem Bundeswehreinsatz anläßlich des Oder-Hochwassers im Sommer 1997 Sandsäcke schleppende Soldaten zeigen, schielen nicht auf das Bild des Kriegers, aber immer noch auf ein Bild des Mannes, der sich gerade durch außergewöhnliche Leistungen in Notsituationen erweist. Diese Formen der Männlichkeit sind aber häufig mit einer stärker zivilen Orientierung verbunden, was mit einem "zivileren" Anstrich des Militärs unter dem Deckmantel "humanitärer Interventionen" und des "Peace Keeping" einhergeht.

Männlicher Antimilitarismus?

Erich Landrocker kritisiert die "Patriarchatsblindheit des Anarchismus", doch ließe sich diese "Blindheit" – an diesem Bild ist problematisch, daß es ein körperliches Merkmal als Mangel hervorhebt – wohl in noch stärkerem Maße für den Antimilitarismus konstatieren, und das gilt auch für die libertären Ausprägungen.

Nicht nur Mosse weist darauf hin, daß sich auch der Antitypus zur hegemonialen Männlichkeit an eben diesen hegemonialen Maßstäben mißt. In "Das Bild des Mannes" zeigt er auf, wie jüdische Männer in Abwehrung des negativen Stereotyps sich bemühten, dem hegemonialen bürgerlichen Bild des Mannes zu entsprechen. Ähnliches gilt auch für die frühe Homosexuellenbewegung der Weimarer Republik und kann ebenfalls für den Pazifismus und Antimilitarismus festgestellt werden. Auch wenn PazifistInnen das Ideal des Kriegers ablehnten, so entkamen sie dennoch der Männlichkeit nicht. Auch ihr Bild des Mannes zeichnete aus, daß Mann sich in den "Dienst einer höheren Sache" zu stellen hatte, die zwar "nicht mehr der Nationalismus (war), sondern eine menschliche Gesellschaft. Freilich war die unabdingbare Voraussetzung hierfür, daß er zuerst seinen eigenen Geist als freies moralisches Wesen schulte". Mit der traditionellen Männlichkeit des Kriegers teilten sie somit "das Ideal der moralischen Reinheit", den Glauben, "daß allgemeingültige Verhaltensnormen entscheidende Attribute der Maskulinität seien".

Während z.B. Erich Maria Remarque in seinem Antikriegsroman "Im Westen nichts Neues (1929)" die "allgemeine Entmenschlichung auf dem Schlachtfeld" kritisierte, so werden trotzdem – oder gerade dennoch – die Verhältnisse unter den Soldaten romantisiert und männliche Eigenschaften wie Durchhaltevermögen und Gelassenheit in der Schlacht zustimmend beschrieben.

Für Bart de Ligt, einen der brillantesten Vertreter des radikalen niederländischen Antimilitarismus, stellte die einem Männlichkeitsideal huldigende Boy Scouts-Bewegung in England ein Vor-bild für "eine gewaltfreie Armee der Arbeit" dar. Für ihn sollte das "körperliche Training der neuen Jugend einen vom heutigen militärischen Training sehr verschiedenen Charakter haben; es wird für die Harmonie des gesamten Mannes arbeiten, welche nicht nur den Körper, sondern auch Gedanken und Geist beinhaltet."

Auch Kurt Hiller wehrte sich vehement dagegen, daß der Pazifismus dem *unmännlichen* zugeordnet wurde. Den Vorwurf, Pazifismus bezeichne *Friedfertigkeit* oder eine *Lammesgesinnung* wies er barsch zurück und betonte die *kämpferische Bewegung für eine Idee*. Hier zeigt sich wieder das Ideal des Kampfes für eine höhere Idee, in dem erst sich Männlichkeit beweist.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war diese Sicht nicht grundsätzlich gebrochen. Obwohl teilweise anerkannt wurde, daß Männlichkeit ein Faktor im Krieg ist – Theodor Michaltscheff schrieb z.B.: *«Wir sind ja von Haus aus, durch die Schule und durch die Tradition so erzogen, daß wir die Männlichkeit nur in dem Widerstand mit roher Gewalt und im Schwingen von Waffen sehen.»* – so ging es doch gerade darum zu zeigen, daß *«zum Handeln nach dem Gesetze der Liebe und der Gewaltlosigkeit eine weit größere Beanspruchung der wahren Männlichkeit nötig ist (Hervorhebung von mir, AS).»* Damit verbunden war wiederum, Angriffe auf die Männlichkeit der Antimilitaristen wegen fehlenden Mutes bzw. Feigheit zurückzuweisen. Der Mann bewies sich eben nicht mehr im Krieg, sondern durch den "Widerstand mit geistigen Mitteln" und durch das Erdulden von Unrecht. *«Worauf es beim Erdulden ankommt, ist der Geist, in dem angetanes Unrecht erduldet wird. Wenn es aus Angst geschieht, daß durch den Widerstand einem eventuell Schlimmeres passieren könnte, ist es Feigheit; wenn es aber aus innerer Kraft und weiser Einsicht erfolgt, dann ist es Männlichkeit erstes Ranges, die bei weitem die* Männlichkeit *der Gewalttäter übertrifft (Hervorhebung von mir, AS).»*

Erste Auseinandersetzungen mit Männlichkeit folgten erst ab Ende der 60er Jahre als Folge der Frauenbewegung. Sie waren daher eher Resultat eines äußeren Zwanges als innerer Einsicht, spiegelten aber mit Sicherheit auch die Wandlungen und Aufsplitterungen der hegemonialen Männlichkeit wieder (s.o.). Zumindest teilweise positiv wurde registriert, daß die Hippie-Bewegung daran ginge *«ein jahrhundertealtes, auf dem Boden des calvinis-tischen Kapitalismus gewachsenes Männlichkeits-Idol zu zerstören»*. Doch etwas zu optimistisch war wohl die Einschätzung, daß *«die Hippies und Gammler (vor)leben, daß ein Mann auch anders sein kann. Und schon scheint die Gesellschaftsordnung einzustürzen.»* Auch hier zeigt sich das bis heute anzutreffende Muster: die doch recht simple Abgrenzung vom Männlich-keitsideal des Kriegers, vom Mann, der *«Kraft, Stärke, Durchsetzungswillen, Rauhbeinigkeit, Leistungswillen, Überlegenheit, Härte, Kampfbereitschaft, ausstrahlen»* muß, der *«ganz schön was einstecken und austeilen können»* muß. Von diesem Bild des Mannes konnte Mann sich leicht ab-grenzen und einem anderen Ideal der Männlichkeit huldigen.

Viel verbreitet war zeitweise (und ist?) im Antimilitarismus bzw. in der Friedensbewegung allgemein eine Sicht auf das soziale Geschlecht, die von der Tatsache, daß patriarchale Männerherrschaft zu Krieg, Gewalt und Zerstörung der Umwelt geführt hat, für Frauen nun die Aufgabe ableitete, *die Welt zu retten*. Darin liegt die Gefahr eines Biologismus, der Frauen von Natur aus für friedfertiger und Männer für aggressiv und kriegerisch erklärt. Zu Ende gedacht wäre dies eine Bankrotterklärung antimilitaristischer Politik.

Aktuell problematischer und schwieriger zu überwinden ist ein *alternativer Machismo* der Aktionsformen, der den Grad des Engagements von Menschen an bestimmten Formen des Widerstandes oder der Anzahl und Dauer von Knastaufenthalten bemißt. Konfrontative Aktionsformen, aber auch *heldenhafte* individuelle Aktionen wie z.B. totale Kriegsdienstverweigerung – so sinnvoll sie auch sein mögen – bieten durchaus Anknüpfungspunkte für traditionelle Muster der Männlichkeit und können diese innerhalb der antimilitaristischen Bewegung reproduzieren.

Aus feministischer Perspektive viel kritisiert wurde ebenfalls die Betonung von *Leidensbereitschaft* im Rahmen der gewaltfreien Aktion, die zwar für Männer durchaus einen Ausbruch aus eher dominierenden Formen der Männlichkeit bedeuten kann (obwohl sie auch als *Männlichkeit erstes Ranges* uminterpretiert werden kann, s.o.), für Frauen aber die traditionelle Opferrolle reproduziert und somit gerade keinen Akt der Befreiung oder des Ungehorsams gegenüber gesellschaftlichen Rollenerwartungen darstellt.

Während also von Frauen Kritik an *männlichen Widerstandsformen* geübt wurde (und wird), gab es von Männern nur vereinzelt Forderungen, sich explizit mit Männlichkeit zu beschäftigen. In einem bezeichnenderweise aus dem Englischen übersetzten Artikel zu "Männlichkeit und Gewalt" aus dem Sommer 1977 heißt es z.B.: *«Wenn das Leitbild der Männlichkeit den Militarismus unterstützt, was kann dann den Frieden fördern? Weiblichkeit? Nein, denn auch dieses Leitbild wurde vom Patriarchat geschaffen. (...) Wir sollten unserer Kreativität erlauben, Definitionen hinter uns zu lassen, die das Patriarchat uns gegeben hat.»* Sie stellen fest, daß *«Männlichkeit und Gewalt so eng miteinander verbunden (sind), daß eines alleine nicht besiegt werden kann.»*

Auch 12 Jahre später stellte Uli Wohland noch fest, daß durch das Thema *«Militarismus und Männlichkeit ... vielleicht sogar der Kernbereich*

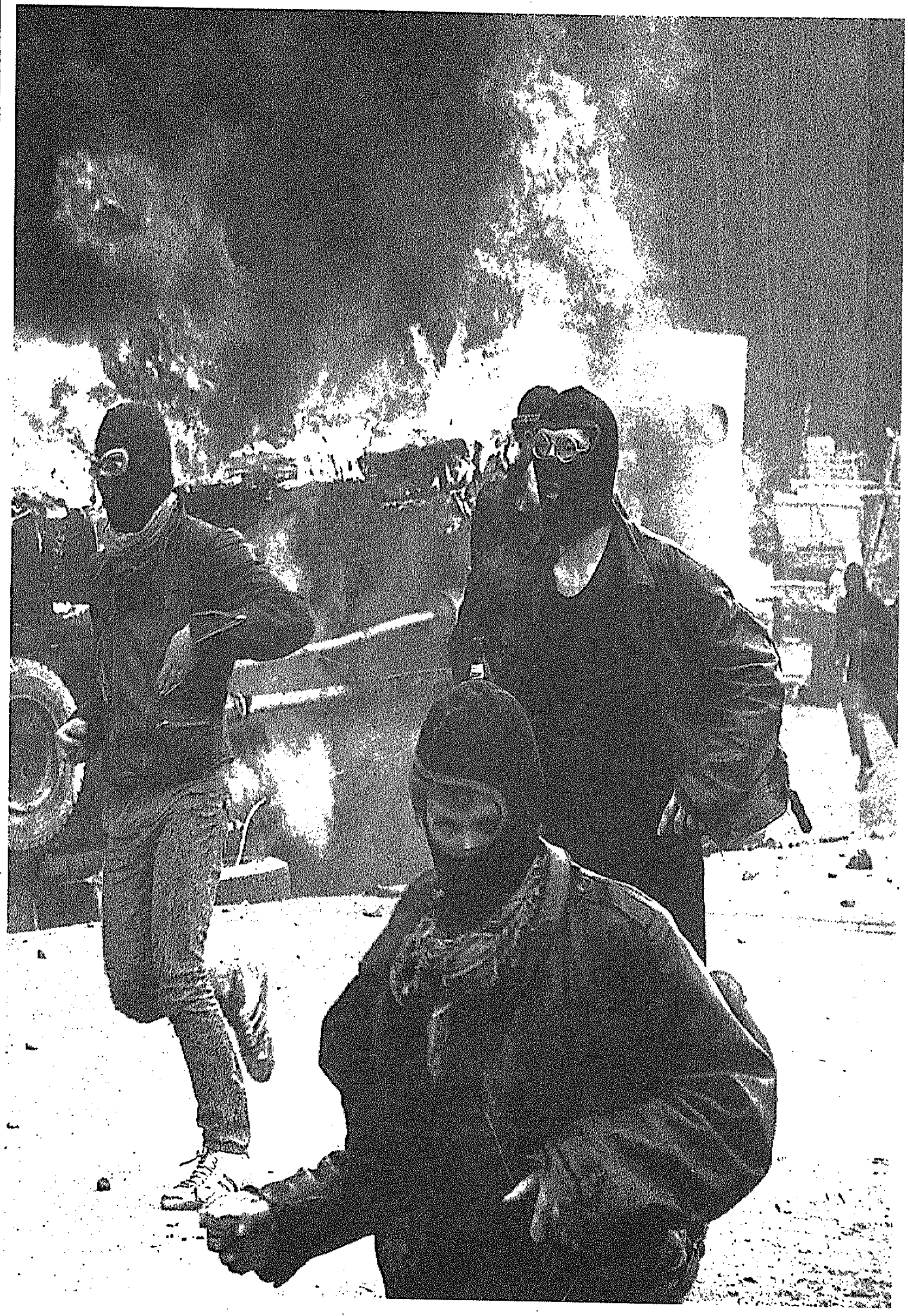


Foto: Manfred Linke/laif

unseres Mann-Seins berührt wird», und somit *«das übliche Desinteresse der Männer nur zu leicht in Verdrängung und Tabuisierung»* umschlägt. Er schloß mit der Forderung, *«eine Reihe von Praktiken und Begriffen, wie sie in der antimilitaristischen Bewegung, aber auch in libertären Kreisen Bedeutung be-sitzen, neu zu betrachten. ... Frieden, Macht, Herrschaft, Gewaltfreiheit und die Richtung antimilitaristischer Arbeit überhaupt. Erste Aufgabe wäre es freilich, sich den sexistischen Strukturen in der eigenen politischen Gruppe zu stellen und die Mittäterschaft auch antimilitaristischer, anarchistischer Männer an Patriarchat und Militarismus zu thematisieren.»*

Schluß

Uli Wohlands Forderungen sind auch weitere 10 Jahre später noch ungelöst. Während natürlich sexistische Strukturen – meist auf Forderung von Frauen – heute stärker thematisiert werden als vielleicht vor 10 oder 20 Jahren, so begnügt sich auch heute noch der *anti-militaristische Mann* im wesentlichen mit einer Abgrenzung vom Bild des Kriegers und ansonsten Nichtbeschäftigung mit dem Thema Männlichkeit. Dabei dürfte deutlich sein, daß das *Bild des Mannes* einen wesentlichen Faktor bei der Aufrechterhaltung des Militarismus darstellt, und Nichtbeschäftigung sich somit rächt.

Die Zunahme der KDV-Zahlen seit den 70er Jahren kann durchaus auch mit einem Wandel der hegemonialen Männlichkeit in Verbindung gebracht werden, ohne dabei zu vergessen, daß auch diese neuen Formen der Männlichkeit weiterhin patriarchal sind. Die aktuelle Stagnation oder gar der Rückgang der Kriegsdienstverweigerung könnte somit durchaus auch mit einem Revival aggressiverer, auf Dominanz beruhender Formen der Männlichkeit zusammenhängen.

Auch wenn in absehbarer Zeit mit einer Abschaffung der Wehrpflicht zu rechnen ist, so wird auch in Zukunft gerade der Wunsch, *zum wahren Mann zu werden*, eine Triebkraft für Zeit- und Berufssoldaten sein. Umgekehrt führen aggressive Männlichkeiten auch allgemein-gesellschaftlich zu größerer Akzeptanz militärischer *Konfliktlösungen* und stehen damit einer grundsätzlichen Entmilitarisierung im Wege. Die Auflösung bestehender Vorstellungen von Männlichkeit (und Weiblichkeit), das Verständnis des *«Spiels der sozialen Kräfte, in dem soziales Geschlecht eine wesentliche Rolle spielt»* (Connell), ist daher für den Antimilitarismus unabdingbar.

Wenn Militarismus und Männlichkeit nur zwei Seiten der gleichen Medaille sind, wie in diesem Beitrag behauptet wird, so kann ein Antimilitarismus, der sich selbst ernst nimmt, nur antipatriarchal sein, muß den *radikalen Bruch mit Männlichkeit* zu einem Kernbestandteil seiner theoretischen Analyse und politischen Praxis machen.

Andreas Speck ist Redakteur der Graswurzelrevolution.

Resonanz

Zur Geschichte des Schwarzen Fadens

von Bernd Drücke

In seinem neuen Buch über die Anarchistische Presse im Nachkriegsdeutschland liefert Bernd Drücke auch eine ausgiebige Auseinandersetzung mit unserer Zeitschrift von ihren Anfangsjahren bis ins Jahr 1996. Wir drucken seine Sicht der Dinge hier ab, weil es ihm gelungen ist, unsere Arbeit und unsere Herangehensweise durchsichtig zu machen, sodaß auch neuere LeserInnen ein wenig Einblick in unser Innenleben erhalten. Wir haben den Buchabschnitt an vielen Stellen gekürzt, speziell auch die Namen weggelassen, diese mag jedeR Interessierte im Buch selbst nachlesen.

"*Schwarzer Faden*, die Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit hat die Zeichen der Zeit verstanden: "Und Berlin? Berlin? Das dort, wo "wir" neuerdings Silvester feiern. Also: Berlin wird kein soziales Netz nötig haben. Berlin wird Hauptstadt; Kreuzberg wird Regierungsviertel! Satt Kiezmiliz - BGS-Panzer und Bannmeile; statt 1. Mai-Randale - 9. November-Jubelparade durchs Brandenburger Tor."

die tageszeitung, 4.5.1990

"Wie ein roter Faden zieht sich gründliche Skepsis durch die Beiträge, die sich im Schwarzen Faden mit dem Thema "multikulturelle Gesellschaft" befassen(...)."

Neue Züricher Zeitung, 20.11.1991

"Wer nicht an den Schlaf der Gerechten glaubt und nicht an die Langeweile traditioneller Politikansätze, sollte den SCHWARZEN FADEN abonnieren!"

Selbstanzeige in Schwarzer Faden 4/95 (Nr. 55)

Zu einem Zeitpunkt, als bundesweite anarchistische Periodika, wie z.B. der *Engel Luzifer* und *Der Schwarze Gockler, der im Dunkeln kräht* nur unregelmäßig herausgebracht wurden und es neben Gruppenorganen, wie der von der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) verantworteten gewaltfrei-anarchistischen *Graswurzelrevolution* und der anarchosyndikalistischen *direkten aktion* kaum noch überregionale und vom Anspruch her übergreifende, anarchistische Zeitschriften gab, diskutierten AnarchistInnen auf der Frankfurter Gegenbuchmesse 1979 die Gründung einer neuen bundesweiten Zeitschrift.

Als Anschubfinanzierung für das Projekt diente eine Einlage von jeweils einigen hundert Mark, die von sieben, aus unterschiedlichen Teilen der Bundesrepublik kommenden Gründungsmitgliedern in die gemeinsame Kasse eingezahlt worden waren. Im Mai 1980 brachte das überwiegend aus MitarbeiterInnen der anarchistischen Verlage "Büchse der Pandora" und "Trotzdem" bestehende Gründungskollektiv in Reutlingen rund 500 Exemplare der Nullnummer des *Schwarzen Fadens* heraus.

"Der Faden sollte sich langsam spinnen und den Beteiligten die Chance lassen, sich mitzuentwickeln und die Zeitschrift nach und nach zu verbessern. Dennoch waren wir übervorsichtig, so daß unsere Nullnummer nach vier Wochen ausverkauft war; erfolgreich war sie ebenfalls, denn sie führte wegen eines Artikels mit RAF- und Staatskritik zu bösen Briefen seitens gefangener RAF-Mitglieder und zum Berufsverbot für zwei RedakteurInnen. Wir waren also auf dem richtigen Weg!"

Seitdem informiert der vom Trotzdem-Verlag herausgegebene *Schwarze Faden* regelmäßig über libertäre Tendenzen weltweit und stellt radikale Denk- und Aktionsansätze für eine politische und kulturelle Gegenbewegung zur Diskussion. Enthalten sollte dabei möglichst jede Nummer "ca. 1/3 aktuelle Themen und Diskussion, ca 1/3 Theorie oder Hintergrundinformationen und ca 1/3 Kultur und/oder Geschichte und/oder "Unterhaltsames", so ein Anspruch der Redaktion. Anders als der ebenfalls 1980 gegründete und bundesweit verbreitete *Galgenvogel*, der ausschließlich übersetzte Artikel, u.a. aus US-amerikanischen, britischen, italienischen, spanischen und französischen anarchistischen Zeitschriften veröffentlichte, erschien der noch auf Umweltschutzpapier gedruckte *SF* anfangs ohne gesetztes Schriftbild und mit niedriger Auflage.

Um nicht als Konkurrenzblatt zum *Galgenvogel* zu erscheinen, publizierte die Redaktion zunächst nur wenige Übersetzungen.

"Doch der Galgenvogel kreiste nur zwei Nummern, dann setzte er aus ökonomischen Gründen zum Sturzflug an". Seitdem wurden im Schwarzen Faden häufig auch übersetzte Artikel aus der internationalen anarchistischen Presse abgedruckt.

Durch die Anschaffung u.a. von Computern, Fax und Laserdruckern verbesserten sich die technischen Möglichkeiten. Im Laufe der Jahre lernten die RedakteurInnen setzen, das von Anfang an übersichtliche, mit vielen qualitativ hochwertigen und schönen Fotos angereicherte Layout wurde zunehmend professioneller, die Druckqualität verbessert und die Seitenzahl von 1980 bis 1994 peu á peu von 40 auf 76 erhöht.

Die Resonanz war groß und so stieg die verkaufte Auflage schrittweise von 900 über 1.200 auf 1.500 und seit Mitte der achtziger Jahre schwankt sie zwischen 2.000 und 3.300.

Im Anschluß an eine Organisationsdiskussion gründete die Redaktion 1983 das FLI (Forum für libertäre Informationen). Das FLI sollte die Lehre aus diversen anarchistischen Organisationsversuchen ziehen, welche "allesamt mit viel gutem Willen und wenig erarbeiteten Inhalten begannen und nach kurzer Zeit wieder zusammenbrachen. Bevor sie im *Schwarzen Faden* publik gemacht würden, sollten Positionen mit dem Forum für libertäre Informationen diskutiert werden. Dort sollte eine theoretische Basis erarbeitet und die Inhalte verstärkt in die Diskussion getragen werden. Das FLI sollte sich zu einem Zusammenhang entwickeln, der sich gesamtgesellschaftlich einmischt.

Neben dem internen *FLI-Rundbrief* entstanden einige zum Teil langlebige Arbeitsgruppen zu Themen, wie Anarchafeminismus/Patriarchatskritik, Antipädagogik, Arbeit/Zerfall der Arbeit, Sowjetunion, Neoliberalismus, Sozialtechnologie u.a. (...).

Im Lauf der Jahre wurde das Kollektiv recht häufig in Konflikte verwickelt, "sei es aus eigener "Schuld" durch die Publikation eines Artikels, sei es aus der Weigerung einen Artikel abzu-

drucken, oder auch nur, weil wir an unsere persönlichen Grenzen stoßen von vielen Seiten angesprochen werden und längst nicht mehr alles - auch nicht unsere eigenen Ansprüche - einlösen können".

Bis zu der im Juni 1985 herausgebrachten "Kulturnummer" (Nr. 18 - 2/85) wurde der Untertitel"Anarchistische Vierteljahresschrift" beibehalten.

Nachdem im Sommer 1985 eine Nostalgienummer mit ausgewählten Beiträgen aus den ersten dreizehn, vergriffenen Ausgaben herausgebracht worden war, erschien im September die Nr. 19 - 3/85 mit dem Untertitel "Vierteljahresschrift für außerparlamentarische Opposition" und im Dezember 1985 die mit "fachzeitschrift für anarchie und luxus" untertitelte Sondernummer *"Verfall und Auflösung der Arbeit"*.

Schließlich entschlossen sich die MacherInnen zur Wiederbelebung einer Transparentparole, mit der sie in den 70er Jahren gegen NPD-Parteitage losgezogen waren: *"Lust und Freiheit wollen wir, doch nicht diese Nazis hier!"*

Bis auf wenige Ausnahmen wurde der Untertiel "Vierteljaresschrift für Lust und Freiheit" von Januar 1986 (Nr. 20 - 1/86) bis heute beibehalten. So sollte der Anspruch umschrieben werden, daß anarchistische Politik Spaß machen kann und soll.

Die Redaktion verstand die "Lust" dabei weniger begrenzt auf den reinen Text, sondern bezog Grafiken, Photos und das Layout mit ein. Was den Text betreffe, so wünsche sich das Kollektiv durchaus mehr Spaßguerilla und lehne satirische Beiträge auch nicht grundweg ab.

"Leider ist aber kein Redaktionsmitglied mit satirischem Talent gesegnet."

Oft kritisierten LeserInnen, daß die "Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit" selten lustvoll sei, dafür manchmal "übermäßig aufgeschwemmte Diskussionen über inneranarchistische Fraktionsquerelen" enthalte und die inhaltliche Gewichtung und intellektuelle Sprache die Publikation "zum Kummer einiger als eine Art Anarcha/o-"Intelligenzblatt" erscheinen" lasse.

Im Mai 1988 erschien eine vom Trotzdem-Verlag, dem FLI und einer erweiterten Redaktion herausgegebene "Sondernummer Feminismus-Anarchismus."

Wie die Geschichte des Anarchismus sei erst recht die der anarchistischen Frauen eine "untergegangene" Geschichte, so die MacherInnen.

Der Anarchafeminismus aber sei in aller Munde und stoße auf großes Interesse. Zum Teil artikuliere sich hier das "Bedürfnis von Frauen aus anarchistisch/autonomen Kreisen, ihr Unbehagen in die Bewegung, ihre Beziehungen zu den Männern in der Bewegung zu reflektieren."

Ein breites Spektrum von Frauen und Männern diskutiere unter dem neuen Schlagwort "Patriarchatskritik", wobei die unterschiedlichsten Begriffe verwandt würden.

"Alle meinen sich zu verstehn - doch bei genauerem Hinhören meint jede/r etwas anderes."

Der Anarchafeminismus lege Wert darauf, den Begriff vom "Patriarchat" weiter zu fassen als es das Schlagwort von der "Herrschaft der Männer über die Frauen" beinhalte. Männer seien von patriarchalischem Denken und Verhalten geprägt, das subjektiv nicht unbedingt als "Unterdrückung" erlebt werde und dennoch aktiv bekämpft weden müsse.

Anarchafeminismus begreife Herrschaft - in jeder Hinsicht - als das Problem", nicht allein ihre patriarchalischen Manifestationen.

Denn von diesen seien Frauen alle auf verschiedene Weise betroffen. Die *Divergenz* im angeblichen "WIR" aller Frauen äußere sich bei Feministinnen u.a. im Fehlen einer gemeinsamen Utopie, einer gemeinsamen Vision.

Zwar würden vom Feminismus viele patriarchalische Haltungen und Institutionen als Problem erkannt. Dennoch existiere bislang keine gemeinsame Definition davon, was das "Patriarchat" sei und wie es bekämpft werden könne.

In der Sondernummer konzentrierten sich die Beteiligten auf den thematischen Schwerpunkt inhaltlicher Kritik an feministischen Positionen.

So sollte zu einer Radikalisierung der feministischen Gesellschaftskritik beigetagen werden - die bei vielen feministischen Strömungen lediglich in einer "positiven Diskriminierung" bestehe.

In dieser Ausgabe sollte versucht werden zu zeigen, wie sich Anarchismus und Feminismus komplementieren könnten. Obwohl sich nur wenige Frauen ausdrücklich als Anarchafeministinnen begreifen würden, sei der anarchafeministische Impuls in vielen Diskussionen unterschwellig vorhanden. Er trete überall in Erscheinung, wo Feministinnen/Anarchistinnen gegen staatliche Macht - oder patriarchale Unterdrückungsstrukturen rebellieren.

Die erste Auflage von 3.000 dieser herausragenden, 68seitigen Sondernummer, war ebenso schnell vergriffen, wie die im Sommer 1989 gedruckte zweite, überarbeitete und um einen Artikel von Rosella Di Leo erweiterte Neuauflage von 1.400. Seit Mitte der achtziger Jahre öffnete sich die Redaktion zunehmend auch anderen linksradikalen Strömungen. Dies gefiel nicht allen Libertären und führte nicht selten zu kontroversen Diskussionen außer- und innerhalb des SF.

So kritisierte im Frühjahr 1990 Eduard Kaesling in einem Leserbrief die Öffnung und die Arbeit der Redaktion.

Über wiederholte oberlehrerhafte Hinweise, wie der jeweilige nachstehende Text zu lesen" sei über das "häufige Weglassen von ganzen Textpassagen" oder die "inhaltsleere und unsolidarische Anmache anderer libertärer Richtungen (z.B. die Libertarians) oder Zeitungen (z.B. die Frühstückstischpolemik gegenüber der Graswurzelrevolution in SF 32)" könne nicht immer "ohne Magenschmerzen" hinweggesehen werden. Da sich die *SF*-Redaktion in der Auswahl ihrer Artikel "anscheinend dem autonomen, nicht-anarchistischen Spektrum" öffne, sei vor einer weiteren Entwicklung in diese Richtung zu warnen, so Kaesling.

"Mag sich auch eine autonom gefärbte libertäre Zeitschrift besser verkaufen", so könne doch "dieser Mentalität nur widersprochen werden."

Es dürfe nicht angehen, "daß in den letzten Nummern Inhalte angeboten werden, die zu einem nicht unerheblichen Teil entweder autonom-marxistischen Inhalts und/oder von autonomen AutorInnen stammen (...) bzw. überhaupt keine libertäre Ausrichtung einnehmen."

In der gleichen Ausgabe des Schwarzen Fadens beantwortete die Redaktion Kaeslings Kritik.

Redaktionelle Vorbemerkungen werde es auch in Zukunft geben, um damit Bezüge zu schaffen, eigene (eventuell abweichende) Positionen zu verdeutlichen oder Zusatzinformatio-

nen zu geben.

Damit sei aber keine Bevormundung der VerfasserInnen oder LeserInnen beabsichtigt. Auslassungen seien nach Ansicht der RedakteurInnen häufig notwendig, weil die Artikel sich entweder selbst wiederholen oder zu lang seien.

Der SF verstehe sich seit seiner Gründung "im Gegensatz z.B. zur Interim" als eine Zeitschrift, die nicht grundsätzlich alles abdrucke, was ihr angeboten werde.

"Würden wir es machen, wäre der SF unserer Meinung nach wirklich nicht wiederzuerkennen und voll mit "marxistischen, grünen usw. Inhalten, da diese Menschen nach wie vor häufig intensiver arbeiten als AnarchistInnen."

Auf Kaeslings Kritik am Umgang mit anderen libertären Richtungen, räumte die Redaktion ein, daß ihr bisweilen "die Pferde durchgehen", andererseits fehle ihr das Verständnis dafür,daß eine Kritik meist schlimmer gefunden werde als das, was die Redaktion kritisiere.

"Gibt's nichts zu kritisieren an der Libertarian Party, am (neuerlichen) Silvio Gesell-Boom? Sind solche Strömungen - um Öl ins Feuer zu gießen - überhaupt anarchistisch"? Weshalb war unsere Kritik politisch inhaltsleer? Oder ist es nicht vielmehr so, daß wir gerade einen politischen Standpunkt vertreten, der von manchen AnarchistInnen nicht geteilt wird, aber dennoch ebenfalls "anarchistisch" ist?"

"Zunächst halten wir die Autonomen nicht ausschließlich für Marxisten, sondern gehen davon aus, daß sich sehr viele anarchistischgesinnte Menschen unter ihnen befinden. Anders ausgedrückt: die Autonomen sind unserer Meinung nach für verschiedene Theorieansätze offen, darunter auch für den anarchistischen. Als Anarchisten haben wir deshalb ein natürliches Interesse in die Diskussion mit Autonomen und über ihre Inhalte zu kommen."

Es gehe der Redaktion darum, authentisch zu berichten und deshalb sei es ihr lieber, wenn Autonome im *SF* über ein Autonomes Zentrum schreiben, als wenn dies Außenstehende tun.

Der *Schwarze Faden* wolle seit seiner Gründung ein Diskussionsforum aller antiautoritären Strömungen sein und bevorzugt die zu Wort kommen lassen, die sich sozial, künstlerisch und gesellschaftspolitisch engagieren.

Die aus aktiven, politischen Zusammenhängen kommende Redaktion wolle den Bezug zu einer aktiven, "lebendigen" Basis nicht zugunsten "reiner" Theorie verlieren.

"Was wiederum nicht heißt, daß wir uns nicht weiterhin um die Aktualisierung anarchistischer Theorie kümmern bzw. anarchistische Klassiker (im Trotzdem Verlag) neu auflegen. Vielleicht sollten vorschnelle KritikerInnen auch mal Verlagsproduktion und SF zusammen betrachten, denn beides wird von denselben Leuten gemacht!"

Fünfzehn Jahre nach Erscheinen der ersten Ausgabe äußerte sich die Redaktion erfreut über das kontinuierlich gesteigerte Interesse der LeserInnen, der AbonnentInnen und AutorInnen, die ihr vermehrt und aus eigenem Entschluß ihr Artikel zum Abdruck zusenden.(...)

Die im *SF* veröffenlichten Beiträge wurden von der Redaktion bisher immer u.a. nach inhaltlichen und qualitativen kriterien ausgewählt. Häufig wurden aus zugeschickten Flugblättern Kurzmeldungen fabriziert und versucht, gegen die "eigenen Szene-Mythen" anzuschreiben.

Grundsätzlich gelte, "daß wir keine Texte veröffentlichen, die vorher woanders abgedruckt wurden... Woanders bezieht sich dabei auf die A-Scene und Autonome sowie Überregionales wie taz und Konkret. Weniger auf Zeitschriften, die nur ein eingeschränkter Kreis interessiert und wo wenige Überschneidungen zu befürchten sind."

Nichts sei so schnell "überflüssig" wie eine Nummer, die einige Beiträge enthalte, "die schon da waren."

Problematisch sei, daß die Redaktion sehr viele überlange Artikel erreichen, wärend das Gros der LeserInnen lieber kürzere lese. Es sei schon passiert, daß sie aufgrund der länge einen Beitrag verschieben mußten, der dann woanders erschienen ist. Den LeserInnen wolle die Redaktion jedoch maximal zwei überlange Artikel pro Ausgabe zumuten.

Ihrem Anspruch eine Zeitschrift "gut" machen zu wollen, konnte die Redaktion des *Schwarzen Fadens* meist gerecht werden.

Und so hat das seit 1985 in Grafenau herausgegebene Magazin nicht nur in der libertären Szene der Bundesrepublik den Ruf, "Pflichtlektüre", ein "anarchistisch-intellektuelles Exklusivblatt" und eines der wenigen "Theoriemagazine mit umfangreichem Kulturteil aus den sozialen Bewegungen", mit "gut layouteten Seiten voller Grafiken und Fotos" sowie mit z.T. interessanten und kompetenten Artikeln zu sein.

Der Verfassungsschutz bescheinigte ihm "überregionale Bedeutung als Diskussions-und Informationsforum libertärer und autonome Gruppen," und Hermann Kurzke rief sogar in der nicht gerade als staatsfeindlich geltenden Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf: "Lieber gleich den *Schwarzen Faden* abonnieren, den Knast enttabuisieren, die Volkszählung boykottieren, den Terror kritisieren (...)"



Bisher brachte der *Schwarze Faden* Beiträge von mehr als 500 verschiedenen Menschen und Gruppen aus der libertären, undogmatisch linksradikalen und autonomen Szene.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die "wichtigste anarchistische Zeitschrift der achtziger Jahre" ihre herausragende Position auch in den neunziger Jahren behaupten konnte und der *Schwarze Faden* bis heute - trotz eines Verkaufspreises von mittlerweile 8.- DM - die angesehenste anarchistische Zeitschrift in der Bundesrepublik geblieben ist.

Bernd Drücke: Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht?
Anarchismus und libertäre Presse in Ost und Westdeutschland 1985-1996, ca.700S., DM 49,90, Verlag Klemm & Oelschläger, Ulm

Ferdinand Groß

(Wien 1908 Graz 1998)

Aus dem Leben eines österreichischen Anarchisten und Antimilitaristen

von Reinhard Müller

Am 12. Jänner 1998 verstarb in Graz einen Monat vor seinem 90. Geburtstag einer der letzten aus der ‚alten Garde' der anarchistischen Bewegung in Österreich. Manchem wird er durch seine zweiundzwanzig Jahre hindurch erschienene Zeitschrift „Befreiung" bekannt sein, manchem auch durch Begegnungen im privaten Rahmen oder bei Anarchistentreffen. Und wohl keiner, der ihn persönlich kannte, wird seine außergewöhnliche Energie und seine ständige Bereitschaft zur Überzeugungsarbeit vergessen. Wie unwichtig ihm dabei die Geschichte seines eigenen Lebens war, fiel mir erst auf, als ich diesen Nachruf schreiben wollte. Ich konnte mich wohl stundenlanger Gespräche zu aktuellen Problemen oder zum Anarchismus im allgemeinen entsinnen, aber Näheres über sein Leben, an dessen beispiel- und vorbildhafter Führung ihm so sehr gelegen war, mußte ich erst anhand zahlreicher Notizen, die ich mir während unzähliger Gespräche machte, sowie aus alten Tonbandabschriften aus den Jahren 1986 und 1989 wieder zusammenbauen.

Ferdinand Karl Gross so die amtliche Schreibung seines Namens wurde am 11. Februar 1908 als Kind des Hutmachers Wenzel Gross und der Hausfrau Maria Gross, geborene Kreusel, in Wien geboren. Er war noch keine elf Jahre alt, als der Erste Weltkrieg endete, in dessen Folge eine verheerende Hungersnot über Wien hereinbrach. Der tränenreiche Abschied vom Vater, als er zum Kriegsdienst einrücken mußte, gehörte zu seinen frühesten Erinnerungen. Auch der Zusammenbruch der k.u.k. Monarchie Österreich-Ungarn und die Errichtung der Republik Österreich blieben in seinem Gedächtnis. *Doch der Hunger*, erzählte er mir 1986, *ist das, an was ich mich wirklich erinnere. Das andere, der politische Systemwechsel, war nur dumpfes Hintergrundgrollen. Aber daß der Krieg an der ganzen Misere Schuld war, wußte ich schon damals.* Bedrückend wirkte auch der frühe Tod seiner Mutter. Nach dem Abschluß der Grundschule in Wien zog Ferdinand Gross mit seinem Vater und den Geschwistern zur Stiefmutter nach Graz, wo er 1922 bis 1925 eine Schlosser- und Dreherlehre bei den Puch-Werken absolvierte.

1925/26 nahm Ferdinand Gross erste Kontakte zu sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen auf, besuchte deren Veranstaltungen und machte sich ein wenig mit der einschlägigen Literatur vertraut. Wenn wir ihm glauben dürfen, konnte er schon damals seinen Mund nicht halten. Jedenfalls endete sein immer stärker nach außen getragenes politisches Engagement für die ‚linke' Arbeiterbewegung mit dem Verlust seines Arbeitsplatzes. Als offizieller Grund mußte ein Krankenstand herhalten; er hatte eine Blutvergiftung und mußte operiert werden. Schon länger hegte er den Plan, gemeinsam mit einem Freund nach Brasilien auszuwandern. Die beiden Freunde begaben sich 1926 auf die Walz und marschierten bis Hamburg, von wo aus sie sich nach Übersee einschiffen wollten. Als die Firma, welche die geplante Auswanderung organisieren sollte, pleite machte, standen die beiden mittellos und ohne Arbeit da. Also marschierten sie weiter nach Luxemburg, wo sie sich in der Hauptstadt niederlassen wollten. Das Arbeitsamt verwies sie jedoch aufs Land, wo sie als Hilfsarbeiter beim Gleisbau Arbeit fanden. Dadurch erhielten sie auch eine Aufenthaltsgenehmigung, und so konnten sie nun eine berufliche Verbesserung anstreben: Sie wurden Hilfsarbeiter in einem Hüttenwerk. Bald danach trennten sich die Wege der Freunde: Der eine zog weiter nach Frankreich, Ferdinand Gross blieb in Luxemburg, wo er in einer Schlackenmühle zur Kunstdüngerproduktion, später in einem Walzwerk als Walzer, zuletzt zwei Jahre im Erzabbau unter Tag arbeitete. Wegen seines schroffen Verhaltens gegenüber dem Direktor anläßlich einer ungerechten Beschuldigung entlassen, konnte er in Luxemburg keine Arbeit mehr finden und kehrte nach fünfeinhalb Jahren im Ausland Anfang 1932 nach Graz zurück. Diese Luxemburger Jahre äußerster materieller Not und existentieller Unsicherheit, so betonte Ferdinand Gross später öfters, waren ihm eine soziale Schule. Eine Schule, die ihm die Angst vor dem Leben nahm und die ihm die Gewißheit gab, in jeder Lage den aufrechten Gang gehen zu können. Das



Foto: Nachlaß Ferdinand Gross

war eine wichtige Erkenntnis: Die Not kann gar nicht so groß sein, daß man nicht trotzdem zu seiner Gesinnung offen und freien Herzens stehen kann. Irgendwie fand ich immer mein Brot, auch wenn ich den Ausbeutern und Unterdrückern nicht nach dem Maul redete. Ich weiß eigentlich nicht mehr, was ich damals wirklich war: Sozialist? Kommunist? Ich glaube, innerlich war ich damals schon Anarchist, aber halt noch mehr ein Anarchist des Herzens. Es war jedenfalls damals, daß ich von den marxistischen Parolen genug hatte und erstmals anarchistische Ideen kennenlernte.

Doch auch in Graz erwartete ihn das Schicksal der Arbeitslosigkeit. Zunächst lebte er von der Arbeitslosenunterstützung. In diesen Jahren engagierte er sich in der sogenannten „Friedlandsiedlung" in Unterwald bei Tregist, einem Ort in dem nahe Graz gelegenen Kohlenrevier. Ein Tiroler plante hier die Errichtung einer Arbeitslosen-Siedlung und hatte dafür ein etwa 40 ha großes Grundstück gekauft. Als das Projekt scheiterte, kehrte er nach Graz zurück, wo er allerdings erst nach beinahe sechs Jahren Arbeitslosigkeit 1937 als Dreher wieder in den Puch-Werken Arbeit fand.

Doch wichtiger war ihm wohl, was er hier in Graz erlebte. Bald nach seiner Rückkehr aus Luxemburg versuchte der begeisterte Sänger, der bis wenige Wochen vor seinem Tod jeden Tag mit Gesangsübungen begann, einem Arbeiterchor beizutreten, und stieß auf die „Sängerrunde ‚Freiheit'". *Der Name sagte mir zwar nichts, aber „Freiheit" klang schon einmal gut*, erzählte er mit ironischem Lächeln. Er ließ nun seine Stimme schulen (Tenor, doch die Falsett-Technik ermöglichte es ihm, auch Sopran zu singen), teils in einer Grazer privaten Gesangsschule, teils am Konservatorium der Stadt Graz. Bald erreichte er jenes professionelle Niveau, daß es ihm noch in den 1960er Jahren ermöglichte, im Gemischten Chor des Grazer Opernhauses mitzusingen. Jedenfalls wurde Ferdinand Gross in der „Sängerrunde ‚Freiheit'" willkommen geheißen. 1933 trat dieser Chor anläßlich einer Rede des österreichischen Anarchisten Pierre Ramus (d.i. Rudolf Großmann) in Graz auf, und Ferdinand Gross traf zum erstenmal sein großes Vorbild persönlich bis 1934 sollte es noch zu mehreren solchen Begegnungen kommen. Ferdinand Gross, der den Namen ‚Ramus' zuvor nur gehört hatte, war nun vom Menschen Ramus begeistert und verschaffte sich alle nur erreichbaren Schriften dieses zwischen syndikalistischem und kommunistischem Anarchismus angesiedelten Denkers, der Antimilitarismus und Pazifismus ins Zentrum seiner Weltanschauung rückte. Die Bücher und Broschüren wurden dann in mühevoller Kleinarbeit studiert, *denn das Lesen ging damals noch nicht so gut*. Die Person Pierre Ramus' und *die weltanschauliche Ausrichtung seiner Schriften, unter denen mir „Das anarchistische Manifest", „Die Neuschöpfung der Gesellschaft durch den kommunistischen Anarchismus" und „Die Irrlehre und Wissenschaftslosigkeit des Marxismus im Bereich des Sozialismus" als die wichtigsten erscheinen, sind so etwas wie eine Meßlatte, mit der man seinen eigenen Standort bestimmen kann. Doch die eigentliche Herausforderung war nun, die Überzeugungen, zu denen mich Ramus, aber auch Kropotkin, gebracht hatten, auf meinen eigenen Alltag anzuwenden, auf mein ganz persönliches Leben wie auf mein Leben innerhalb der Bewegung, deren Richtung ich zwar durch Ramus vorgezeichnet fand, aber deren konkrete Gestaltung erst im Kampf mit den jeweiligen Problemen erfolgte*. Ferdinand Gross wurde nun zum Genossen Ferdinand, von vielen liebevoll ‚Ferdl' genannt.

Ferdinand schloß sich dem „Bund herrschaftsloser Sozialisten" (B.h.S.) an, eine von Pierre Ramus nach dem Ersten Weltkrieg gegründete „föderative Vereinigung örtlicher Gruppierungen, die in freier Autonomie miteinander verbündet sind," wie es in den 1922 beschlossenen Leitsätzen und Richtlinien hieß. Die Grazer Gruppe des nie als Verein begründeten „Bundes herrschaftsloser Sozialisten" organisierte sich in dem 1893 von Anarchisten gegründeten „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Verein", der durch die Anhänger Pierre Ramus' nach dem Ersten Weltkrieg wiederbelebt wurde

und im Verhältnis zur Einwohnerzahl die größte Ortsgruppe des „Bundes herrschaftsloser Sozialisten" bildete.

Nach dem ‚Anschluß' Österreichs ans Deutsche Reich im März 1938 spitzte sich die Lage der Anarchistinnen und Anarchisten in Graz zu. Fast alle überlebten den Nationalsozialismus durch Still- und Ruhighalten. Nur Ferdinand setzte seine Agitation zunächst durch Verteilen alter Nummern von Pierre Ramus' Zeitschrift „Erkenntnis und Befreiung" in den Puch-Werken fort; er hinterlegte die Zeitschriften einfach in den Gemeinschafts- und Umkleideräumen. Noch ehe man ihn als Urheber dieser Aktion ausforschen konnte, wurde er aus anderen Gründen verfolgt. Am 1. März 1939 wurde er von der GeStaPo festgenommen und verhört. Dabei bekannte er sich und wer Ferdinand kannte, weiß, mit welcher Inbrunst er dies vorgebracht haben wird offen als *herrschaftsloser Sozialist, Anarchist* und bezeichnete sich als Kriegsgegner. Mit der Drohung, daß er bei der kleinsten Auffälligkeit ‚nach Dachau' kommen werde, wurde er entlassen. Doch er sollte sich seiner Freiheit nur kurz freuen. Beim Abschluß einer von Nationalsozialisten in den Puch-Werken veranstalteten Feier anläßlich der Okkupation der Tschechoslowakei im März 1939 verweigerte er den ‚obligaten' Deutschen Gruß. Deswegen denunziert, wurde er „wegen politischer Unzuverlässigkeit" entlassen. Kurz danach erhielt er eine Vorladung der GeStaPo. Nichtsahnend und offensichtlich voller Zuversicht fuhr er mit dem Fahrrad zur Grazer Polizeidirektion, wo er sofort inhaftiert wurde. Nach drei Monaten Untersuchungshaft wurde er als ‚Schutzhäftling' „auf unbestimmte Zeit" nach Dachau transportiert: Zunächst kam er in die sogenannte ‚Liesl', ein Sammelgefängnis in Wien, dann in einem der berüchtigten Bahntransporte nach Dachau. Kahlgeschoren, im ‚Zebra', der bekannten Häftlingskleidung, und mit aufgenähtem roten Winkel, der ihn als politischen Häftling auswies, bezog er im Konzentrationslager Dachau den Block 1. Aber schon Anfang Herbst 1939 wurde er ins Konzentrationslager Flossenbürg (Bayern) verlegt, wo er im berüchtigten Steinbruch geschunden wurde. Im Frühjahr 1940 wurde er wieder ins Konzentrationslager Dachau rückverlegt, wo er Stubenältester bei inhaftierten polnischen Geistlichen wurde, später bei russischen Kriegsgefangenen tätig war. Im Sommer 1944 wurde er zum Straftransport abkommandiert, was einem Todesurteil gleichkam. Im Viehwaggon wurde er ins ‚Arbeitslager' Neckarelz bei Mosbach (Baden-Württemberg) gebracht, wo er in einem aufgelassenen Gipswerk für die Fortführung der Rüstungsindustrie arbeiten mußte. Zunächst wieder Stubenältester, meldete er sich dann zum Arbeiten und war zunächst für die Wartung des Werkzeugs zuständig, dann als Kantineur tätig. Nach der Bombardierung des nahegelegen Dorfes wurde er zum Rücktransport nach Dachau abkommandiert. Auf dem Weg zum Bahnhof gelang ihm gemeinsam mit einem Freund, einem Fleischer, Kommunisten und Spanien-Kämpfer, im März 1945 die Flucht. Beide fanden in einem nahegelegenen Ort bei einer Bahnwärterin Zuflucht, und als sie am 1. April 1945, es war der Ostersonntag, aus dem Radio hörten, daß sie sich in der amerikanischen Zone befänden, wußte Ferdinand, daß er endlich frei war, auch wenn an eine Rückkehr in die Heimat zu diesem Zeitpunkt wegen der dort währenden Kämpfe noch nicht zu denken war. Doch *so seltsam das auch klingen mag, nach all dem, was man mir daheim angetan hatte, ich wollte weg aus Deutschland, möglichst schnell zurück nach Graz, wo ja meine liebe Frau war.* Ferdinand erzählte oft die Geschichte, wie er und sein Lagergenosse erstmals seit vielen Jahren anständige und ausreichend Nahrung erhielten, vor allem aber, wie ihnen mitleidsvolle Menschen Bekleidung schenkten, darunter ein Sakko, in dem 100 US-Dollar eingenäht waren. Mit dem Geld konnten sie ein Auto kaufen und — versehen mit einem amerikanischen Passierschein — im Mai 1945 endlich Richtung Österreich aufbrechen. Die Strecke von Salzburg nach dem in der sowjetischen Zone liegenden Graz mußte er allein und als Anhalter zurücklegen, wobei ihm schon *mulmig* zumute war, denn er wußte, was mit Anarchisten in der Sowjetunion passierte.

Mit einem kleinen Packen, der vor allem Decken enthielt, kehrte er nach Graz zurück, wo er seine Frau und deren Sohn, der später in noch jungen Mannesjahren bei einem Flugzeugunglück starb, wohlbehalten in ihrem Heim in der sogenannten Klusemannsiedlung in Graz-Neuhart, Heimweg 35, vorfand. Getroffen hatte ihn aber, daß die anarchistischen Propagandaschriften, die er vor seiner Verhaftung in einer Aschengrube vergraben hatte, darunter die von ihm so geschätzten Bücher und Broschüren Pierre Ramus', nur noch verschimmelt vorfand. Dann begann die Arbeitsuche: 1946 konnte er wieder als Dreher, später als Lehrlingsausbildner, in den Puch-Werken Arbeit finden. Auch konnte er bald die Zimmer-Küche-Wohnung in der fabrikseigenen Werksiedlung in der Bozenerstraße 6 beziehen. Auch politisch besserte sich die Situation. Am 24. Juli 1945 kam gemäß dem Zonenvertrag die gesamte Steiermark unter britische Kontrolle. Ferdinand suchte nun wieder den Kontakt zu den anarchistischen Genossinnen und Genossen in Graz und überhaupt in der Steiermark. Es entstand tatsächlich eine kleine Gruppe, die sich „Bund Herrschaftsloser Sozialisten Österreichs (Anarcho-Syndikalisten) Gruppe Graz" nannte und die nach einer Konferenz mit Genossinen und Genossen aus Wien im August 1947 seit September 1947 eine eigene Zeitschrift herausgab: „Die Freie Generation". Bald gab es zwischen den Anarchisten in Graz und Wien, wo sich die „Gruppe Krapotkin" und die „Gruppe Tolstoi" konstituiert hatten, heftige Reibereien. Aus der zeitlichen Distanz zeigen sich die behaupteten inhaltlichen Differenzen (Verhältnis zu den Pfadfindern) eher als eine Sache von Sympathie und Antipathie der Beteiligten.

Erst Mitte der 1950er Jahre fand Ferdinand eine Gruppierung, in der er sich voll engagieren konnte. Es waren die radikalen Pazifistinnen und Pazifisten um die Publizistin Luise Eisenmenger-Micko und deren Zeitschrift „Der Antimilitarist". Die Zeitschrift war das Organ der am 4. September 1954 konstituierten „Pazifistischen Union"; in ihren Statuten bestimmte sie sich „als Dachorganisation für Gesellschaften, die für absolute Gewaltlosigkeit (nonviolence) und Kriegsdienstverweigerung bei jeder Art von Krieg eintreten". Bald danach ging die „Pazifistische Union" in der 1952 gegründeten „Sektion Österreich der Internationale der Kriegsdienstgegner" auf, deren Präsi-



Foto: Nachlaß Ferdinand Gross

dentin 1952 bis 1963 Luise Eisenmenger-Micko war. Diesen beiden Gruppierungen kam 1955 eine besondere Bedeutung zu, weil 1955 nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch den Staatsvertrag die Wiederaufrüstung Österreichs durch die Schaffung eines Heeres diskutiert wurde. Zwar konnte dies nicht verhindert werden, aber es entstand ein eindeutig antimilitaristisches und pazifistisches Lager in Österreich. Ferdinand wurde übrigens erst 1956 Mitglied der „Sektion Österreich der Internationale der Kriegsdienstgegner"; dies ging auf sein Mißtrauen gegen Vereine zurück. Tatsächlich gehörte er sonst nur noch dem „KZ-Verband" als Mitglied und der „Pierre Ramus-Gesellschaft" als Ehrenmitglied an.

Ferdinands wichtigstes Anliegen wurde es aber in den 1960er Jahren, in Österreich eine eigene anarchistische Zeitschrift zu gründen, in der er den Anarchismus ganz im Sinne Pierre Ramus' propagieren konnte. *Gewaltfreiheit und Anarchismus sind austauschbare, sind völlig identische Begriffe*, pflegte er stets zu sagen, und er überlegte, diese Vorstellung auch zum Titel oder wenigstens zum Motto für die zu schaffende Zeitschrift zu machen. Da das Wort ‚anarchistisch' längst in Mißkredit geraten und in der Alltagssprache zum Synonym für ‚gewalttätig' und ‚chaotisch' geworden war, beschloß er, an die Tradition Pierre Ramus' anzuschließen und vom ‚herrschaftslosen Sozialismus' zu sprechen. (...)

Dann kam das Jahr 1968: Für Ferdinand war es in zweifacher Hinsicht ein einschneidendes Datum. Zum einen ging er in diesem Jahr in Rente, zum anderen wurde er erstmals unmittelbar mit Anarchos konfrontiert. Oft erzählte er, welch ein Schock es für ihn war, als er vom 30. August bis 4. September als einer von drei österreichischen Beobachtern (die Grazer Ferdinand Groß und Petko Petroff sowie der Wiener Johann Lahner) am legendär gewordenen Anarchisten-Kongreß in Carrara erstmals persönlich die neue Anarchistengeneration kennenlernte. Auftreten und Inhalte der Jungen waren ihm fremd, und doch begeisterte ihn der Aktivismus, der von ihnen ausging. Diese Bewunderung war es auch, die ihn veranlaßte, auch für die Übernahme marxistischer Ideen durch die Anarchos Verständnis zu finden, wenngleich er solches für sich selbst zutiefst ablehnte. Für einen eingefleischten Anti-Marxisten und alten Kämpfer des Anarchismus, dem die Opfer vom im Namen des Marxismus verfolgten, gequälten und zum Teil auch ermordeten Genossinnen und Genossen bekannt waren, bedeutete dies einen wichtigen Schritt, dessen Radikalität vielen von uns Jungen damals wohl nicht bewußt war.

Und noch was habe ich damals gelernt, erzählte er mir 1986. *Carrara hat mir gezeigt, daß wir Alten unsere Streitereien begraben müssen und daß wir junge Menschen für die Idee gewinnen müssen, die dem Anarchismus neues Leben geben können.* Solche jungen Menschen lernte Ferdinand 1970 kennen, als er sich als rühriger Propagandist für das — nicht zustandegekommene — Volksbegehren gegen das Bundesheer einsetzte, welches der damalige Sozialdemokrat (heute Grüne) und Präsident der Österreichischen Journalistengewerkschaft Günther Nenning und seine Zeitschrift „Neues Forum" initiiert hatten. Der nunmehr 62jährige Ferdinand ging auf die Straße und erlebte das *beglückende Gefühl, mit so vielen Gleichgesinnten für den Frieden zu demonstrieren*, erzählte er mir über seine Teilnahme an der Großdemonstration anläßlich des Internationalen Vietnam-Tages am 15. April 1970 in Wien. *Das war etwas ganz anderes als damals beim Ostermarsch*, meinte Ferdinand 1986, und er bezog sich dabei auf seine Teilnahme am ersten Ostermarsch in Österreich am 21. April 1963. Bald fand Ferdinand in Reinhard Umek einen jungen Kampfgefährten, mit dem er wieder Flugschriften herstellen konnte. Zwischen 1972 und 1973 legten sie den von ihnen in Österreich vertriebenen Exemplaren der „befreiung" (Köln) insgesamt fünf verschiedene

Publikationen bei.

Im Februar 1976 war es soweit: Die erste Nummer der Grazer „Befreiung" erschien. Der Titel sollte die Tradition kennzeichnen, in der das Organ gesehen wurde. Es sollte an Pierre Ramus' Zeitschrift „Erkenntnis und Befreiung" (1918-1933) ebenso erinnern wie an die „befreiung" (1948-1970) von Willy Huppertz. Die Übernahme der „befreiung" durch Anarchos im Oktober 1970 hatte für Ferdinand das eigentliche Ende dieser Zeitschrift bedeutet, auch wenn er die neue „befreiung" noch bis 1973 eifrig in Österreich vertrieb. Als

[redacted]

[redacted]

er dann 1976 seine eigene „Befreiung" begründete, sah Ferdinand darin den berechtigten Nachfolger der gleichnamigen Zeitung seines Genossen und Freundes Willy Huppertz, dessen Tod am 12. März 1978 ihn tief traf. (...)

Ich weiß, daß vielen und gerade jüngeren Genossinnen und Genossen die Zeitschrift ‚antiquiert' erschien, enthielt sie doch vornehmlich Wiederabdrucke von Arbeiten Pierre Ramus' aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus. Darüber haben wohl manche übersehen, daß Ferdinand über die Propagierung der an Ramus orientierten Spielart des Anarchismus hinaus stets aktuelle Themen aufgriff. Es waren unzählige Aktionen, an denen Ferdinand mitwirkte, weshalb nur zentrale herausgegriffen seien. Seit Mitte der 1970er Jahre engagierte er sich gegen die sogenannte ‚friedliche' Nutzung der Atomenergie, gipfelnd in der erfolgreichen Volksabstimmung vom November 1978 gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf. 1981 war er für die „Initiative zur Abschaffung des Bundesheeres" tätig, für die er auch eigene Flugblätter druckte und Unterschriften sammelte. In den Jahren 1984 und 1985 kämpfte er gegen den Ankauf von Abfangjägern vom Typ Draken für das österreichische Bundesheers, was im Dezember 1985 im gesamtösterreichischen „Anti-Draken-Volksbegehren" und im März 1986 im steirischen „Anti-Draken-Volksbegehren" kulminierte. Natürlich fehlte Ferdinand auch nicht bei den großen Demonstrationen gegen die Stationierung der dann doch angekauften Abfangjäger in Graz-Thalerhof und im obersteirischen Zeltweg 1987. Besonders hervorgehoben sei sein Kampf gegen Kurt Waldheim als Bundespräsident im Jahr 1988. Vor allem in den Jahren 1990 und 1991 führte er seinen Kampf gegen den Beitritt Österreichs zum „Europäischen Wirtschaftsraum". Dieser Kampf gegen die „Europäische Union", in der er den Sieg des Kapitals und des politischen Zentralismus sah, setzte er bis zur Volksabstimmung im Juni 1994 und zum Beitritt Österreichs mit Anfang 1995 fort. 1990 bis 1992 engagierte er sich in der Initiative „Österreich ohne Heer". 1991 und 1992 setzte er sich für die Abschaffung der Gewissensprüfung für Zivildiener ein; dies verstand er aber nur als eine weniger bedeutsame Variante, wie er meinte, seines grundsätzlichen Antimilitarismus. Diesen propagierte er während der beiden letzten Jahrzehnte auch im Rahmen der Grazer „Friedenswerkstatt" und der 1976 gegründeten „ARGE für Kriegsdienstverweigerung und Gewaltfreiheit", deren Organ „friedolin. Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerung und Gewaltfreiheit" übrigens in den Jahren 1992 bis 1994 mit der Druckmaschine von Ferdinand hergestellt wurde. Noch im Sommer 1997, als er sich entschloß, seine „Befreiung" mit Jahresende einzustellen, entwarf er den neuen Titelkopf des „friedolin", in welchem seine eigene Zeitschrift weiterleben sollte: *Friedolin und Befreiung. Organ des herrschaftslosen Sozialismus, für Kriegsdienstverweigerung und Gewaltlosigkeit, für soziale und geistige Neukultur im Sinne des Friedens, der individuellen Selbstbestimmung; für freie Menschen und solche, die es werden wollen.* Die Umsetzung dieses Planes legte er in die Hände des friedolin-Redakteurs Paul Friedrich, den er um 1988 kennengelernt und mit dem er sich in den letzten Jahren angefreundet hatte. Wie wenig Ferdinand kampfesmüde war, zeigt auch seine Teilnahme an der großen Demonstration gegen die Militärparade anläßlich des Nationalfeiertags in Wien im Oktober 1995 und an der „Peace Parade" in Graz im Oktober 1996. Selbst 1997 focht der fast 90jährige noch im Rahmen des gleichnamigen Volksbegehrens gegen die Gentechnik und engagierte sich für das Zustandekommen der sogenannten Wehrmachtsausstellung, „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944", in Graz, die dann vom 1. Dezember 1997 bis 11. Jänner 1998 auch stattfand. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß es seit Ende der 1950er Jahre wohl kaum eine Wahl auf Gemeinde-, Landes- wie Bundesebene in Graz gab, bei der er nicht heftig gegen Wahlschwindel und Stimmenfang zu Felde gezogen ist. In den letzten Jahren verstärkte sich auch sein Interesse an der libertären Pädagogik und Psychologie; der wiederholte Abdruck neuerer Schriften von Gerda Fellay, die er 1993 kennenlernte und mit der er sich geistig eng verbunden fühlte, legen davon beredtes Zeugnis ab. Aber im Zentrum seiner Zeitschrift stand das Werk Pierre Ramus', um dessen Wiederabdruck er sich — und die Zeitschrift hatte immerhin eine Auflage zwischen 1.200 und 1.500 Stück — unablässig bemühte.

»Wenn Ihr für den libertären Geist seid, dann beseitigt die Angst«

von Roland Kaufhold

Gelegentlich müssen 60 Jahre vergehen, bis eine bemerkenswerte Schrift in ihrem "Ursprungsland" erstmals zugänglich wird. Bei diesem schönen, reich bebilderten Büchlein ist dies so. Die Ursache hierfür ist, wie so häufig, in unserer gewalttätigen Vergangenheit zu suchen. Was von den Nazis entwurzelt, vertrieben, ausgelöscht wurde, wird zwei Generationen später von einer engagierten "Nachgeborenen" (Brecht) ausgegraben, übersetzt und als Buch vorgelegt. Hierzu nun Näheres:

Etta Federn, 1883 als jüngste Tochter eines Arztes und einer Frauenrechtlerin in Wien geboren, gehörte zum assimilierten jüdischen Bürgertum Österreichs. Einer ihrer fünf Geschwister war der enge Freud-Mitarbeiter Paul Federn, Vater des Psychoanalytikers und mutigen Antifaschisten *Ernst Federn*. Etta Federn verließ früh ihre Familie, ging 22jährig nach Berlin, veröffentlichte ab 1906 Biographien, Essays, Gedichte und Übersetzungen und verkehrte im anarchistisch-libertären Milieu um Rudolf Rocker. Ihre Biographien über Goethes Frau Christiane sowie über den liberalen, demokratischen Politiker Walther Rathenau, 1927 veröffentlicht, waren literarische Erfolge. Sie brachten ihr Ansehen, aber auch antisemitische Einschüchterungen ein, die bis hin zu konkreten Morddrohungen reichten. 1932 mußte sie nach Spanien emigrieren und engagierte sich sogleich bei der anarchosyndikalistischen Frauenorganisation *Mujeres Libres* als Pädagogin und Literatin. Diese aktivistische Organisation hatte 1939 20.000 Mitglieder. Ihre Bedeutung muß im Kontext der breiten anarchosyndikalistischen Bewegung gelesen werden, die, wie Marianne Kröger in ihrem Nachwort in komprimierter Form nachzeichnet, tief in der demokratischen, antifaschistischen Bewegung Spaniens verwurzelt war. Sie gilt für viele bis heute als Modell für die enge Verschränkung zwischen individuellen und gesellschaftlichen Emanzipationsbestrebungen.

1938, während des Spanischen Bürgerkrieges, veröffentlichte Etta Federn im Verlag der Frauenbewegung die Broschüre "Mujeres de las revoluciones". Diese Schrift, die Marianne Kröger im vorliegenden Buch erstmals übersetzt und kommentiert hat, richtete sich vorwiegend an die spannischen Frauen, denen der Zugang zur Allgemeinbildung weitgehend versperrt geblieben war. Ihre Broschüre intendierte in Form eines historischen Rückblickes auf 12 couragierte, unabhängige Frauen eine Frauengeschichtsschreibung. Diese 12 Frauen (u.a. Ellen Key, Rosa Luxemburg, Angelica Balabanoff, Alexandra Kollontai und Isadora Duncan), exemplarisch als Leitfiguren einer libertären Gesinnung zu lesen, werden in persönlich gehaltenen Kurzbiographien porträtiert. Diese knappen Skizzen, mit insgesamt 48 Photos großzügig bebildert, sind auch heute noch mit Genuß zu lesen. Zur Vertiefung werden in einem Anhang ausführliche Literaturhinweise zu den porträtierten Frauen sowie zu Etta Federns Leben und Werk dargeboten. Weiterhin werden zwei pädagogische Texte sowie ein Gedicht von Etta Federn erstmals veröffentlicht, die diese 1937 und 1938 in der Zeitschrift "Mujeres Libres" publiziert hatte: "Beseitigt die Angst", "Neues Leben" und "Grausamkeit und Zorn bei Kindern". Diese Texte sind von einer anrührenden Lebendigkeit und Aktualität und regen zur vertiefenden historisch-biographischen Spurensuche an. Exemplarisch für die kulturrevolutionären, emanzipatorischen Bemühungen Etta Federns mag folgende Passage aus "Beseitigt die Angst" stehen, in der sie ihre Berliner Erfahrungen mit ihrer neuen Lebenssituation im spanischen Exil unmittelbar verknüpft:

"Walther Rathenau, der von den früheren "Nazis" ermordete deutsche Minister - "frühere Nazis", weil das noch zu einem Zeitpunkt war, bevor Hitler seine berüchtigte Antithese des "Natioalsozialismus" erfunden hatte -, sagt einmal: "wer seine Kinder in Furcht erzieht, und sei es in der Furcht vor Gott, begeht eine unverzeihliche Sünde an den kommenden Generationen." Rathenau, der der meistgefährdete Mensch von ganz Deutschland war, glaubte nur an eine einzige Tugend: an den inneren Wert. Er war ein Revolutionär, ein Anarchist sogar, ohne dies zu wissen. Er hielt sehr viel von der individuellen und der universellen Freiheit, weshalb er dann auch von den Faschisten umgebracht wurde. ... Die echte Demokratie, die wir auf sozialem Gebiet anstreben, müssen wir vorher bereits im Familienleben verwirklichen. Ein Kind, das daran gewöhnt ist zu überzeugen und sich von anderen überzeugen lassen, wird später im sozialen Bereich nie danach trachten, anderen zu befehlen oder ihnen etwas aufzuzwingen. Aus diesem Grund wiederhole ich Rathenaus Gedanken, nur mit anderen Worten: Liebe Eltern, wenn ihr für die Revolution seid und für den libertären Geist, dann beseitigt die Angst, die Strafe und die Drohung aus euren Häusern, aus euren Familien und aus der Erziehung eurer Kinder. Macht aus ihnen wertvolle Menschen, Menschen ohne Angst, freie Menschen." (S.102)

Einige kurze biographische Daten zu Etta Federn seien erwähnt: 1938 floh die 55jährige aufgrund der massiven Bombardierung Barcelonas nach Paris. Gemeinsam mit ihren beiden Söhnen schloß sie sich der Résistance an und überlebte in einem Versteck. Einer ihrer Söhne kam 1944 bei einem Gefecht ums Leben. 1951 verstarb sie in Paris, nachdem sie zuvor noch als Mutter eines verstorbenen Résistancekämpfers vom französisichen Staat geehrt worden war.

Der heute 83jährige Ernst Federn bemerkt in seinem Vorwort zu "Etta Federn: Revolutionär auf ihre Art":

"Etta Federn entsprang einer an die bürgerliche Gesellschaft angepaßten jüdischen Familie, die versucht hat, sich völlig zu assimilieren; teils durch Taufe, teils durch Aufgeben alles jüdischen Verhaltens. (...) Diese Assimilationsbewegung war in Berlin und Wien um die Jahrhundertwende und nach dem 1. Weltkrieg sehr stark, verlor aber durch Hitlers Machtergreifung ihre historische Bedeutung. Etta Federn lebte diese Assimilierung, hatte nie Geld und wurde von reichen Verwandten in den Vereinigten Staaten zeit ihres Lebens unterstützt. Als ihr jüngster Neffe freue ich mich sehr, daß ihr Name heute der Vergangenheit wieder entrissen wird." (S. 9f.)

Marianne Kröger (Hrsg.): Etta Federn. Revolutionär auf ihre Art. Von Angelica Balabanoff bis Madame Roland - 12 Skizzen unkonventioneller Frauen, Gießen 1997 (psychosozial-Verlag), 136 S., 28,- DM.

Thesen zum Buch
Viviane Forrester: Der Terror der Ökonomie

1. Die 200 weltgrößten Konzerne produzieren ein Viertel des Weltbruttosozialprodukts; in den USA produzieren die *Fortune 500*, die 500 größten US-amerikanischen Konzerne knapp zwei Drittel des BSP. Der größte bundesdeutsche Konzern, Daimler-Benz, hat ganz alleine einen Anteil von 3 Prozent an der deutschen Produktion. Es sind Zahlen wie diese, die in Forresters Buch zwar nicht explizit genannt werden, sehr wohl aber im Hintergrund stehen.
2. Diese Konzerne mit ihrer zunehmend zentralisierten Monopolisierung der Weltwirtschaft, nicht die nationalen Regierungen selbst großer Staaten sind heute die wahren Machthaber, die auch die Inhalte der Politik bestimmen. Unabhängig von der scharfen Konkurrenz, in der sie zueinander stehen, haben sie längst ihre internationalen Organisationen wie Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Welthandelsorganisation WTO (früher GATT), die Treffen der mächtigsten Industrieländer G7 usw. Die gegenwärtige weltweite Offensive für die „Verbesserung des Investitionsklimas", die sich Neoliberalismus nennt, ist das Ergebnis eines hochgradig bewußten Klassenkampfs, der von diesen Konzernen, ihren Managern und Sprechern in der Wissenschaft, nicht zuletzt auch von den Politikern von rechts bis „links" geführt wird.
3. Forrester geht, meines Erachtens zu Recht, davon aus, daß diese Situation, zusammen mit der enorm gestiegenen Produktivität der Arbeit durch die moderne Herstellungs- und Kommunikationstechnologie international zu einem unwiderruflichen Verschwinden der Erwerbsarbeit führt. In den auf der politischen Ebene geführten Debatten um Programme zur Senkung der Arbeitslosigkeit (Steuerreformen, staatliche Subventionen etc.) sieht sie wenig mehr als propagandistische Manöver, die von dieser einen wesentliche Tatsache ablenken sollen.
4. Aber das weltumspannende kapitalistische Wirtschaftssystem, das die Arbeit der Menschen und damit auch die Menschen in wachsendem Maß als überflüssig ausspuckt, ist zugleich auch das einzige System, das alle anderen Systeme neben sich aufgesaugt hat. Es sitzt derzeit so fest im Sattel, daß auch seine kulturellen, moralischen und sozialen Werte die unangefochten vorherrschenden Werte sind. (Keine ganz neue Idee: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind zugleich auch die herrschenden Gedanken." [Marx]).
5. In dieser Situation, in der das System und seine Nutznießer die Menschen nicht mehr brauchen, bei einer weltweiten Arbeitslosigkeit von (je nach Meßkriterien) 20 – 30% und einer europaweiten Arbeitslosigkeit (wiederum je nach Meßkriterien) von 8 – 15%, die beide zudem immer weiter ansteigen, wird aber dennoch an einem Wert eisern festgehalten. Und dabei handelt es sich letztlich um die alte Maxime: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Es ist dieser Widerspruch, auf den Forrester mit ihren Kommentaren und Analysen durch das ganze Buch hindurch immer wieder ein grelles Licht wirft.
6. Vor diesem Hintergrund ist der heftige und konzentrierte Angriff auf die Sozialleistungen für die vom System Ausgestoßenen zu sehen. Wie auch Noam Chomsky in seinen letzten Büchern hervorhebt, geht es hierbei letztlich um das Recht auf Leben; die Menschen, die das System nicht mehr braucht, werden dann aus diesem Grund als wertlos definiert. Sozialleistungen, Arbeitslosengeld etc. werden als Peitsche gebraucht, um sie in einen Arbeitsprozeß wieder hineinzustoßen, der sie soeben ausgespuckt hat und in den sie sich nur um den Preis, wirkliche Proletarier zu werden, wieder integrieren können. Nicht umsonst wird jetzt allenthalben das amerikanische Modell zur „Beseitigung" der Arbeitslosigkeit gepriesen; in den USA ist der Anspruch auf Sozialhilfe inzwischen auf 5 Jahre *im ganzen Leben* des Empfängers gesenkt worden.
7. Parallel dazu werden die Institutionen für die ausgebaut, die endgültig das sind, was Forrester als „die Ausgestoßenen der Vorstädte" (in den USA sind es die Ausgestoßenen der Inner Cities) bezeichnet. Die Kriminalität wird zum Staatsfeind Nummer eins aufgebaut, das Gefängnis wird zum Ort für die, denen Konzernmanager und Politiker keine Perspektive mehr anbieten können und mit denen sie nichts mehr zu tun haben wollen. Daher Kanthers Bestrebungen, etwa das Jugendstrafrecht zu durchlöchern und abzuschaffen, daher der Import amerikanischer Polizeistaatsmodelle, daher die Kommentare in der Bild-Zeitung wie „Dreck bleibt eben Dreck. Verbrecher bleibt Verbrecher.", die in dieser Offenheit selbst an dieser Stelle schon lange nicht mehr gefallen waren.
   Zu den Konsequenzen dieser als Verbrechensbekämpfung ausgegebenen Repression gehören Phänomene wie die Verdreifachung der Gefängnisbevölkerung in den USA in den letzten 15 Jahren; dort sitzen jetzt 1,5 Millionen Menschen in Gefängnissen, ein höherer Prozentsatz der Bevölkerung als im sowjetischen Gulag unter Breschnjew.
8. Zentrales Anliegen des Buchs von Forrester scheint mir der Versuch, auf diese moderne Form des Klassenwiderspruchs aufmerksam zu machen: die Herrschenden führen nicht nur einen systematischen Angriff auf das Lebensniveau derer, die in Abhängigkeit von ihnen arbeiten, sondern es wird mehr und mehr zum Luxus, überhaupt noch in dieser Abhängigkeit arbeiten *zu dürfen*.
   Auch wenn ihre Parteinahme klar ist, eine Lösung schlägt Forrester

nicht vor. Ihr Buch ist zunächst einmal eine empörte Feststellung der Fakten; sie will zeigen, worauf sich der Blick der Opfer der neoliberalen Offensive richten muß, was sie geschrieben hat, kann als ein Aufschrei der Wut gegen die Propaganda der modernen Version der kapitalistischen Werte durch Politik und Medien gelesen werden.

Offensichtlich ein Aufschrei, auf den viele Menschen gewartet haben. In Frankreich verkaufte sich das Buch innerhalb eines Jahres in 350.000 Exemplaren und wird auf Gewerkschaftsdemonstrationen in die Kameras geschwenkt; es ist, glaube ich, in neun Sprachen übersetzt worden, während in Deutschland das Buch von Hans-Peter Martin und Harald Schumann *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand* zum Bestseller geworden ist.

9. Ich denke, daß die Leute in diesen Büchern das suchen, was sie in den Zeitungen und sonstigen Medien nicht oder nur selten finden (letztere Einschränkung ist wichtig; es gibt sehr wohl die entsprechenden Artikel im *Spiegel* oder an anderer Stelle; es gibt aber kein einziges Massenmedium, das konsistent und zusammenhängend Standpunkte vertritt, die an die diagnostische Radikalität etwa von Forresters Buch herankämen).

Der Erfolg von Büchern wie den genannten zeigt m.E., daß es sehr wohl ein starkes Bedürfnis gibt, ein zutreffendes Bild der gesellschaftlichen Realität und der sozialen Mechanismen, die diese Realität erzeugen, zu gewinnen.

10. Die Leute reden vom Staat, von der Raffgier der Beamten, der Steuerreform und der Kriminalität, aber von einem reden sie nicht: der Macht der Banken, Konzerne und Großunternehmen, die es anzugreifen und zu beseitigen gilt, wenn man die Rechte der Menschen schützen, wiederherstellen und erweitern will. Mit den Angriffen auf korrupte, lügenhafte und angeblich ohnmächtige Politiker, mit der Geißelung von Beamtenprivilegien und des unfähigen und inkompetenten Agierens des Staatsapparats können die *Fortune 500*, von denen ich oben sprach, hervorragend leben, auch und obwohl eben dieser Staatsapparat letztlich in erster Linie von ihnen dirigiert wird. Hauptsache für sie ist, daß ihre Kontrolle über Ressourcen, Kapitalströme, Produktionszentren, Ländereien sowie das Profitprinzip, nach dem sie wirtschaften, nicht in Frage gestellt werden.

11. Es ist aber genau dieser Punkt, an dem meines Erachtens heute die Hauptaufgabe von Anarchisten und libertär gesinnten Menschen aller Schattierungen liegt. Libertäre sollten es als ihre Aufgabe verstehen,

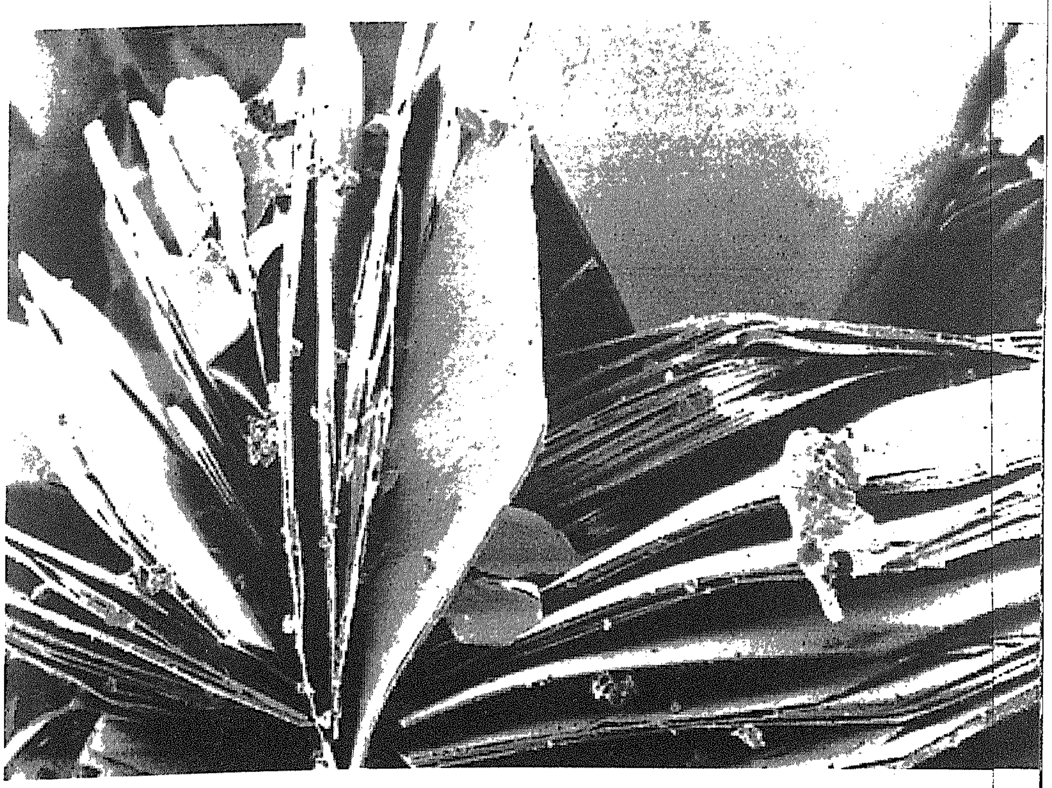


Foto: Jean Marc Dellac

für die Beseitigung illegitimer Macht in allen ihren Formen einzutreten. Und die „tyrannischen Machtkonzentrationen" des Privatkapitals, die trotz ihrer heftigen Rivalität untereinander in extremer Uniformität handeln, wenn es darum geht, den Rest der Welt ihren Zwecken zu unterwerfen, sind wichtigsten und bedeutsamsten illegitimen Machtinstitutionen in der Welt von heute.

Anarchisten und Libertäre müssen gegenwärtig genau das tun, was Politiker und Medien systematisch nicht tun. Sie müssen zeigen, wie diese Institutionen konkret agieren und was sie im Leben der Menschen anrichten, und sie müssen an dem Punkt weitergehen, wo Forrester in ihrem Buch haltmacht. Sie müssen zeigen, daß diese Institutionen nicht nur schädlich, sondern überflüssig sind, daß und wie andere, demokratische Institutionen an ihre Stelle treten können. Sie müssen zeigen, daß und wie die moderne Technologie, die alle Menschen von Mühsal und Plackerei befreien könnte, durch die Mechanismen der Profitwirtschaft und den systematischen Gebrauch, den die privaten Machtkonzentrationen von ihrer gigantischen Macht machen, für die Mehrheit der Menschen zum Fluch wird.

12. Wenn Anarchisten heute für ihr Ziel der Erweiterung individueller und sozialer Freiheit eintreten wollen, müssen sie das in erster Linie tun, indem sie der Propaganda kapitalistischer Werte durch die Konzerne, die offizielle Politik und die Medien entgegentreten. Ich denke daher auch, daß die manchmal gestellte Frage „Sollen Anarchisten den Sozialstaat verteidigen?" sich von selbst beantwortet. Fraglos müssen sie es, wenn sich die zwischen der abstrakten Idee des Anarchismus und der sozialen Realität der Menschen bisher ohnehin noch beste-

hende Kluft nicht zum Abgrund vertiefen soll.

Der Staat, den natürlich alle Anarchisten sehr zu Recht gerne verschwinden sehen wollen, ist neben seinen unterdrückerischen Eigenschaften gegenwärtig (zumindest in den demokratischen Gesellschaften) zweierlei. Er ist die einzige wichtige Machtinstitution, auf den die Bevölkerung direkten Einfluß nehmen kann, und er ist die Institution, die die Macht hat, die brutalsten Formen sozialer Ungleichheit abzumildern und, unter günstigen Bedingungen (d.h., bei Bestehen eines Klassenkampfes *von unten*), zurückzudrängen.
Ich meine daher, daß wir gegenwärtig für die Verteidigung und Erweiterung derjenigen Funktionen des Staates eintreten müssen, die Ausdruck eines hart erkämpften sozialen Kompromisses sind, für eine Verteidigung und Erweiterung der staatlichen Regulierungen, die der Allmacht der privatkapitalistischen Tyranneien Beschränkungen auferlegen, sowie für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Institutionen, die im Staat bereits vorhanden und der Bevölkerung in aller Regel ebenfalls nicht geschenkt worden sind. Hierbei sollten Anarchisten sich zugleich immer von ihrem prinzipiellen Ziel leite lassen, der Aufhebung illegitimer Macht. „Der Staat ist der große Schatten, den die Geschäftswelt über die Gesellschaft wirft, und auch die Verminderung dieses Schattens ändert an dieser Tatsache nichts," schrieb der libertäre Gesellschaftstheoretiker John Dewey in den dreißiger Jahren über die Situation in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Verminderung und Beseitigung dieses Schattens und der Kampf um die Einschränkung der Macht, den Abbau und die schließliche Beseitigung der heutigen Hauptquelle dieses Schattens gehören also gerade in der jetzigen Situation untrennbar zusammen.

von Michael Schiffmann

Autonome- Die Spontis der 90er Jahre?

von Peter Nowak

Die Zeiten, wo bei jeder größeren Demonstration ein autonomer Block für Schlagzeilen sorgte sind längst vorbei. Selbst der 1.Mai in Berlin macht eher durch innerlinke Streitereien als durch autonome Militanz von sich reden. Im Szenejargon wird schon von den Ex-Autonomen gesprochen. Zeiten der Bewegungsflaute sind Zeiten der Reflexion. So nahmen sich im letzten Jahr drei Autonome Zeit, Bücher über ihre Bewegung zu verfassen. Geronimo aus Berlin, Thomas Schultze und Almut Gross aus Hamburg.

Die beiden DiplompädagogInnen Gross und Schultze, die eine gekürzte Version ihrer Diplomarbeit als Buch herausgebracht haben, begeben sich auf das Feld der Soziologie und verorten die Autonomen bei den Neuen Sozialen Bewegungen (NSB), die als Ergebnis der Krise des fordistischen Wohlfahrts- und Sicherheitsstaat in den 70er Jahren entstanden sind. Anders als in der ArbeiterInnenbewegung fehlt die kollektive Mobilisierungsfähigkeit, die sich aus einer gemeinsamen sozialen Situation ergibt. Dafür tritt die individuelle Mobilisierungsfähigkeit durch moralisches Bewußtsein in den Mittelpunkt. Die TrägerInnen der Proteste kommen überwiegend aus dem Mittelstand. Aus den Durchmischungsprozeßen der NSB Ende der 70er Jahre formierten sich deren radikale Kerne zur autonomen Bewegung. Als ein direkter Vorläufer der Autonomen werden die Spontis und BasisgrüpplerInnen der 70er Jahre benannt, die sich als Gegengewicht zu den damals nicht unbedeutenden K-Gruppen verstanden haben. Das Konkurrenzverhältnis setzte sich Ende der 70er Jahre dann als Machtkampf bei den Grünen fort. Führende Köpfe aus der Sponti-Hochburg Rhein-Main-Gebiet hatten bald die Nase vorn und demnächst könnte mit Joschka Fischer vielleicht sogar ein Autonomer der ersten Stunde Bundesminister werden. Er hatte in seiner militanten Phase noch gute Kontakte zu den Namensgebern der Autonomen, die den Meisten, die sich heute als solche verstehen, nicht mal mehr bekannt sind. Der Autonomia Operaia (Arbeiterautonomie) in Italien, in der sich seit Ende der 60er Jahre Zigtausende ArbeiterInnen und StudentInnen organisierten. Streiks, Sabotage und militante Aktionen waren ihre Mittel, eine Mischung aus Rätekommunismus und Anarchosyndikalismus ihr Ziel. Während der Schwerpunkt der autonomen Bewegung in Italien auf dem Produktionsbereich lag, war es in der BRD der Reproduktionsbereich. Der enorme Einfluß der "italienischen Connection" auf die BRD-Linke zeigt sich auch daran, daß gleich zweimal eine Theoriezeitschrift mit dem Namen Autonomie erschienen ist. Während sich die *'Autonomie - Alte Folge'* in den 70er Jahren hauptsächlich mit Berichten über die Kämpfe in Italien befaßte, war es Ziel der *'Autonomie - Neue Folge'* die Erfahrungen dieser Kämpfe einer neuen Politgeneration in den 80er Jahren zu vermitteln. Doch die ausgeprägte Theoriefeindlichkeit der damaligen Szene führte nach 14 Folgen zur Einstellung des Zeitungsprojekts. Auch die *'Karlsruher Stadtzeitung'*, die sich später in *Wildcat* umbenannte, scheiterte mit ihrem Versuch durch den Aufbau einer JobberInnenbewegung nach italienischen Vorbild in den Produktionssektor zu intervenieren. Die AutorInnen räumen den beiden Publikationen viel Raum ein. Die *Radikal* hingegen wird nur kurz erwähnt. Dieses heute bekannteste autonome Publikationsorgan trat 1976 im Zeichen des historischen Materialismus an. Eine der Kuriositäten auf die die AutorInnen beim Streifzug durch die autonome Bewegung gestossen sind.

Almut Gross beschäftigt sich mit der autonomen Frauenbewegung. Ihr Autonomiebegriff leitet sich nicht von der Autonomia Operaia ab sondern soll ihre Unabhängigkeit von Parteien, Staat und anderen Großorganisationen ausdrücken.

Der Triple-Oppression-Ansatz, der Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat als eigenständige Unterdrückungsverhältnisse definiert, wird von den AutorInnen positiv rezipiert. Die Diskursbausteine von Triple-Oppression kommen hauptsächlich aus feministischen, antirassistischen aber auch linkskommunistischen Zusammenhängen. Leider sind die AutorInnen nicht auf die Rezeption von Judith Butler in autonomen und feministischen Zusammenhängen eingegangen. Dabei ist der Dekonstruktivismus nicht nur bei "exautonomen" VerfasserInnen des schon erwähnten Paul und Paula-Papiers in aller Munde.

Der Rückzug vieler AktivistInnen ins Private oder in die berufliche Karriere, die Schwierigkeiten, neue MitstreiterInnen zu gewinnen und eine verbreitete Perspektivlosigkeit ist den gemischten autonomen Zusammenhängen und der autonomen Frauenbewegung heute gemeinsam. So bleibt Schultze/Gross am Schluß ein pessimistischer Ausblick: *"Es gibt heute, im Hinblick auf Rassismus, Sexismus, Sozialabbau und organisierten Faschismus weiterreichende gesellschaftliche Veränderungen als 1980/81 zur 'Hochzeit' der autonomen Bewegung, auf die reagiert werden müßte. Allein, es fehlt an Aktivisten, und eine offensive Bewegung kommt heute nicht zustande."*

Dem kann sicher auch der Autor von *Glut & Asche* zustimmen, der unter dem Pseudonym Geronimo schon 1990 und 1992 autonome Geschichtsbücher "im Handgemenge" geschrieben hat, als Aktivist der Bewegung für die Bewegung. Bei dem Abschlußband seiner autonomen Geschichtstrilogie hat sich seine Position allerdings verändert, wie er die LeserInnen wissen läßt. "Ich changiere zunehmend seltener zwischen einer Täter - Zuschauer - Opferrolle, bin immer häufiger das mittlere..." Seine Zuschauerrolle versteht Geronimo aber nicht als passiv. "Gemessen an meinen eigentlichen zwischenzeitlich erreichten Ansprüchen aber auch Bedürfnissen ist es unvermeidlich, die dadurch 'politisch-gesetzten Grenzen' wahlweise auszulachen oder sie mit Leidenschaft - mit aller Respektlosigkeit, und vor allem mit allen meinen intellektuellen Fähigkeiten - anzugreifen." Geronimo ist hier durchaus der Prototyp vieler Autonomer, die das 3.Lebensjahrzehnt überschritten und ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Nicht nur auf dem kulturellen und kulinarischen Gebiet haben sich die Ansprüche geändert und Herr Frau (ex)-Autonom wissen, daß ihnen diese Gesellschaft noch manches bietet. *"Ich schreibe als jemand, der in Gegenwart und Zukunft versucht, sich immer alle Türen offen zu halten"*. Kein Wunder, daß sich Geronimo nicht mehr hinter einem Pseudonym verstecken will. Schließlich hilft es ja auch dem beruflichen und persönlichen Fortkommen, wenn man sich als Autor von drei nicht gerade erfolglosen Büchern outet.

In den Zitaten aus Geronimos Vorwort wird seine subjektivistische Herangehensweise deutlich, die sich das gesamte Buch durchzieht. Lob und Tadel werden nicht nach inhaltlichen Kriterien sondern nach Sympathie verteilt. Besonders plastisch wird das bei seiner Beschreibung der Konflikte zwischen traditionellen "Revomaps" und autonomen "Automapl", so die Kürzel der beiden Vorbereitungsplenas der 1.Maidemonstration in Berlin.

Die Anti-Olympia-Kampagne, in die Geronimo selber involviert war, wird hochgelobt. Alle anderen Ansätze werden niedergemacht, ob es sich um antiimperialistische Politik, Antifa-Organisierung oder die Selbstorganisierung von MigrantInnen oder Feministinnen handelt.

"Das sich selbst als MigrantInnengruppe bezeichnende Café Morgenland" aus Frankfurt/M. konfrontierte nach den pogromartigen Auseinandersetzungen von Hoyerswerda, Rostock etc. die 'deutsche Linke' mit der Selbstverständlichkeit, daß sie sich im Gegensatz zu den MigrantInnen einfach ins Privatleben zurückziehen können, wenn sie keinen Bock auf politische Arbeit mehr haben. Für Geronimo ist diese Aussage "Unfug", "geradezu makaber", "maßlos", "einer direkten Erwiderung nicht wert". Keinen Gedanken verschwendet er daran, daß diese Aussage vielleicht im Zusammenhang mit dem eliminatorischen Antisemitismus des NS steht, mit dem sich die GenossInnen vom 'Café Morgenland' gründlich auseinandergesetzt haben. Während aus Kommunisten in wenigen Monaten SA-Männer werden konnten, war der jüdische Deutschnationale vor der Shoah nicht sicher. Und ist es nicht legitim, daran in einer Zeit zu erinnern, wo dem Pogrommob MigrantInnen zum Opfer gefallen sind, nur weil sie Nichtdeutsche waren, während viele Linken von der Flucht aus der Politik sprechen.

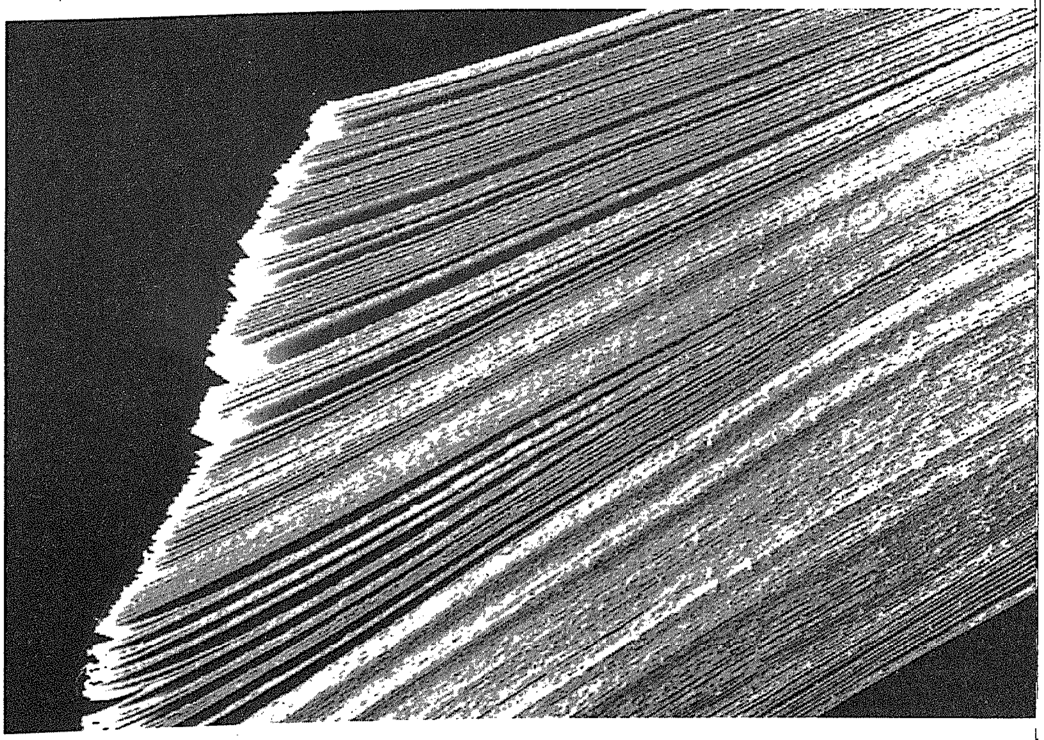


Foto: Jean Marc Dellac

Ebenso ignorant zeigt sich Geronimo gegenüber der "sogenannten antisexistischen Politik". Feministische Zusammenhänge aus Hamburg übermittelten dem Autonomiekongreß Ostern 1995 eine Kritik, die mit der alten Parole der Autonomia-Frauen

endete: *"Genossen auf der Straße, immer noch Faschisten im Bett"*. Dieses Papier "von beschämend schlechten Inhalt", dieses Konvulat "von nicht zusammenhängenden Aussagen" hatte sich Geronimo "anhören müssen" und derart provoziert, "daß schon eine große Lust darauf da war, es mit polemischer Wucht anzugreifen". Was er sich damals verkniff, um den Kongreßfrieden zu retten, holte er im Buch nach und reiht sich in die Anti-Political-Correctness-Fronde ein, wenn er gegen das Aufstellen von "Benimmregeln" agiert. An einer differenzierten Diskussion über PC-Politik ist ihm nicht gelegen.

Gerominos Vision ist eine autonome Bewegung, die wie Phönix aus der Asche aufersteht. Aber wird er dann noch dazugehören, oder wird er die politische Ebene verlassen um "notfalls das zu praktizieren, was Millionen Menschen heute sowieso tun: flüchten"? Die Fluchtmetapher taucht an verschiedenen Stellen im Buch auf. *"Drei, vier Fragen gegen den Untergang und tausend Fragen bis zum nächsten Strand"*. Die Parallelen zur Spontibewegung und derem Tunixkongreß im Januar 1978 sind sicher nicht zufällig.

Das gefällt auch manchen bei der TAZ zwischengelagerten Altspontis. So spendet der Rezensent in dieser auf dem Tunix-Kongreß entstandenen Zeitung dem subjektiven Ansatz von Geronimo Lob. Gross/Schultze haben es da schwerer, beharren sie doch ganz altmodisch auf antirassistischer und antisexistischer Politik.

Die beiden Bücher stehen für zwei unterschiedliche Ansätze in den autonomen Zusammenhängen. Was in Zukunft von dieser Bewegung bleibt, kann keine der drei AutorInnen sondern nur die Entwicklung der Kämpfe beantworten.

Gross Almut/Schultze Thomas, Die Autonomen - Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung, Konkret Literatur Verlag, 224 Seiten, 28 DM

Geronimo, Glut & Asche, Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung, Unrast Verlag, 248 Seiten, 24,90 DM

Ein antirassistisches Geschichtsbuch?

von Gerhard Kern

Der in Trier ansässige Autor Thomas Geisen hat im IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation in der Reihe "Oldenburger Forschunsbeiträge zur Interkulturellen Pädagogik" ein anspruchvolles Buch herausgebracht. In einer Zeit, in der der Begriff des Rassismus zur hohlen Phrase zu verkommen droht, weil niemand so recht weiß, was eigentlich gemeint ist, hat Geisen sich die Mühe gemacht und umfassend dazu recherchiert.

Er beginnt mit der Entstehungsgeschichte des Begriffes, die er im 15. Jahrhundert verortet. Auf 214 Seiten betrachtet er u.a. die diversen "Rasse"-Theorien, z.B. diejenigen von Chamberlain oder Gobineau und zeigt den Versuch der Verwissenschaftlichung einer unwissenschaftlichen Idee durch die damaligen Machthaber.

Ein wesentliches Kapitel im Buch widmet sich der Rolle des Rassismus in der Zeit des deutschen Kolonialismus, was nicht unbedingt zum Allgemeinwissen gehört, und führt von dort zur Verbindung mit dem "Antisemitismus im Nationalsozialismus". Geisen hat sich im Gegensatz zu vielen anderen politischen Aktivisten mit dem für ZeitgenossInnen so wichtigen Thema sehr ausführlich auseinandergesetzt. Durch diese Voraussetzung sind ihm Plattheiten fremd, wie sie ansonsten auch von hochrangigen deutschen Politikern zu diesem Thema immer wieder geäußert werden.

Es wird verständlich, wie und warum der Rassismus im Nachkriegsdeutschland wieder salon- und straßenfähig werden konnte, bis hin zur Sanktionierung durch die sogenannten Ausländergesetze und der Quasi-Abschaffung des Asylrechts. Geisen nennt dies "Staatlich- institutionalisierten Rassismus."

Die Beziehung des neuerdings wieder modern gewordenen Ideals der "Natürlichkeit" korrespondiert nach Geisen mit Neo-Biologismus und Neo-Faschismus – allerdings zum Nachteil einer gerechteren Gesellschaft. Daß den Medien oder auch der Schul- und Jugendbuchliteratur ein gehöriges Maß an Mittäterschaft dabei zukommt, handelt er in separaten Artikeln ab. Inwieweit der Sexismus, also die latent in der Gesellschaft vorhandene Frauenfeindlichkeit, ähnliche Herrschaftsstrukturen (Ausbeutungsverhältnisse) aufweist und insofern ein für inhumane Gesellschaften konstituierendes und dem Rassismus zuarbeitendes Strukturmerkmal ist, wird im Buch gut herausgearbeitet.

Die Arbeit ist im Detail genau und trotz der Beschränkung auf das Notwendige ausreichend in der Information.

Eine ausführliche Literaturliste zeigt den Kontext der Arbeit auf und liefert den Interessierten Hinweise auf weiterführende Literatur.

Thomas Geisen "Antirassistisches Geschichtsbuch - Quellen des Rassismus im kollektiven Gedächtnis der Deutschen" IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1996 (ISBN 3-88939-028-3) DM 34,80

Julia Alvarez
Die Zeit der Schmetterlinge

Mit Phantasie der Wirklichkeit auf der Spur

Der Münchener Piper-Verlag legt endlich das Buch "Die Zeit der Schmetterlinge" von Julia Alvarez im Taschenbuchformat auf. Warum sollte mensch aber noch ein Buch besprechen, daß bereits seit mehr als einem Jahr in seiner teuren Hartcover-Version auf dem Markt ist? Weil es hervorragend ist und es ihm zu wünschen ist, daß es jetzt ein noch größeres Publikum findet.

Dieser Wunsch wird nicht so sehr dadurch bestimmt, daß der Roman "Die Zeiten der Schmetterlinge" 1994 in den Vereinigten Staaten von Amerika zum "Buch des Jahres" gewählt wurde. Er erklärt sich vielmehr damit, daß "Die Zeit der Schmetterlinge" in der Tradition lateinamerikanischer Erzählungen steht und Julia Alvarez schon jetzt zu den Großen der lateinamerikanischen Literatur gezählt werden muß - obwohl sie erst ihren dritten Roman veröffentlicht hat.

Die Dominikanerin Julia Alvarez, die in den USA lebt, hat in ihrem Buch die Geschichte der Geschwister Mirabal nachgezeichnet, in Englisch, weil sie ihre Muttersprache nicht mehr perfekt beherrscht. Drei der Mirabal-Schwestern, Minerva, Patria und Maria Teresa, wurden umgebracht, weil sie dem dominikanischen Diktator Rafael Leónides Trujillo die Stirn zu boten und Widerstand leisteten. Frauen, die heute, 27 Jahre nach ihrer Ermordung, in ihrer Heimat, der dominikanischen Republik, als Nationalheldinnen verehrt werden und zur Legende geworden sind.

Ihnen hat die Autorin ein ungewöhnliches literarisches Denkmal gesetzt. Ungewöhnlich deshalb, weil sie sich in ihrem Buch regelrecht weigert, das Leben dieser drei Frauen und ihrer überlebenden Schwester Dedé in literarisch wohlfeilen Worten einfach nachzuzeichnen – eben einen Heldinnenepos zu schreiben. Vielmehr schafft es Julia Alvarez in ihrem Roman hinter der Patina der "kämpferischen Heldinnen", die Menschen sichtbar werden zu lassen: Frauen mit ihren kleinen menschlichen "Unzulässigkeiten", mit jungmädchenhaften Schwärmereien und Träumen, gequält von Ängsten und Unsicherheiten, auf der Suche nach den kleinen Fluchten im Leben – trotz eines widerständigen Lebens. Und die Autorin präsentiert dies dem Leser, ohne jemals auch nur annähernd diese Verhalten als Schwäche zu denunzieren - im Gegenteil.

Julia Alvarez scheint prädestiniert, das "Denkmal" der Mirabals zu entschleiern, den Legendenvorhang zu zerreißen und die Menschen dahinter zum Vorschein zu bringen. Ihr Vater war an einem Umsturzversuche gegen Trujillo beteiligt. Wenige Monate vor der Ermordung der Schwestern floh er mit seiner Familie nach New York. Julia Alvarez war zu diesem Zeitpunkt zehn Jahre alt. Der Widerstand gegen den karibischen Potentaten bestimmte ihr Leben. Seit jungen Jahren gingen ihr "die Mirabals" nicht mehr aus dem Kopf. Fasziniert fragte sie sich, so schreibt sie in ihrem Nachtrag "Woher hatten sie den ungewöhnlichen Mut genommen?" Und sie machte sich auf die Suche nach den Spuren der Mirabals, die zugleich auch zu einer Suche nach ihren eigenen Wurzeln wurde.

Sie befragte die noch lebende Schwester Dedé, Mutter des derzeitigen Vizepräsidenten der Insel. Sie besuchte FreundInnen und GenossInnen der Geschwister, interviewte sie, hörte ihnen zu, ließ sie reden - besaß selbst die Ruhe, die es ihren Interviewpartnern ermöglichte, in ihren Erinnerungen und ihrem Gedächtnis nach all den Jahren zu kramen.

Wer das Leben solcher fast schon mystischen Gestalten nachzeichnen will, sieht sich mit einer Unfülle von Problemen konfrontiert. Viele Menschen, die diese kannten und mit ihnen Kontakt hatten, fielen selbst dem blutigen Regime Trujillos zum Opfer. Die Archive des Regimes sind zum großen Teil vernichtet. Und die Erinnerung der Überlebenden ZeitgenossInnen ist trügerisch: Unwillentlich oder beabsichtigt verfälscht, glorifiziert, durch Interessen geprägt. Das Gedächtnis der Lebenden läßt nach, ihr Wunschdenken mischt sich mit der Realität von damals und heute. Wie in einem metallischen Oxidationsprozeß setzte irgendwann einmal im Laufe der letzten 37 Jahre die "Legende Mirabal" Patina an. Ein nebliger Schleier legte sich über die historischen Figuren. Selbstkritisch reflektiert Julia Alvarez in ihrem Nachwort: *"Ironischerweise haben wir die Mirabals, indem wir sie zum Mythos erhoben haben, ein zweites Mal verloren, und zugleich haben wir uns vor der Herausforderung gedrückt, genausoviel Mut wie sie zu beweisen, indem wir unsere Begrenztheit als Durchschnittsmenschen vorschützen."*

In der Nacht des 25. November 1960 sterben Maria Teresa, Minerva und Patria Mirabal sowie ihr Chauffeur

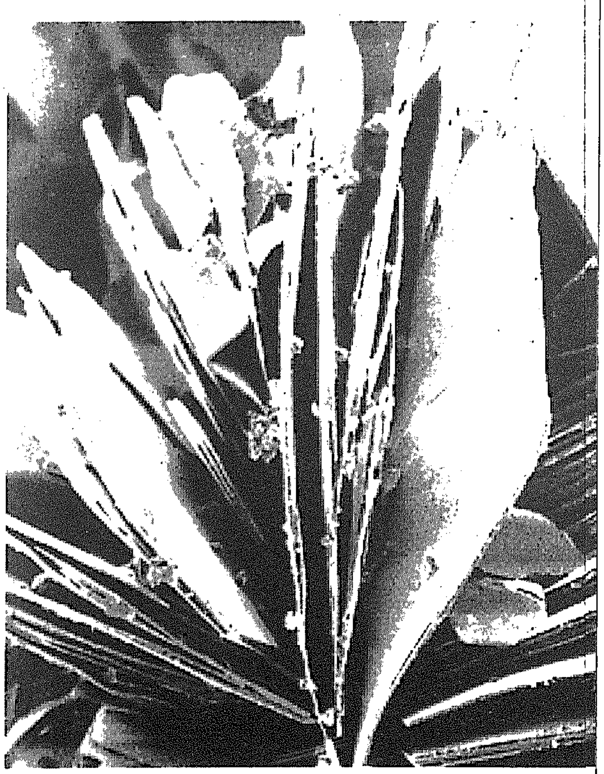


Foto: Jean Marc Dellac

Rufino de la Cruz auf einer einsamen Landstraße im Norden der Karibikinsel. Autounfall heißt die offizielle Meldung. Aber jedeR weiß, die SIM, Trujillos gefürchtete Geheimpolizei hat zugeschlagen. Der Präsident Rafael Leónides Trujillo liebt den "Unfalltod" als eine Variante die unliebsame Oppositionelle auszuschalten. Auf diese Art sterben in der Dominikanischen Republik im Sprachtenor des Regimes "Kommunisten", "vaterlandslose Gesellen" und "homosexuelle Weichlinge" — jeder Mensch, der sich dem Diktator von Gringos-Gnaden entgegenstellt. Aber der "Wohltäter des Vaterlandes" hat auch keine Skrupel selbst "Hand anzulegen". Die Opfer werden ins Meer

geworfen, den Haien zum Fraß.

Als der Hitler- und Franco-Verehrer Trujillo endlich am 30. Mai 1961 im Kugelhagel stirbt, hat er das karibische Eiland 31 Jahre lang tyrannisiert. Aber keiner seiner latein-, mittelamerikanischen und karibischen Potentatenkollegen hat soviel Blut an seinen Fingern kleben, soviel Personenkult betrieben. In jeder Hütte der Inselrepublik hängt ein Bild des "Wohltäters". Die Hauptstadt des Landes Santo Domingo wird zu seinen Ehren in *Ciudad Trujillo* umbenannt. Tausende Straßen und Plätze tragen seinen Namen. Die Menschen taufen ihre Jungen auf den Namen Rafael oder Leónides. Der Despot gibt den Menschen Wasserbrunnen, wenn sie seiner huldigen. Und er nimmt ihnen das Leben, wenn sie sich nicht seinem Willen beugen. Wenn Trujillo mit dem Finger schnippt, liefern die Familien des Landes "dem geilen Ziegenbock" ihre Töchter aus.

Auch Minerva Mirabal, Tochter eines Großgrundbesitzers gerät in das Blickfeld Trujillos, entzieht sich aber handfest. Danach ist sie der Verfolgung des Geheimdienstes ausgesetzt. Was den dominikanischen Schlapphüten jedoch sehr lange entgeht, ist die Tatsache, daß Minerva schon längst zur Widerstandsbewegung gehört. Ihr Deckname *mariposa*, Schmetterling, gab dem Roman von Julia Alvarez auch den Titel – "Die Zeit der Schmetterlinge".

Minerva organisiert die Kommunikation unter den im ganzen Land verstreuten Gruppen, sie versteckt Waffen, rekrutiert Frauen und Männer zum Kampf gegen Trujillos Diktatur. Im Widerstand lernt sich auch ihren *compañero* kennen. Manolo Justo Tavarez stirbt Ende der 60er in den Bergen des Landes als Guerillero.

Als die kubanischen Guerilleros auf der Nachbarinsel den auch von den USA gestützten Diktator Batista zum Teufel jagen, hoffen auch die dominikanischen RevolutionärInnen auf einen baldigen Umsturz. Zumal sich Trujillo bei seinen Chefs in Washington immer unbeliebter macht, indem er sich mit einer eigenen Strategie in die Lateinamerikapolitik der USA einmischt. Im Land wachsen währenddessen die Widerstandsgruppen, die "Bewegung 14. Juli" (Movimento 14 de Julio - 1J4, so das Kürzel der Gruppe) gründet sich. Bald gibt es vier *mariposas*, denn auch die Schwestern von Minerva schließen sich der Bewegung an, ebenso wie deren Ehemänner.

Je stärker der Widerstand sich jedoch im Land entwickelt, um so schlimmer wütet der "eitle Pfau" Trujillo. Eine Verhaftungswelle bringt auch die *mariposas* ins Versier der Geheimpolizei SIM. Die Schwestern Maria Teresa, Minerva und Patria werden ebenso wie ihre Ehemänner festgenommen, im berüchtigten Knast "La 40" verhört, gefoltert und schließlich inhaftiert. Dedé entgeht der Verhaftung. Nach mehreren Monaten Haft werden die drei *mariposas* entlassen, ihre Lebensgefährten bleiben jedoch weiterhin inhaftiert. Die Schwestern Mirabal sind schon zu ihren Lebzeiten Widerstandssymbol.

Die Finca im Landesinnern, auf der sie seit ihrer Freilassung wohnen, ist Tag und Nacht vom Geheimdienst hermetisch abgeriegelt. Wenn sie in die nächste Stadt fahren, folgen ihnen die Volkswagen von Trujillos Bluthunden. Immer wieder wispern ihnen Menschen zu, vorsichtig zu sein, die Mordpläne gegen sie seien schon geschmiedet. Als ihre Lebensgefährten in das Gefängnis im heutigen "Touristenparadies" Puerto Plata verlegt werden, dürfen die drei Schwestern sie besuchen. Die Fahrt am 25. November wird zur tödlichen Falle. Auf einer einsamen Landstraße zwischen ihrem Heimatort und Puerto Plata, ganz in der Nähe eines der Sommersitze von Rafael Leónides Trujillo wird ihr Wagen von Geheimdienstlern angehalten. Auf offener Straße werden der Chauffeur Rufino de la Cruz (37), Maria Teresa (25), Minerva (34) und Patria Mercedes (36) ermordet. Die Leichen werden samt Fahrzeug in eine Schlucht gestürzt.

Der Tag, an dem die drei Geschwister Mirabal ermordet wurden, ist heute in fast allen lateinamerikanischen Ländern ein Aktionstag. Frauengruppen machen am "Tag gegen Gewalt an Frauen" gegen die sexistische, patriarchale Gewalt mit Demonstrationen, Menschenketten, Sitzblockaden oder Konferenzen mobil. Beschlossen wurde der 25. November als Aktionstag auf dem ersten feministischen Kongreß lateinamerikanischer Frauen in Bogotá 1981.

Julia Alvarez Roman "Die Zeit der Schmetterlinge" rekapituliert das Leben, die Entwicklung und Jugend der vier Mädchen, von denen nur Dedé überlebt hat, aus der Sicht der vier Protagonistinnen. Die Berichte der überlebenden Dedé dienen der Autorin nicht nur als roter Erzählfaden, sondern sie bedient sich ihrer, um die Geschehnisse zu beschreiben, die im Umfeld der drei *mariposas* und nach deren Ermordung passierten. Aber Julia Alvarez läßt auch die drei Ermordeten "selbst" zu Wort kommen. Sie verschafft ihnen in ihrem 463 Seiten starken Roman eine Bühne, um sich ausdrücken und darzustellen. Patria, Maria Teresa und Minerva berichten aus ihrer Kindheit, erzählen von ihrer ersten Liebe, wie sie zur "Bewegung 14. Juli" kommen, Verhaftung und Knast erleben und überleben. Fiktive Berichte, die der Phantasie der Autorin entspringen, in Ichform gehalten sind und Ergebnisse ihrer Recherchen sind. Niemals bekommt mensch jedoch den Eindruck, daß dabei die ProtagonistInnen entstellt worden wären. Julia Alvarez schafft es, den ermordeten *mariposas* eine Stimme zu verschaffen, wenn auch diese Teile in ihrer Phantasie entstanden sind.

Als die Romanautorin die Geschichte niederschrieb, *"wuchsen die Figuren*

der Handlung über alle Fakten und strittigen Fragen hinaus und verselbständigten sich in meiner Phantasie: Ich schuf sie neu." Und dieser Kunstgriff ermöglicht es den LeserInnen, einen Blick auf die Schwestern zu werfen, sie als das zu erkennen und zu begreifen, was sie gewesen sind: Menschen mit all ihren Schwächen und Zweifeln. Gerade das gab ihnen die Kraft zum Widerstand.

Julia Alvarez, Die Zeit der Schmetterlinge, Roman, 463 Seiten, R. Piper Verlag, München, 1996; Gebunden, DM 39,80, ISBN 3-492-03803-4; Kartoniert, DM 16,90, SP 2554, ISBN 3-492-22554-3

von Hans-Ulrich Dillmann

Auf Durchreise im nachrevolutionären Mexiko

von Jürgen Mümken

Paco Ignacio Taibo II, einer der Pioniere des lateinamerikanischen Kriminalromans führt uns in seinem neuen Roman *Auf Durchreise* in das nachrevolutionäre Mexiko der 20er Jahre. Die mexikanische Revolution (1910-1919) brachte die »Partei der institutionalisierten Revolution« (PRI) an die Macht, die sie seitdem gegen jede Form von Demokratisierung verteidigt. Zur Legitimation der eigenen Macht bezieht sich die PRI immer wieder auf die mexikanische Revolution und auf die Revolutionsführer Emilio Zapata und Pancho Villa. Sie wurden durch die PRI von ihren sozialrevolutionären Positionen losgelöst und zu nationalen und folkloristischen Ikonen gemacht. Dies änderte sich erst in den letzten Jahren durch die Aufstände der ZapatistInnen und Campensin@s. In *Auf Durchreise* versucht Paco Ignacio Taibo II ein Stück linker Geschichte anhand des im spanischen Gijon geborenen Revolutionärs San Vicente wieder sichtbar zu machen. Zu dieser Herangehensweise bemerkt Taibo II selbstironisch und selbstkritisch:

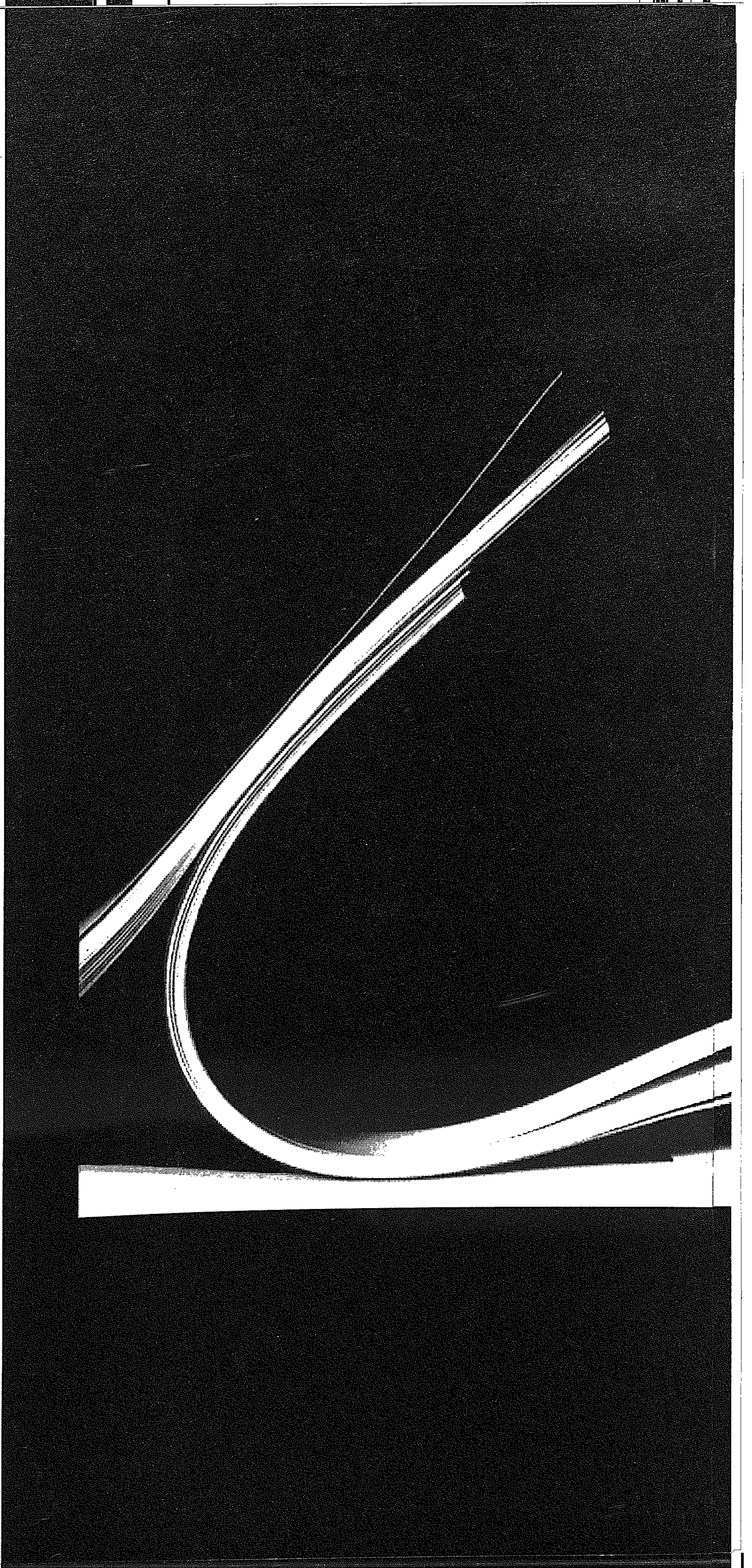


Foto: Jean Marc Dellac

»Der Verfasser dieser Zeilen gesteht, daß eine seiner letzten fixen Ideen sich um die nochmalige Überprüfung und Erweiterung der Legendensammlung der Linken dreht. Er erinnert sich an die Schwierigkeiten der Generation von 1968, sich Gesichter und Namen zu eigen zu machen, auf die sie sich berufen konnte, um den dünnen Faden der Kontinuität zu spinnen, die Suche nach den roten Großväterchen, an die wir uns halten können.«

In diesem Sinne heftet sich Taibo II an die Fersen des Revolutionärs Sebastián San Vincente. In 55 fragmatischen Kapiteln wird der Weg des spanischen Anarchisten, Gewerkschafters, Seemanns und Mechanikers San Vicente zwischen verbürgten Tatsachen und dichterischer Phantasie nachgezeichnet. Vom FBI verfolgt und immer wieder des Landes verwiesen, versucht er die ArbeiterInnen zu organisieren und nimmt an verschiedenen ArbeiterInnenkämpfen statt. Er beteiligt sich am Aufbau von Ortsgruppen der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CGT. San Vincente hat keinen persönlichen Besitz, er ißt und schläft bei GenossInnen und Prostituierten. Er hilft beim Aufbau, Vertrieb und Verkauf von anarchistischen Zeitungen. In einem der schönsten Dialoge diskutiert er mit einem Kommunisten, ob die Wissenschaft oder der subjektive Wille die Grundlage der Revolution bildet. Sie werden während der Diskussion beide verhaftet. Im Gefangenentransporter und in der Gefängniszelle setzen sie ihre Diskussion fort.

Kongreßakten, Polizeimeldungen, Berichte von ausländischen Geheimagenten, TeilnehmerInnennotizen, Erinnerungen von AugenzeugInnen, Artikel aus Gewerkschaftszeitungen, Zeitschriften und Tageszeitungen bilden nur den Unterbau, auf dem Taibo II die Fiktion errichtet hat. In einer Montagetechnik aus Telegrammen, Briefen, Dialogen, Beschreibungen und Erzählungen über San Vicente von verschiedenen Ich-Erzählern läßt Taibo II ein Bild von San Vicente und seinen Stationen des mit Unterbrechungen dreijährigen Aufenthalts in Mexiko entstehen. Durch die Ausweisung von San Vicente nach Spanien 1923 verliert sich jede Spur. Er taucht nirgendwo mehr auf. Er scheint ein Leben irgendwo unter anderem Namen geführt zu haben.

Eine Schwäche des Buches ist, daß San Vicente anscheinend über jede Kritik erhaben scheint, und genau darin liegt die Gefahr jeder Ikonenbildung. Aber der hervorragende Erzählstil, den Paco Ignacio Taibo II schon in seinem Roman *Vier Hände* bewiesen hat, läßt über diese Schwäche hinwegsehen.

»Religion?«

»Ist das Ihr Ernst? Keine natürlich.«

»Aber, sind Sie nicht Anarchist?«

»Na klar.«

»Ist das denn keine Religion?«

»Wenn Sie das so eintragen wollen... Religion: Anarchist. Das klingt witzig. Nicht schlecht.«

(...)

»Warum sind Sie illegal ins Land gekommen?«

»Weil ich nicht an die Legalität glaube. Und da wie nun schon mal dabei sind, an Grenzen glaube ich auch nicht. Zwischen Mexiko und Guatemala gab es keinen Unterschied. Von einem Baum zum nächsten Urwald, und das war's. Auch die Bäume erkennen keine Grenzen an.«

»Die Bäume können wir nicht ausweisen.«

»Um so besser für sie.«

»Und was haben Sie in Mexiko gemacht?«

»Ich war auf Durchreise.«

»Auf Durchreise?«

»Auf Durchreise.«

»Auf der Durchreise wohin?«

»Das werden Sie mir schon sagen...«

Paco Ignacio Taibo II
Auf Durchreise
Edition Nautilus
144 Seiten - 24,80 DM



Foto: Graciela Iturbide

btr. SF-60 (1/97)

Editorial

Es ist ein Uni-Sono-Lied durch die Jahre, daß linke Redaktionen und ihre Blätter immer kurz vor dem Aus stehen - bis hin zu SPD-Blättern, während rechte Blätter in der Regel besser wegkommen. Das kann nicht nur an der derzeitigen Gemengelage unserer politischen Landschaft liegen, sondern ganz allgemein an der Art, wie Linke in unserem Land ihre Politik verkaufen bzw. zu Papier bringen.

So ist auch meine Kritik an Eurem Blatt, das ich nun mehrere Jahre begleitet habe als Abonnent und Käufer, daß Ihr vom traditionellen linken Bild auch im anarchischen Bereich nicht lassen könnt, daß Ihr die großen Verwerfungen der Neuzeit, denen u.a. ja der ganze "Osten" zum Opfer gefallen ist in Form einer beschämenden Implosion, nicht aufgearbeitet habt. Irgendwo liegt da im ganzen "linken Bereich" ähnlich Sklerotisches wie im klassisch religiös-christlichen Bereich. Wo blieben die Reformen, die man tatsächlich Reformen nennen darf - auch im linken Bereich von den Gewerkschaften bis zu den linken Parteien, wobei man langsam fragen kann, wieso man die SPD immer noch "links" nennt?

Und last not least: wo ist Euer ökophilosophischer Ansatz? Auch bei Euch komme ich von der Mußmaßung nicht los, daß Ihr die Öko-Frage als Zusatzfrage zu anderem Wichtigem nehmt, nicht als Ausgangspunkt für radikal Neues. Schade!

Ich werde nach Auslaufen dieses ABOs, Eure Zeitung weiterhin sporadisch kaufen und gucken, ob und wie sie sich weiterentwickelt.

Mit ökosophischen Grüßen,
Rolf-Dewet Klar, Maintal

btr. SF-Nr.61 (2/97)

Murray Bookchin, Die Einheit von Ideal und Praxis

"Jede und jeder nach den Fähigkeiten, jeder und jedem nach den Bedürfnissen". Murray Bookchin hat einen anregenden, meist allgemein gehaltenen Beitrag zur Chomsky-Bookchin-Debatte geschrieben. Besonders die "Pflichten der revolutionären Linken" und das Herausstellen der Bedeutung des Staates sind, wenn auch nicht neu, doch trotzdem lesenswert.

An einer Stelle wird Bookchin jedoch etwas konkreter, und diese Stelle ist mir unangenehm aufgefallen: Der Kritik, daß die Volksversammlungen der Kommunen bzw. Stadtteile zu groß wären, entgegnet er: "Doch dabei wird meistens einfach unterstellt, in den Versammlungen würde sich die gesamte Bevölkerung einschließlich der Kleinstkinder, der Kranken, der pflegebedürftigen Greise und der Unzurechnungsfähigen zusammenfinden". Bei dieser Aussage sind mir mehrere Fragen durch den Kopf gegangen: Werden diese Gruppen von Menschen aus den Versammlungen ausgeschlossen, wie und warum? Unterscheidet Bookchin etwa in wertvollere und weniger wertvolle Menschen (die aufgezählten Gruppen von Menschen entsprechen genau denen, die Peter Singer u.a. als "Nicht-Personen" (ohne Rechte, ohne Würde, ohne Wert) bezeichnet?

Da die meisten Menschen sich selbst nicht als "unzurechnungsfähig" bezeichnen werden, muß es eine Institution o.ä. geben, die diese Eigenschaft bestimmten Menschen zuschreibt. Sollen solche Institutionen im libertären Kommunalismus weiterbestehen und wer bekommt dann die Definitionsmacht,

jemanden als "unzurechnungsfähig" zu bezeichnen mit der Folge, z.B. nicht an den Volksversammlungen teilnehmen zu dürfen? Ist es nicht ausgeschlossen,

Zugegeben: Der angesprochene Abschnitt in Bookchin's Artikel ist vielleicht nur eine Detail.

Aber: Bookchin, der hohe Anforderungen an die "Linke" stellt, muß sich selbst diesen Anforderungen stellen, denn "es gibt (aber) Grenzen, die niemand, der Sozialanarchist bleiben will, überschreiten darf."

Volker Engelhard, Nehren



Waldo Mars Kommune-Kritik

Da wird einem ja richtig übel, wie Waldo die Kommune Autoren zusammenholzt. Da probieren ein paar Leute aus, anders zu leben, schreiben sogar ein Buch darüber - und Waldo knüppelt die als "faschistisch" nieder. Warum fragt er mit seiner großen Ratio nicht mal, was wir von den Experimenten lernen können? Wäre doch nett, wenn er statt der Exekution mal "gegenseitige Hilfe" geübt und das Positive herausgestellt hätte! Dann hätten auch wir was davon gehabt. So bleibt uns nur das Schauspiel barbarischer Umgangsformen. Das Mindeste wäre doch den Anderen und seine Arbeit ernst zu nehmen und nicht pauschal niederzumachen. Genau das, lieber Waldo, erinnert unangenehm an faschistische Methoden. Was "in den aktuellen deutschen Verhältnissen schlicht nach rechts tendiert", das sind nicht die Kommunen - das ist dieses gehässige und dämliche Gezänk unter "libertären" Menschen.

Daniel S., Wesseling



btr. SF-63 (1/98)

Redaktionsarbeit

Verehrte Schwarze Fadens, anbei ein Text (zu Elisabeth Voß'Kritik an Waldo Mar), den Ihr abdrucken könnt, wenn Ihr wollt. Aus meiner Adresse könnt Ihr meinen echten Namen ersehen. Falls Ihr den Text drucken solltet, möchte ich Euch hiermit - trotz Eurer neuen Praxis, Pseudonyme gegen den Willen ihrer TrägerInnen aufzudecken (vgl. Jens Kastner über Waldo Mar im SF1/98, S. 59 letzte Zeile) - freundlichst bitten, mein Bedürfnis nach Anonymität zu respektieren.

Anm. der SF-Red.: Es ist sicherlich keine "neue Praxis" des SF Pseudonyme aufzudecken, sondern ein Versehen. Wir möchten diese Kritik zum Anlaß nehmen, uns bei unseren LeserInnen und gerade auch bei den betroffenen Autoren für einige Patzer in der letzten Ausgabe zu entschuldigen: so wurden z.B. die Seiten 31 und 33 beim Lay Out vertauscht, der Hinweis auf den Urheber unserer Titelcollage, Uwe Rausch aus Frankfurt, ging irgendwo auf dem Weg zur Karlsruher Druckerei verschütt, – und einiges andere mehr, wie z.B. daß der letzte Satz aus Jens Kastners Replik leider nicht weggeschnitten wurde. Zur Entschuldigung können wir nur zahlreiche Pannen bereits im Vorfeld des Lay Outs "beichten", die dazu führten, daß die 3 Tage kaum ausreichten die Fadennummer fertig zu bekommen, so daß sich leider weitere Fehler einschlichen.

Wolfgang Haug (für den SF)



btr. SF-63 (1/98)

Zu Elisabeth Voß' Kritik an Waldo Mars Rezension zum Kommunebuch

Zunächst: Waldo Mars Rezension des Kommunebuchs fand ich brauchbar. Er hat darin getan, was in linken Zusammenhängen ansteht, nämlich den MacherInnen des Kommunebuchs die Kritik nicht entzogen, sondern nach dem gefragt, worüber die meisten Texte des Kommunebuchs schweigen: nach den Formen, in denen in Gemeinschaftsprojekten Konflikte ausgetragen werden. Schließlich braucht man ja nicht extra zu betonen, daß aus programmatischen Gemeinschaftsprojekten immer wieder Einzelne einfach ,rausfallen, die dann in der Regel einfach vergessen und verdrängt werden. Verdrängt wird dabei sehr häufig vor allem der Gedanke, daß es womöglich nicht an der Einzelperson selbst gelegen haben mag, daß sie aus dem Projekt gedrängt wurde, sondern an gewissen Unzulänglichkeiten der Konfliktaustragung. Mag sein, daß Waldo Mar selbst auf eine Weise irgendwo ,rausgefallen ist oder ,rausgedrängt wurde, wo ein Anspruch auf Kollektivität vertreten wurde, die ihn verletzt hat. Um so besser, daß er sich nicht aus dem politischen Diskurs verdrängen läßt, sondern spricht. (Dies an die Adresse von Burkhard, der im SF 2/97 (Nr. 61) die Möglichkeit, daß Waldo Mar seine Kritik aus einer Verletztheit heraus geschärft hat, für ein Argument gegen die Berechtigung zu halten scheint, diese Kritik nach den Regeln der argumentativen Vernunft zu äußern.) Wie dem auch sei: offenbar sorgt Waldo Mars Sprechen für Beunruhigung. Vier Erwiderungen bisher zeigen, daß er nicht einfach ins Leere geschrieben hat. Irgendwas hat er ja wohl getroffen. Denn: der getroffene Hund bellt, sagt ein Sprichwort.

Ich möchte hier vor allem etwas zu Elisabeths Beitrag sagen. Und zwar weil ich den zentralen Punkt, um den es ihr geht, für ein Symptom für die Schwäche von Teilen der Frauenbewegung als Befreiungsbewegung halte:

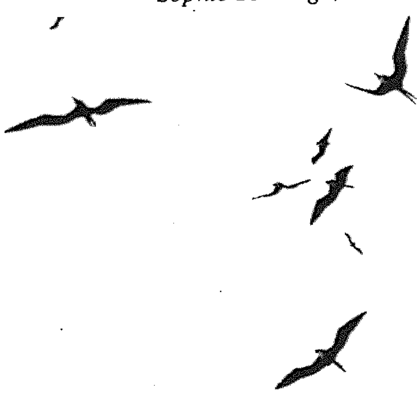
Elisabeth beschreibt in ihrem Kommentar zu Waldo Mars Kritik am Kommunebuch eine Konflikt-Szene, die sich

bei der Vorstellung des Kommune-Buchs im El Locco zwischen Waldo Mar und ihr abgespielt hat. Sie beschreibt diese Szene, die ich als Zuhörerin bei der El-Locco-Veranstaltung miterlebt habe, als eine Abfolge von Abbrüchen. Elisabeth hatte eine Passage aus dem Beitrag von Ele Poschmann aus dem Kommune-Buch vorgelesen, in dem es um die Thematisierung von lesbisch- bzw. Hetera-Sein in Kommunen ging. Daraufhin habe - so schreibt Elisabeth - Waldo Mar „Definitionsmacht" über den legitimen Ort einer solchen Thematisierung ausgeübt. Waldo Mar habe „gefordert", „dies lästige Thema doch im Privaten zu lassen" (S. 58). Ihren eigenen Abbruch, den sie als „Weigerung" beschreibt, mit Waldo Mar „darüber zu diskutieren, ob eine Frau das Recht hat, ihre sexuelle Orientierung als politisch und öffentlich zu definieren", legitimiert Elisabeth dadurch, daß sie Waldo Mar den oben referierten definitionsmächtigen Übergriff zuschreibt.

Mit dieser Darstellung habe ich ein Problem. Es war nämlich keineswegs so, daß Waldo Mar *gefordert* hat, irgend ein Thema im Privaten zu lassen. Er hat überhaupt nichts gefordert, sondern er hat lediglich eine Frage gestellt. Er hat - in höflichem Ton und in einer Gestik der Neugier - keineswegs „genervt", wie Elisabeth schreibt, danach gefragt, welches politische Befreiungspotential in einem kommune-internen ‚Outing' der eigenen sexuellen Orientierung steckt. Den genauen Wortlaut erinnere ich nicht mehr. Aber es war etwas wie: „Warum soll man seine sexuelle Orientierung in der Kommune öffentlich machen? Für mich persönlich ist das Private erstmal nicht politisch. Ich würde das nicht machen. Warum soll man das machen *müssen*?" Und diese Frage wurde von einigen anwesenden Frauen (nicht nur von Elisabeth) sofort als In-Frage-Stellung verstanden, weshalb diese Frauen auch mächtig hochgingen und dann den von Elisabeth gerechtfertigten Abbruch der Diskussion vollzogen.

Mir geht es jetzt aber nicht darum, Waldo Mar zu verteidigen. Möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß in seiner Frage zu Sinn und Unsinn eines Gebots der Thematisierung der eigenen sexuellen Orientierung in Kommunen eine Kritik und auch ein Angriff steckte. Es stellt sich nur die Frage, von welchem Standpunkt aus so ein Angriff verübt wird. Elisabeth und die anderen Frauen bei der Veranstaltung haben Waldo Mars kritische Frage gleich in die für sie bequemste Ecke gestellt: Sie unterstellten ihr einfach den plumpen Anspruch, die unhinterfragbare Trennung von „privat" und „politisch" als Stützpfeiler der patriarchalen Herrschaftsordnung wieder einzusetzen. Sie bauten Waldo Mar zum Pappkameraden auf: zum Mann, der Definitionsmacht und patriarchale Herrschaft ausüben will. Damit haben sie aber meiner Meinung nach vor allem eine eigene Schwäche verdeckt. Wenn das andere Leben in Kommunen einen Kampf gegen die heteronormative Ordnung der Geschlechter beinhalten soll, wenn der Umgang der Leute miteinander in Kommunen irgendein Veränderungs- und Befreiungspotential haben soll, dann muß es auch möglich sein, die Prinzipien jederzeit offensiv zu vertreten, die hinter Forderungen an die Veränderung der Einzelnen stehen. Was hätte gedroht, wenn die anwesenden Frauen sich auf Waldo Mars Frage eingelassen hätten? Eine politische Auseinandersetzung hätte gedroht, in der Feministinnen ihren Veränderungsstandpunkt, ihr eigenes Anliegen auch gegenüber Dritten hätten vertreten können, eine politische Auseinandersetzung, in der sie den Verstand und die Herzen der anderen TeilnehmerInnen der Veranstaltung im El Locco hätten erobern können, und nicht zuletzt eine politische Auseinandersetzung, in der die anwesenden Frauen Waldo Mar (so er denn einen antifeministischen Standpunkt vertreten wollte) argumentativ hätten ausknocken können. Anstatt dessen haben die Frauen, hat Elisabeth - bei einer von ihr selbst mitorganisierten politischen und öffentlichen Veranstaltung - die Auseinandersetzung um die Fragen, die sie selbst auf den Tisch gebracht hat, verhindert. Als Frau und Feministin finde ich das einfach traurig.

Sophie Schlange, Berlin



btr. SF-63 (1/98)

Foucault-Artikel von Jürgen Mümken

Zunächst mal vielen Dank für Eure Arbeit für den Schwarzen Faden, in dem ich in letzter Zeit - oder unterschätze ich die fernere Vergangenheit? - wieder verstärkt viele für mich spannende und anregende Beiträge gefunden habe. Besonders schätze ich am SF den Blick über den Tellerrand der (deutschen) Anarchismus-Szene/Klassiker-Diskurse und die konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit jüngeren und sich selbst zunächst nicht unter dem A-Label präsentierenden Ansätzen und Bewegungen.

In diesem Sinne habe ich auch den sehr informativen und durchdachten Beitrag von Jürgen Mümken mit großem Interesse gelesen. Leider jedoch fehlen die genaueren Angaben zur ja durchaus reichlich herangezogenen Sekundärliteratur, die in der Kurzform (Name, Jahr, Seite) im laufenden Text Erwähnung findet. So dies alles Bücher sind, ließen sich die Quellen ja mit ein bißchen Mühe ermitteln; bei Artikeln in Zeitschriften o.ä. wird es allerdings schwierig. Insofern fände ich es einen netten Service, wenn für Leute, die vom Artikel angeregt, ihrerseits weiterlesen wollen, im Nachtrag eine Literaturliste abgedruckt werden könnte. Oder, falls Ihr den Platz dafür sparen wollt, wäre ich ganz egoistisch auch schon zufrieden, wenn ich eine solche erhalten könnte oder Ihr den Kontakt zum Autor vermittelt könntet.

Karin Schlücker, Frankfurt

Anm. der SF-Redaktion: Leider geschieht es recht häufig, dass wir aus Platzgründen zu ausführlich geratene Anmerkungen und Literaturhinweise weglassen müssen. Wir wollen deshalb gern diese Anregung aufgreifen und allen Interessierten, die uns anschreiben, eine Literaturliste zukommen lassen. Im vorliegenden Fall finden sich jedoch die wichtigsten Literaturangaben auf den Seiten 45 und 46. Vielleicht konnten die Angaben auf S.46 leicht übersehen werden, weil dort der Ingrid Strobl-Artikel begann?

btr. SF-73 (1/98)

Foucault-Artikel von Jürgen Mümken

Anarcho-Schnitzer

Der SF-Redakteur Jürgen Mümken verkündete just diese Weisheiten:

"Der sogenannte Wiederentdecker von Stirner, Henry James Mackey, geht meiner Meinung nach in seinen Romanen *Die Anarchisten und Der Freiheitssucher* von einem autonomen Subjekt aus und so bleibt vom Stirn'schen Egoismus nur ein radikal-bürgerlicher Individualismus übrig. Es gibt keinen »realen Menschen«, der durch gesellschaftliche oder individuelle Befreiungsprozesse freigelegt werden könnte."

In wenigen Sätzen leistet sich dieser Redakteur einen Fauxpas, wie er deutlicher und erschreckender nicht sein kann.

Zunächst spricht er von einem "sogenannten" Wiederentdecker Stirners, wohl um seine Herabsetzung zu verdeutlichen, dann nimmt er eine Verhunzung von einem Namen vor, den er nicht aussprechen möchte, um dann noch einen Buchtitel zu nennen, den es nie gegeben hat.

Damit nicht genug! Jürgen Mümken schließt aus seiner eigenen Unwissenheit, dieser sogenannte James also (vielleicht liest Mümken zu viele Kriminalromane) ließe von diesem Stirner-Egoismus nur einen "radikal-bürgerlichen Liberalismus und keinen realen Menschen übrig.

Was der Redakteur darunter versteht, diesen James hat er offenbar überhaupt nicht gelesen, da dürfte er wohl in Erklärungsschwierigkeiten geraten, wie es auch seinem Beitrag zu entnehmen ist.

Takt, die feinste Blüte am Baume der Freiheit, schrieb der Dichter Mackay, dessen künstlerisches Werk immer noch öffentlich gewürdigt wird, besitzen allein die Anarchisten. Anarchisten, nicht Individualisten.

Weniger Langatmigkeit, mehr Inhaltlichkeit, mehr Niveau. Das wäre ein besserer Weg.

Uwe Timm, Neu Wulmstorf

Anm. der SF-Red.: Uwe Timm ist ein ausgewiesener Kenner von Stirner und Mackay. Deshalb verwundert es nicht, wenn er sich umgehend zu Wort meldet, sobald der Name Stirner oder Mackay erwähnt wird, selbst dann wenn es inhaltlich eigentlich um Foucault geht. Das interessiert ihn gar nicht. Das wäre nun keine Replik wert, würde er nicht gerade "Inhaltlichkeit" einfordern.

Klar: Mackay heißt wirklich John Henry und schreibt sich mit "a", – beim letzten SF handelte es sich aufgrund von Zeitdruck zugegebenermaßen um eine schlecht korrigierte Ausgabe. Aber es grenzt schon an Spitzfindigkeit dem Autor einen falschen Roman unterjubeln zu wollen, wenn ein "und" kursiv geschrieben stehenblieb, obwohl deutlich steht, daß es sich um die "Romane *Die Anarchisten* und *Der Freiheitssucher"* handelt. Im Gegenzug könnten wir jetzt antworten, weshalb verhunzt Timm den Namen Stirners zu "Stirn'schen"? Und *erschreckender*: Weshalb wird aus SF-63 plötzlich SF-73? Oder weshalb wird der Autor Jürgen Mümken, der im Impressum deutlich als Mitarbeiter ausgewiesen ist, plötzlich zum Redakteur erklärt?

Nur um die alte Faden-Animosität wieder aufleben zu lassen? Weniger wäre mehr gewesen, d.h. warum auf offensichtlichen Rechtschreibfehlern herumreiten, wenn von Jürgen Mümken eine so interessante Frage aufgeworfen wurde wie: *"Kann es ein "Ego" als unzerstörbaren Kern geben oder ist es nicht immer gesellschaftlich geprägt, konstruiert und letztlich Wandlungen unterworfen, die das Individuum nicht steuert?"* Um eine für alle Seiten gewinnbringende Diskussion führen zu können, sollte Uwe Timm gegen diese These eine fundierte Analyse beisteuern!

Wolfgang Haug



Noch lieferbare SF-Ausgaben



Jochen Knoblauch (Hg.): SF-Register

Aufgenommen wurden alle Beiträge von Nr.0-Nr.50, incl. Sondernummern. 10.-DM; auch als DOS-Diskette (Word-Datei) erhältlich. Das Register ist für Internet-Benutzer auch unter unserer Homepage zu finden:

http://www.comenius-antiquariat.com/anares

SF - Alte Nummern

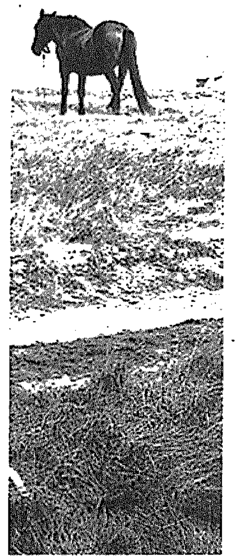
Die Nummern 0-23, 44, die Sondernummern Feminismus I, Verfall der Arbeit sind vergriffen.

Die **SF-Pakete** für nur 10.-DM zzgl. Portokosten (6,10) sind weiterhin erhältlich:

Paket 1 (Nr.24-30)
Paket 2 (Nr.31-38)
Paket 3 (Nr.39-47), (ohne Nr. 44)
Paket 4 (Nr.48-53)
Paket 5 (Nr.54-58) : 15.-DM

Nr.59 enthält u.a.: M. Wilk: Aus dem Innern des Sparpakets, D. Schütze: Die Deutschen sind gefährlich; B. Scharlowski: Der Babynahrungshersteller Hipp; Subcommandante Marcos: Kommuniqué; H. Benner: Der Derivatehandel; D. Nelles: Die anarchistische Jugend; BUKO-Bericht etc., 68S., 8.-DM

Nr.62 Feminismus-Sondernummer II, enthält u.a.: SF-Red.: Vielfältige Beziehungen zw. Anarchismus und Feminismus, Interview v. Dorothea Schütze mit der Brasilianerin Maria da Cruz zu Erfahrungen mit dem alltäglichen deutschen Rassismus; Maria Mies: Thema Subsistenz - Frauen, Nahrung und globaler Handel; Jane Meyerding: Gender - die Welt wie sie gelebt wird; Rosella di Leo: Patriarchatskritik: Ort der Differenz; L. Susan Brown: Auseinandersetzung mit Naomi Wolfs Powerfeminismus; Ariane Gransac: Gemeinschaftsküche Kropotkins; etc., 64S., 8.-DM



Nr.63 enthält u.a.: Holst: Chiapas aktuell, Sievers: Zapata-Konferenz in Madrid, petzi: Zapata und ich, José Saramago: Warum ich nach Chiapas fahre?, Geschichten vom alten Antonio, Ries: Chomsky-Kritik 1 - Ziele und Visionen, Mümken: Chomsky-Kritik 2 - Staatlichkeit oder Anarchie?, Noam Chomsky: Unterstellte Zustimmung - Diskurs zur Demokratie, Morris: Freie Städte, Bergstedt: Der Staat und die etablierten Umweltverbände; Mümken: Foucault-Diskurs, Flamb.: Gentechnikbewegung-Repression; Sterneck: John Cage; Voß: Kommune-Debatte, Kastner: Kommune-Debatte, Schwarze Feder: Kritik an Geronimos "Glut und Asche"; Günther: Antwort auf T. Wagner "Von der Suche nach der Anarchie". 68 S., 8.-DM

Nr.60 enthält u.a.: Anti-Expo-AG: Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend; M. Kittmann: Die neue Militarisierung der Gesellschaft; H. Waibel: Neofaschismus in Ostdeutschland; Interview mit Birgit Rommelspacher; N. Chomsky: Ziele und Visionen (1.Teil der Bookchin-Chomsky-Debatte), U. Bröckling: Anarchistischer Antimilitarismus im Kaiserreich; W. Sterneck: Techno und Cybertribe, T. Wagner: Von der Suche nach der Anarchie, etc. 68S., 8.-DM

Spenden für den Pressefonds des Schwarzen Fadens :

F.S., Nürnberg 15.-; J.M., Tübingen 20.-; J.B., Berlin 70.-; B.R., Holzbunge 20.-; Na. Euskirchen 100.-;

Gesamt: 225.-

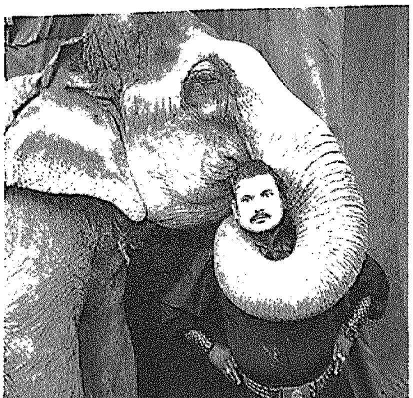
Herzlichen Dank,
an die SpenderInnen! Die Spenden helfen uns derzeit sehr.

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-; R.G., Anröchte 15.-;

Gesamtstand (September: 125.-)

Mary Ellen Mark,



Nr.61 enthält: L. Schrötter: Globalisierung; M. Wilk: Macht und Herrschaft, Teil 4: Globalisierung; D. Hartmann: Soziale Säuberungen in Köln; M. Bookchin: Einheit von Ideal und Praxis (2.Teil der Bookchin-Chomsky-Debatte); Kommune-Debatte Teil 1; K. Staad: Laßt 1000 Torten fliegen!; M. Kröger: Simone Weil und Carl Einstein in Spanien 36/37; W. Portmann: Porträt Heiner Koechlins; Kurzes zum ak, zur FAU, zur ÖkoLi, zur Einstellung von *links*, zum Prozeß gegen Lotta Continua etc. 68S., 8.-

**SF-Red., PF 1159,
71120 Grafenau/Württ.,
Tel. 07033-44273
(Anrufbeantworter),
Fax 07033-45264,
e-mail: TrotzdemuSF@t-online.de**

Nachtrag:
In der letzten Ausgabe unterblieb versehentlich der Hinweis auf den Gestalter unserer Fototitelcollage, Uwe Rausch aus Frankfurt. Deshalb dieses Mal als Rücktitel!

Postvertriebsstück * E 9860 * Entgelt bezahlt *
ISSN 0722-8988
Trotzdem ★ Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau

